

KOMMUNAL

Offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes

Wir sind
Österreich

10 · 2008

THEMA

PCP-Modelle: Wenn Gemeinden und Bürger an einem Strang ziehen ... ► 18

PRAXIS

Winterdienst: Gemeinden sorgen für sichere Straßen ► 62

CHRONIK

OÖ Gemeindetag: Geld war das Thema Nummer 1 in Gmunden ► 82



DVR: 0930 423

THEMA

**Klimaschutzgemeinden '08
Auch gegen alle
Widerstände „der
Sonne entgegen“**

Großschönau, Güssing und Munderfing haben den großen Gemeindebund-Wettbewerb gewonnen – und eindrucksvoll bewiesen, dass Gemeinden Vorreiter in Sachen Klimaschutz sind.

SEITE 8

VORTEIL FÜR GEMEINDEN

SAUBERER STROM. SAUBERER PREIS.

**GEMEINDEN STEIGEN JETZT EINFACH UM. AUF SAUBEREN STROM
AUS HEIMISCHER WASSERKRAFT. ANRUF GENÜGT: 0800 210 210.**

www.verbund.at

 **Verbund**

Es reicht ein Blick, um eines zu wissen: Andere reden, ...

... die Gemeinden handeln

Trotz laufender Regierungsverhandlungen und vieler nationaler und internationaler Herausforderungen steht diese Ausgabe schwerpunktmäßig im Zeichen des Klimaschutzes. Der Grund dafür ist einfach: Die Gemeinden sind jene Ebene, die konkrete Handlungen setzt. Das gilt nicht nur für den Klimaschutz, sondern für fast alle Bereiche des Lebens.

Auf Bundes- und Landesebene wird vieles sehr intensiv und sehr ausführlich diskutiert. Oft werden auch Dinge beschlossen, deren Umsetzung die Gemeinden hart trifft. Jüngstes Beispiel dafür sind die vielen Beschlüsse, die unmittelbar vor den Wahlen noch im Nationalrat beschlossen wurden. Hierzu ein klares Wort: Ich halte es für unverantwortlich und kontraproduktiv, wenn man unter Zeitdruck und vor einer Wahl Maßnahmen beschließt, deren Auswirkungen nicht abschätzbar, verantwortlich und finanzierbar sind. Es kann nicht sein, dass milliardenschwere Pakete ohne Rücksprache mit Ländern und Gemeinden beschlossen werden, die dann aber mitzahlen sollen. Allein die Beschlüsse des Nationalrates vom September werden die Gemeinden mindestens rund 100 Millionen Euro kosten. Das ist exakt jene Summe, die wir beim letzten Finanzausgleich an zusätzlichen Mitteln für die Gemeinden lukrieren konnten. Der Gemeindebund wird hier sehr genau darauf achten, dass in der Umsetzung all dieser Maßnahmen die Gemeinden finanziell nicht unter die Räder kommen. Schon vor der Bildung einer neuen Regierung weisen wir sehr eindringlich darauf hin, dass dieser Rucksack für die Gemeinden zu schwer ist.

Die detaillierten Forderungen an die neue Bundesregierung hat der Gemeindebund schon vor der Wahl diskutiert und beschlossen. Wir können daher unsere Positionen schon in die Verhandlungen einbringen. Alle Mitglieder der

Verhandlungsteams der Parteien haben unsere Positionspapiere schon erhalten, wir werden darauf drängen, dass Teile davon in ein etwaiges Regierungsprogramm übernommen werden.

Eine Anmerkung noch zu den Wahlen: Die Gemeinden haben diese Wahlen unter sehr schwierigen Bedingungen und in sehr kurzer Zeit abwickeln müssen. Dass alles reibungslos funktioniert hat zeigt, dass auf die Gemeinden und ihre Mitarbeiter Verlass ist. Fest steht aber auch, dass die Wahlabwicklung einer Reform bedarf, weil der Aufwand für die Gemeinden bei bundesweiten Wahlen inzwischen enorm hoch ist.

Derzeit ist ein Gesetzesentwurf in Arbeit, der zumindest die verpflichtende Auflage von Wählerverzeichnissen am Wochenende beenden soll.

Das Titelthema der vorliegenden Ausgabe zeigt: Die Gemeinden halten Wort und sie handeln sehr schnell und unmittelbar. Der Klimaschutzwettbewerb des Gemeindebundes, des Verbunds, des Lebensministeriums und der Kronzeitung hat eine Reihe ganz hervorragender Projekte vor den Vorhang gebracht, dementsprechende Aufmerksamkeit wollen wir diesen Gemeinden widmen und andere ermuntern, selbst auch diesen Weg einzuschlagen.

Wir handeln eben, andere reden nur.




Helmut Mödlhammer
Präsident des Österreichischen
Gemeindebundes

Das Titelthema der vorliegenden Ausgabe zeigt: Die Gemeinden halten Wort und sie handeln sehr schnell und unmittelbar. Der Klimaschutzwettbewerb des Gemeindebundes ist nur ein weiteres Beispiel dafür.



THEMEN

Gemeinebund

- 8 Klimaschutzgemeinden 2008: Gegen alle Widerstände „der Sonne entgegen“
- 11 Die Sieger: Die Klimaschutzprojekte von Groß Schönau, Munderfing und Güssing im Porträt
- 14 Funktioniert ihr Dorf wirklich: Das Projekt „LandLuft 09“ sucht Schlüsselfaktoren für innovative Baukultur
- 16 Raumordnung: Was braucht der ländliche Raum?
- 22 RK-Präsident Fredi Mayer im Interview: Unser Ziel ist eine mittelfristige Finanzierung
- 25 Jörg Haider und die Gemeinden: Im Gedenken an den Kärntner Landeshauptmann
- 28 Nationalratswahl 2008: Wo die Parteien am besten abschnitten und wo es Verluste gab
- 30 50 Jahre Kommunalkredit – Eine Spurensuche
- 36 Die seniorenfreundlichste Gemeinde 2008

Recht & Verwaltung

- 18 Wenn Bürger und Gemeinden an einem Strang ziehen: Genossenschaftliche PCP-Modelle
- 34 Kampf der Korruption: Neue Straftatbestände zur Bekämpfung der Bestechung im öffentlichen Sektor

Finanzen

- 26 Bedroht die Finanzkrise unsere Gemeinden? Derzeit besser warten mit neuen Krediten
- 27 Wahlzuckerl: Was die Versprechungen vor der Wahl die Gemeinden kosten werden

Europapolitik

- 38 Die Gemeindebundreise nach Paris
- 40 Aktion Europaschirm: Information ganz an der Basis
- 42 Gemeindezusammenlegungen in Europa: Größer in nicht gleich besser
- 45 Blick über die Grenzen: Slowenien

Impressum

Herausgeber:

Österreichischer Gemeindebund,
Löwelstraße 6, 1010 Wien

Medieninhaber:

Österreichischer
Kommunal-Verlag GmbH.,
Löwelstr. 6, 2. Stock, 1010 Wien,
Tel. 01/532 23 88,
Fax 01/532 23 77,
E-Mail:
kommunalverlag@kommunal.at

Geschäftsführung:

Walter Zimper
Sekretariat: Patrizia Poropatits
E-Mail:
patrizia.poropatits@kommunal.at

www.kommunal.at

Redaktion:

Mag. Hans Braun - DW 16 (Leitung)
Mag. Helmut Reindl - DW 15
Natalie Pillwatsch - DW 37
Tel.: 01/ 532 23 88
E-mail: redaktion@kommunal.at

Anzeigenberatung:

Tel.: 01/532 23 88
Mag. Sabine Brüggemann - DW 12
sabine.brueggemann@kommunal.at
Gerhard Klodner - DW 14
gerhard.klodner@kommunal.at

Grafik:

Ernst Horvath,
grafik@kommunal.at
Fotos: www.bilderbox.at
www.bilder.services.at

Redaktionsbeirat:

Mag. Ewald Buschenreiter
(Verbandsdirektor der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ)
Mag. Jürgen Beilein (BM für Gesundheit, Familien und Jugend)
Mag. Martin Brandstötter
(BM für Inneres)
Mag. Nicolaus Drimmel
(Österreichischer Gemeindebund)
Dr. Gustav Fischer (BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft)
Mag. Michael Girardi
(BM für Inneres)

Prof. Dr. Roman Häußl
(Experte für Gemeinderecht)
Mag. Petra Hafner (BM für Unterricht, Kunst und Kultur)
Dr. Robert Hink (Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes),
Dr. Clemes Hüffel (BM für Wissenschaft und Forschung)
Daniel Kosak (Pressereferent des Österreichischen Gemeindebundes)
Bgm. Helmut Mödlhammer
(Präsident des Österreichischen Gemeindebundes)
Mag. Georg Möstl
(BM für Wirtschaft & Arbeit)
Eduard Olbrich (BM für Soziales und Konsumentenschutz)
Prof. Dietmar Pilz (Finanzexperte des Österreichischen Gemeindebundes)
Dr. Walter Reichel (Bundeskanzleramt)
Univ. Prof. Dr. Reinbert Schauer
(Johannes Kepler-Universität Linz)
Michael Vesely (Kommunalnet)
Walter Zimper (Geschäftsführer)
Cornelia Zoppoth
(Bundeskanzleramt)

Hersteller:

Leykam Druck, 7201 Neudörfel

Persönlich gezeichnete Artikel fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken.

Mit „E.E.“ gekennzeichnete oder unter der Bezeichnung „Service“ laufende Artikel sind bezahlte Informationen und fallen nicht in die Verantwortlichkeit der Redaktion.



Druckauflage: 34.106
(Jahresdurchschnitt 2007)

Teilen dieser Ausgabe liegen Informationen der ARGE Forum mineralische Rohstoffe sowie des WIFI Wien bei.

PRAXIS

- 62 Gemeinden sorgen auch im Winter für Verkehrssicherheit: Aber nichts hilft bei falscher Geschwindigkeit
- 66 Winterdienst-Organisation: Auslagern oder selber machen?
- 74 Erdgasfahrzeuge im kommunalen Nutzbereich: Wer gibt richtig Gas?



CHRONIK

- 82 Oberösterreichischer Gemeindetag 2008: Geld war das Hauptthema in Gmunden
- 84 Happy birthday, Mr. President: Franz Steininger feiert seinen 60. Geburtstag
- 86 Aus den Bundesländern
- 90 Info-Mix
- 94 Service & Vorschau



Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser!

Vor Ihnen liegen wieder fast 100 Seiten geballte Kommunal-Information aus erster Hand. Als offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes entspricht es unserem Selbstverständnis, Monat für Monat jene Themen und Inhalte journalistisch aufzubereiten, die die kommunalen Entscheidungsträger bei ihrer Arbeit in den und für die Gemeinden brauchen. Auch mit dieser aktuellen Ausgabe ist KOMMUNAL wieder am Pulsschlag des kommunalen Geschehens in diesem Land. Unser hochkarätig besetzter Redaktionsbeirat mit den Experten des Gemeindebundes und den Fachleuten der wichtigsten Bundesministerien ist der



Walter Zipper
Geschäftsführer

Garant dafür, dass wir aktuell berichten können, was Österreichs Gemeinden bewegt. Sie finden in diesem Heft u.a. einen mehrseitigen Bericht über die Siegergemeinden des Klimaschutz-Wettbewerbes des Österreichischen Gemeindebundes, ein Interview mit Kommunalkredit-Chef Reinhard Platzer über die Finanzkrise und mögliche Auswirkungen auf die Gemeinden sowie neueste kommunalrelevante Informationen aus Europa. Im Praxis-Teil widmen wir uns – rechtzeitig vor den ersten flächendeckenden Schneefällen – dem Thema Winterdienst und

Verkehrssicherheit und beleuchten auch die Frage, welche Vorteile eine Auslagerung des Winterdienstes hätte.

Die kommunalen Budgets befinden sich auf einem Rekordhoch. Mehr als 15 Milliarden Euro geben die 2357 Gemeinden Jahr für Jahr aus und sie brauchen zur Bewältigung der umfassenden Aufgaben starke Partner aus der Wirtschaft.

KOMMUNAL versteht sich dabei als Bindeglied zwischen den Auftraggebern Gemeinde und den Auftragnehmern aus der Wirtschaft – jetzt und auch in den kommenden Jahren. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen viel Freude mit dem neuen KOMMUNAL!

W. Zipper



Mercedes-Benz

Der neue Unimog U 20.

Kompakt und günstig. Überzeugen Sie sich persönlich bei einem Vorführtermin.

Einen Geräteträger bis 7,5/8,5 t entwickeln. Eigens für die Aufgaben in Kommunen sowie im Garten- und Landschaftsbau, vom Winterdienst über Transportarbeiten bis zum Mäheinsatz. Oder für Betriebe als ideale Ergänzung des Fuhrparks. Das war die Herausforderung. Das Ziel ist erreicht: Der Unimog U 20 ist da. Ein echter Mercedes-Benz Unimog. Aber in einer neuen Dimension. Noch kompakter. Mit noch kürzerem Radstand. Und dadurch wendiger als jeder Allrad-Lkw. Mit einem 3-Mann-

Frontlenker-Fahrerhaus, das trotz geringer Fahrzeugmaße Platz lässt für eine große Pritsche oder verschiedenste Aufbauten. Dazu: BlueTec®, die SCR-Dieselseltechnologie von Mercedes-Benz. Damit erfüllt der Unimog U 20 die Euro 4-Abgasnorm und spart gleichzeitig Kraftstoff. Apropos sparen, der Preis für so viel Leistung auf wenig Raum? Verblüffend klein. Erleben Sie den neuen U 20 und sichern Sie sich einen Vorführtermin unter www.mercedes-benz.at/neuer-u20

Pappas

Pappas Gruppe. Das Beste erfahren.
www.pappas.at

Georg Pappas Automobil AG Autorisierter Mercedes-Benz Vertriebs- und Servicepartner für Nfz und Unimog,
5301 Eugendorf, Gewerbestraße 34; 2355 Wiener Neudorf, Industriezentrum NÖ-Süd, Straße 4, Postfach 126,
Hotline: 0800/727 727

Kinderbetreuung: Österreich ist von EU-Zielen meilenweit entfernt

Große Lücken in der Kinderbetreuung

Im Jahr 2002 hat man sich in Brüssel darauf geeinigt, dass spätestens bis 2010 in allen Mitgliedsstaaten 33 Prozent aller Kinder bis drei Jahre einen Betreuungsplatz bekommen. In Österreich sind es nur rund vier Prozent der Kinder dieser Altersgruppe, die einen Platz finden. Nur Polen und Tschechien tun noch weniger für die Kinderbetreuung als Österreich. Spitzenreiter bei der Kinderbetreuung ist Dänemark, dort bekommen 70 Prozent der Kinder bis drei Jahre einen Platz. In den Niederlanden sind es rund 45 Prozent, in Schweden 44 Prozent und in Belgien knapp 40 Prozent. Der



Nur vier Prozent der Kinder bis drei Jahre finden in Österreich einen Betreuungsplatz.

EU-Schnitt beträgt 28 Prozent. Unter der mangelhaften Kinderbetreuung leiden vor allem die Frauen: Sechs Millionen Frauen zwischen 25 und 49 Jahren sind dazu gezwungen, zu Hause zu bleiben oder einen Teilzeitjob anzunehmen. Die EU-

Kommission sieht nun vor, bis 2013 rund 500 Millionen Euro in den Ausbau der Kinderbetreuungsplätze zu investieren. Zudem soll der Mutterschutz EU-weit verschärft werden: Der Mutterschutz soll auf 18 Wochen angehoben werden.

IT: Behördenbriefe

Adieu, blauer Brief

Der blaue Brief von der Post ist bald Geschichte: Künftig sollen Behördenbriefe elektronisch, also via Internet, zugestellt werden. Dadurch erspart man sich nicht nur Zeit, sondern auch bares Geld. Produktionskosten und Transportwege, aber auch Papiermengen fallen nämlich weg. Um seine Dokumente künftig auf elektronischem Wege zu erhalten, muss man seine Bürgerkarte, z.B. auf der E-Card, aktivieren und sich auf www.meinbrief.at registrieren. Dort werden die Daten überprüft, so wird eine sichere und effiziente Zustellung garantiert.

Studie: Sehr hohe Lebensqualität in Österreich

Wir sind reich, gesund und glücklich

Bei der weltweiten Studie des New Yorker Legatum Instituts wurde eine Top-Ten Liste erstellt mit den wohlhabendsten Ländern der Welt (Materieller Wohlstand und Lebenszufriedenheit). Demnach ist unser Alpenstaat Österreich ge-

meinsam mit Finnland auf dem zweiten Platz. Noch glücklicher und reicher sind, so die Studie, die Menschen in Australien. Das Schlusslicht bildet Jemen. Insgesamt wurden 104 Länder untersucht.



Landwirtschaft: Nebenerwerbstätigkeit meldepflichtig

Gemeinden haben künftig Meldepflicht

Laut einer aktuellen Information der Sozialversicherungsanstalt der Bauern (SVB) sind Gemeinden – bei kommunalen Nebentätigkeiten der Landwirtschaft – als Auftraggeber zu betrachten und somit verpflichtet, der SVB alle Daten bekannt zu geben. In Kürze werden von der Sozialversicherungsanstalt der Bauern Erhebungen durchgeführt, die alle land(forst)wirtschaftlichen

Nebentätigkeiten und die damit verbundenen Gemeinden unter die Lupe nehmen. Die Gemeinden fungieren bei kommunalen Dienstleistungen seitens der Bauern als Auftraggeber und unterliegen der Meldepflicht laut Paragraph 20b BSVG im Bauern-Sozialversicherungsgesetz. Die Meldung soll innerhalb von 14 Tagen erfolgen. Mehr auf www.kommunalnet.at

Fremdenrecht

2009: Weniger Zuwanderer

Die Zuwandererquote wird im Jahr 2009 geringfügig gesenkt. Innenministerin Maria Fekter legt die Quote mit 8040 Zuwanderern fest. Allerdings wird die Quote für Saisoniers, also für temporär in Österreich Beschäftigte, deutlich erhöht. Fekter: „Damit wird den Bedürfnissen der Wirtschaft Rechnung getragen.“

Arbeitsmarkt: Tourismus

Streit um Gastro-Jobs

Von der Gewerkschaft Vida gibt es erneut Kritik an der Tourismusbranche: Es gäbe zwar ein Beschäftigungshoch, die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter seien aber zu schlecht, der Lohn zu gering. Vida-Chef Rudolf Kaske sprach sich zudem gegen eine weitere Öffnung des Arbeitsmarktes für ausländische Mitarbeiter aus.



Die „Klimaschutz Gemeinden 2008“ stehen fest

Gegen alle Widerstände „der Sonne entgegen“

Der größte Klimaschutz-Wettbewerb Österreichs für Gemeinden ist entschieden. In einer glanzvollen Gala im Wiener Konzerthaus wurden in drei Kategorien Großschönau (NÖ), Güssing (Bgl) und Munderfing (OÖ) jeweils zur „Klimaschutzgemeinde Österreichs 2008“ gewählt.

Daniel Kosak

Die Freude war bei den Siegern riesig, auch die zweit- und drittplatzierten Gemeindevertreter strahlten, schließlich wurden Preisgelder von insgesamt 90.000 Euro ausgeschüttet. Die Idee entstand zu Jahresbeginn 2008, erinnert sich Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer. „Zu diesem Zeitpunkt waren Klimaschutz-Diskussionen an der Tagesordnung, die



Daniel Kosak ist Pressereferent des Österreichischen Gemeindebundes

ganze Welt hat davon gesprochen, was man tun müsste, um die Klimaziele zu erreichen. Uns ist dabei aufgefallen, dass schon sehr, sehr viel in diesem Bereich passiert, von dem aber zu wenig bekannt ist. Gerade die Gemeinden leisten hier vielfach Pionierarbeit, die letztlich auch dazu beiträgt, dass der Klimaschutz auch in der Bevölkerung gelebt wird.“ Sehr schnell, so Mödlhammer, haben sich dann der Verbund-Konzern, der Gemein-

debund und das Lebensministerium zu diesem Wettbewerb entschlossen.

Das bei vielen Gemeinden mit Spannung erwartete Ergebnis des Wettbewerbs „Österreichs Klimaschutzgemeinde 2008“ steht nun fest. Mehr als 80 Gemeinden hatten sich daran beteiligt und die teils sehr intensiven Anforderungen und Unterlagen für den Wettbewerb eingereicht.

Ein sichtlich entspannter und aufgeräumter Sepp Pröll, Umweltminister und bei der Gala Neo-Parteichef der ÖVP, überreichte gemeinsam mit Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer und Verbund-Generaldirektor Michael Pistauer die Preise. Als sichtbare Auszeichnung erhielten die Gemeinden



In einer glanzvollen Gala im Wiener Konzerthaus kürten Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer, „Lebensminister“ Josef Pröll und Verbund-General Michael Pistauer die „Klimaschutz-Gemeinden 2008“.

Fotos: Verbund / Petra Spiola

eine grüne Ortstafel in Originalgröße, Urkunden sowie die Siegerschecks. „Wir wollen die Siegergemeinden weiter anspornen“, so Mödlhammer. „Deshalb sind die Preisgelder auch für weitere Klimaschutz-Projekte zweckgebunden.“

Begeisterung bei Gemeinden und Organisatoren

Umweltminister Pröll und Verbund-General Pistauer waren sichtlich angetan von der Qualität der Projekte und der Begeisterung der Gemeinden. „Ich hätte mir nie vorgestellt, dass in den Gemeinden eine solche Innovationskraft steckt“, so Pistauer. „Ich bin froh, dass wir diesen Bewerb als Partner mitbegleiten dürfen.“ Für Umweltminister

Pröll ist die Vorbildwirkung der Gemeinden der wichtigste Punkt: „In den Gemeinden, wo auch die Verwaltung Aktivitäten für den Klimaschutz setzt, dort funktioniert das auch in der Be-

Die Gemeinden leisten beim Klimaschutz vielfach Pionierarbeit, die letztlich dazu beiträgt, dass Klimaschutz auch in der Bevölkerung gelebt wird.

Helmut Mödlhammer
Gemeindebund-Präsident

völkerung. Die Vorbildwirkung ist gewaltig.“ Die aktuelle politische Situation konnte Pröll nichts anhaben. „Wer sagt denn, dass wir verhandeln“, so Pröll lächelnd auf eine entsprechende

Frage der Moderatorin. Moderiert wurde der Galaabend von ORF-Moderatorin Barbara Stöckl, die neben vielen anderen Prominenten auch ihren eigenen Chef, ORF-Generaldirektor Alexander Wrabetz begrüßen konnte. Die Kronen Zeitung, ebenfalls Partnerin des Bewerbes, war durch Dr. Christoph Dichand bei der Gala höchststrangig vertreten. Die ausgezeichneten Gemeindevertreter fühlten sich sichtlich wohl, nach der Preisverleihung gab es ein hochqualitatives Dinner, mit Spezialitäten aus den „Genuss-Regionen“. „Es ist sehr berührend und ein riesiger Ansporn, wenn man für langen Einsatz, der oft auch mit Widerständen verbunden ist, eine solch wichtige Auszeichnung bekommt“, freute sich einer der



Die Initiatoren des Klimaschutz-Wettbewerbes im Talk mit Barbara Stöckl: Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer, „Lebensminister“ Josef Pröll und Verbund-General Michael Pistauer.

Sieger-Bürgermeister. Fast alle Gemeindevertreter nutzten die Möglichkeit, sich gemeinsam mit dem Umweltminister auf Fotos ablichten zu lassen.

► **Kategorie „Bewusstseinsbildung“**

1. Platz: Munderfing (OÖ): Entwicklung eines Energiebaukastens zur Umsetzung eines lokalen Energiekonzepts. Einbindung aller Betriebe und der Bevölkerung. Ziel: Bewusstseinsbildung und Senkung des Energieverbrauchs. Das Preisgeld für die Siebergemeinde betrug in dieser Kategorie 10.000 Euro.
 2. Platz: Amstetten (NÖ): Die NÖ-Bezirksstadt Amstetten entwickelt sich in den letzten Jahren zum Dauergast bei Wettbewerben des Gemeindebundes. Erst 2006 wurden die Amstettner zur „Innovativsten Gemeinde Österreichs“ gewählt, nun sind sie auch beim Klimaschutz ganz weit vorne. Die Initiierung von Vorzeige-Klimaprojekten im stadteigenen Bereich, Unterstützung von Unternehmen, die positive klimarelevante Maßnahmen setzen. Viele Förderungen für Energiesparen, Umwelt- und Klimaschutz. Einrichtung der „Ökoenergiemeile“, die Abhaltung des jährlich stattfindenden „Energietages“, die Ausschreibung des „Klimaschutzpreises der Stadtgemeinde Amstetten“, die Einrichtung der „green academy“ beim RIZ Amstetten, der Ausbau und Lückenschluss beim Radwegenetz sind weitere Punkte der Klimaschutzbemühungen der Stadtgemeinde. Der Lohn dafür: 5.000 Euro Preisgeld.

3. Platz: Energieregion Strudengau (OÖ): 18 Gemeinden haben sich in diesem Projekt zusammengeschlossen und die Energieregion Strudengau gegründet. www.energieregion.org. Dafür erhalten die Strudengauer 3.000 Euro Preisgeld vom Verbund-Konzern.

► **Kategorie „Energieeffizienz“**

1. Platz: Großschönau (NÖ): "Sonnenplatz Großschönau": Errichtung eines Passivhausdorfes, in dem Familien "Probewohnen" können. Preisgeld: 20.000 Euro
 2. Platz: Wieselburg (NÖ): Spezielle Beratungsaktivitäten und Dienstleistungen im Vorfeld der Neugestaltung der Wärmeversorgung einer Siedlung. Dabei stellte die vergleichsweise schwierige Zielgruppe (Menschen im Ruhestand) eine besondere Herausforderung dar. Preisgeld: 10.000 Euro
 3. Platz: Hallein (Sbg) Weitgehende Umstellung der Energieerzeugung auf Fernwärme, die mit Hackschnitzel betrieben wird. Preisgeld: 6.000 Euro

► **Kategorie „Erneuerbare Energie“**

1. Platz: Güssing (Bgl): Seit vielen Jahren ist die burgenländische Gemeinde Pionierin bei erneuerbaren Energien. Sie ist

In den Gemeinden, wo auch die Verwaltung Aktivitäten für den Klimaschutz setzt, dort funktioniert das auch in der Bevölkerung. Die Vorbildwirkung ist gewaltig.

Umweltminister Josef Pröll

völlig energieautark, sie produziert sogar weit mehr Energie, als benötigt wird. Durch die Ansiedlung von Unternehmen und Forschungseinrichtungen wurden allein in diesem Bereich mehr als 1.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Der Lohn für die Güssinger: 20.000 Euro Preisgeld vom Verbund.

2. Platz: Euratsfeld (NÖ): Mit dem Projekt „Euratsfeld voller Energie“, erreichten die Niederösterreicher den zweiten Platz. 85 Bauern aus der Umgebung liefern für eine Nahwärme-Hackschnitzel-Anlage zu, obwohl die Gemeinde mit 15 Prozent nur einen sehr geringen Waldanteil hat. Insgesamt gibt es in der Gemeinden schon fünf Biomasse-Heizanlagen. Preisgeld: 10.000 Euro

3. Platz: Gutau (OÖ): Mit der Errichtung einer Biogasanlage, die mit Mais, Stroh oder Gras befeuert wird, hat die Gemeinde Gutau einen wichtigen Schritt in Richtung Energieautarkie getan. Allein durch die neue Anlage werden jährlich 450.000 Liter Heizöl eingespart. Das Preisgeld von 6.000 Euro soll nun auch einen neuen Windpark mitfinanzieren.

Der Preis zu „Österreichs Klimaschutzgemeinde“ soll – nicht zuletzt wegen des riesigen Erfolgs – auch im kommenden Jahr wieder ausgeschrieben werden. Alle im heurigen Jahr eingereichten Projekte werden nach und nach auf www.kommunalnet.at ausführlich dargestellt, damit sich interessierte Gemeinden daran ein Beispiel nehmen können.

Klimaschutz-Wettbewerb: Das Siegerprojekt „Energieeffizienz“

Großschönau, ein stolzes Passivhaus-Dorf

In der kleinen Gemeinde Großschönau im Waldviertel entstand Europas erstes Passivhausdorf. Ein Kompetenzzentrum für modernes und gesundes Bauen wird im Moment gerade geplant.

Das Ziel der Großschönauer war energieeffizientes und nachhaltiges Bauen. Mit dem Ergebnis, dass die Wohnqualität der Bewohner deutlich gesteigert, die Umwelt dauerhaft geschont und ein zusätzlicher wirtschaftlicher Nutzen für Bürger und Gemeinde erwirtschaftet wurde. Das eher raue Waldviertler Klima bietet gute Voraussetzungen, um die Passivhaustechnologie auf Herz und Nieren zu prüfen. In den fünf Probehäusern des Passivhausdorfes „Sonnenplatz“ konnten mehr als 90 Prozent der sonst notwendigen Heizenergie eingespart werden. Durch intelligente Planung und Ausführung kommt ein Passivhaus umgerechnet mit 1,5 Liter Heizöl pro Jahr und Quadratmeter aus.



In den fünf Probehäusern des Passivhausdorfes „Sonnenplatz“ in Großschönau konnten mehr als 90 Prozent der sonst notwendigen Heizenergie eingespart werden.

nal viel Aufmerksamkeit erregt. Die Gemeinde will aber überhaupt zum Passivhaus-Vorreiter in Europa werden. Geplant ist ein Kompetenzzentrum zur Weiterentwicklung der Passivhaustechnik in Richtung „Energie-Plus-Häuser“. Sie benötigen keine Energie von Außen und sind sogar noch kleine „Kraftwerke“. Mit Solarzellen erzeugen sie nämlich auch noch selbst Strom und speisen Überschüsse davon ins öffentliche Netz.

wichtigsten Merkmale sind perfekte Dämmung, die Vermeidung von Wärmebrücken durch Thermokameras, Luftdichtheit samt kontrollierter Lüftungstechnik und ein genau geplantes zusätzliches Heizsystem (zum Beispiel mit Sonnenkollektoren oder Wärmepumpen) für die kältesten Tage im Jahr.

Internationale Aufmerksamkeit für Großschönau

Ein Haus wie dieses ist unabhängig von zugekauften Energieträgern und kommt noch dazu mit sehr geringen Wartungskosten aus. Mit ihrer Musteranlage hat die Marktgemeinde Großschönau schon internatio-

Kompetenzzentrum nicht nur für Forschungsarbeit

Im Endausbau umfasst das Kompetenzzentrum, das in einer eigenen ausgelagerten GmbH betrieben wird, nicht nur Studios für Forschungs- und Entwicklungsarbeiten, sondern auch Schulungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für interessierte andere Gemeinden sowie Ausstellungsräume für Besucher.

Großschönau will zum Passivhaus-Vorreiter in Europa werden. Geplant ist ein Kompetenzzentrum zur Weiterentwicklung der Passivhaustechnik in Richtung „Energie-Plus-Häuser“.

Auch wenn man es den einzelnen Häusern nicht unbedingt ansieht, es steckt jede Menge Know-How im Inneren. Die



Mit Wasserkraft, Photovoltaik- und Solaranlagen will Munderfing in nur 30 Jahren zur energieautarken Gemeinde werden.

Klimaschutz-Wettbewerb: Das Siegerprojekt „Bewusstseinsbildung“

Munderfing wird in 30 Jahren energieautark

In Kooperation mit der Energiewerkstatt GmbH soll das Projekt „Energiebaukasten Munderfing“ in sechs Modulen umgesetzt werden und die oberösterreichische Kommune Munderfing in 30 Jahren zur Unabhängigkeit in Sachen Energie führen.

Dafür soll in der Gemeinde zu hundert Prozent erneuerbare Energie eingesetzt werden. Im Wesentlichen wird mit Hilfe des Programms, das in sechs Modulen die Gemeinden unterstützen soll, ein regionales Energiekonzept erstellt: Zu allererst wurde innerhalb dieses Programms der

Bis 2010 soll unter anderem auch der Wärmeverbrauch um ein Prozent jährlich reduziert und der Windpark Munderfing errichtet werden.

Energiefluss der Gemeinde erheben. Mit den Ergebnissen konnte man damit das Potenzial der Energieeinsparungen ermitteln und im dritten Schritt die Möglich-

keit der Nutzung erneuerbarer Energie prüfen.

Um das notwendige Energieregister zu erstellen, wurden Fragebögen an Haushalten und Firmen innerhalb der Gemeinde versandt und von der Hauptschule Munderfing eingesammelt. Die äußerst erfreuliche Rücklaufquote des Fragebogens spiegelt die Bereitschaft der Bevölkerung wider, am Projekt mitzuarbeiten.

Das Land Oberösterreich nahm es sich zum Vorbild und setzte aus dem Anlass das Projekt EGEM (Energiegemeinden) um, welches vom Land selbst finanziell unterstützt wird.

Munderfing möchte sich nun nicht auf ihren Lorbeeren ausruhen und arbeitet laufend weiter an der Verbesserung und Umset-

zung ihrer Ziele. In 30 Jahren möchte Munderfing vollkommen energieautark sein und somit 100 Prozent erneuerbare Energie einsetzen. Dazu werden laufend Infoveranstaltungen und Vorträge ausgerichtet. Auch ein Energiekirtag wird jährlich abgehalten. Weiters gibt es das Schulprojekt „Safe & Win“ und die fünf Kleinwasserwerke in der Gemeinde werden optimiert. Jährlich werden mindestens drei Energiestammtische und mindestens vier bis fünf Energiegruppen abgehalten.

Bereits fünf Photovoltaikanlagen wurden in Munderfing montiert, weitere sind in Planung. Außerdem hat die Gemeinde Aktionen eingeführt, wie Energieausweise und -beratungen, Sparlampen und Kesseltausch sowie die Herausgabe der "EnergieNews" in der Gemeindezeitung, um die Wertschöpfung in der Kommune zu steigern.

Bis 2010 soll unter anderem auch der Wärmeverbrauch um ein Prozent jährlich reduziert und der Windpark Munderfing errichtet werden.

Klimaschutz-Wettbewerb: Das Siegerprojekt „Erneuerbare Energie“

Mit Biomassekraftwerk zur energieautarken Stadt

1990 hat der Güssinger Gemeinderat eine mutige Entscheidung getroffen und sich damit europaweit zum Vorzeige-Ort gemacht: 100-prozentiger Ausstieg aus der herkömmlichen fossilen Energieversorgung.

Güssing hat sich damals auf seine Chance besonnen, etwa auf den kaum genutzten Wald, der 40 Prozent der Fläche in der Umgebung ausmachte.

Heute sind die Erfolge ein-drucksvoll: Jedes Jahr wachsen im Bezirk Güssing über 100.000 Tonnen Holz nach. Für die Strom- und Wärmeversorgung der Stadt wird lediglich ein Fünftel davon gebraucht. Die Stadt mit rund 4000 Einwohnern erzeugt mehr Strom als sie verbraucht und ist deshalb zu hundert Prozent energieautark. Güssing kann inzwischen Überschüsse bei Strom und Heizwärme um gutes Geld verkaufen. Zudem produziert die Stadtgemeinde so viel Treibstoff, wie in ihr verbraucht wird, nämlich 1,5 Millionen Liter im Jahr.

Realisierung eines neuen Kraftwerktyps

Ausgehend von einem Energiekonzept für die Stadt wurden erst einmal alle Gebäude der Gemeinde selbst durch Dämmung etc. effizienter gemacht – das hat dem Gemeindebudget gleich fast 50 Prozent der Energiekosten gespart. Dieser Erfolg hat Mut gemacht, eine mit Altspeiseölen und Raps gespeiste Biodiesel-Anlage wurde errichtet. Ebenso das damals größte Biomasse-Kraftwerk Österreichs, das mit dem reichlich vorhandenen Holz betrieben

Aus „Eine Handvoll Dollar“ – der Titel eines berühmten Western des Starregisseurs Ennio Morricone – wurde in der Güssinger Version „Eine Handvoll Hackschnitzel“.



wird. Es beliefert über zwei Wärmenetze die Gemeindebürger mit Heizenergie.

Umweltfreundlichste Stadt Österreichs

Weil das „Modell Güssing“ immer besser lief, hat man sich sogar ans Projekt einer Holz-Biomasseanlage zur Stromerzeugung gewagt. Mit einer Wirbelschicht-Dampfvergasungstechnik entsteht nun aus Holz gleichzeitig sauberer Strom sowie Wärme.

Vorbildlich hat es Güssing geschafft, durch die Nutzung erneuerbarer und dezentraler Energien von einem der ärmsten Regionen des Landes zur umweltfreundlichsten Stadt Österreichs zu werden.

Ausgehend von einem Energiekonzept für die Stadt wurden erst einmal alle Gebäude der Gemeinde durch Dämmung etc. effizienter gemacht – das hat dem Gemeindebudget gleich fast 50 Prozent der Energiekosten gespart.

„Es ist sehr berührend und ein riesiger Ansporn, wenn man für langen Einsatz, der oft auch mit Widerständen verbunden ist, eine solch wichtige Auszeichnung bekommt“, freute sich Sieger-Bürgermeister Peter Vadasz über die Auszeichnung zur Klimaschutz-Gemeinde.

Güssing wurde übrigens für sein Energiekonzept bereits 2004 mit dem Preis als „Innovativste Gemeinde Österreichs“ ausgezeichnet (siehe auch Bericht in KOMMUNAL 3/2004, Seite 13 ff).

LandLuft 09 – ein Projekt sucht Schlüsselfaktoren für innovative Baukultur

Funktioniert“ Ihr Dorf wirklich?

Welcher Bürgermeister sucht sie nicht, die attraktiven Gebäude, die zur überregionalen Strahlkraft einer Gemeinde beitragen. Dabei funktioniert es eigentlich ganz einfach: Zuerst müssen die Bürger aktiviert werden, danach kann mit der Schaffung eines werbewirksamen Wahrzeichens begonnen werden, und im Schlepptau dieser Erneuerung ergeben sich andere spannende Projekte, an die zuvor niemand denken konnte. Und schon ist ein Ort zukunftsfit gemacht und viel beachtet.

Roland Gruber
Roland Wallner

Was so leicht aussieht, ist aber nicht so einfach zu realisieren. Denn hinter außergewöhnlichen Projekten und Erneuerungsprozessen stecken Durchhaltevermögen und komplexe Beziehungen von Menschen, deren Wirken optimal ineinander greifen muss.

Wenn im Idealfall die unterschiedlichen Netze, Räume und Bauten funktionieren, dann entsteht lebendige Baukultur. Da

Landluft 09 untersucht die Ursachen für die Entstehung einer innovativen Baukultur im Dorf. Wie sehen soziale bzw. politische Geflechte aus, die zu bemerkenswerten baukulturellen Ergebnissen führen?

dies in Österreich aber nicht selbstverständlich ist, greifen wir zum Eigenschaftswort innovativ, um die Novität hervorzuheben. Innovative Baukultur ist deshalb so wichtig, weil sie gerade ländlichen Gemeinden die Chance bietet, aus notwendigen Investitionen in Bauwerke und in öffentliche Räume einen zusätzlichen Mehrwert zu schaffen. Dieser reicht von einer Aktivierung der Bürger, über die Schaffung von werbewirksamen oder imagebildenden Wahrzeichen bis hin zum Auslösen eines Erneuerungsprozesses.

All das ist Gegenstand des Projektes „LandLuft 09 – funktionierende Netze, Räume und Bauten“, das neben einen gemeinsam mit dem Gemeindebund ausgelobten Baukulturgemein-

de-Wettbewerb, ein mehrtägiges Symposium, eine Wanderausstellung durch die Bundesländer auch ein speziell für Gemeinden hilfreiches Handbuch „Gut Gebaut“ umfasst.

Der lange Weg zum „Funktionierend“

Landluft 09 untersucht die Ursachen für die Entstehung einer innovativen Baukultur im Dorf. Wie sehen soziale bzw. politische Geflechte aus, die zu bemerkenswerten baukulturellen Ergebnissen führen? Wen oder was brauchen hervorragende Projekte? Wer gibt den Anstoß? Welche Strategien werden verfolgt? Landluft 09 zeigt nicht nur das „schöne“ Projekt, sondern auch die Art und Weise, wie es zustande kam. Durch ausgewählte Beispiele werden Modelle und Prozessmuster veranschaulicht. Diese Best-Practise-Beispiele sollen Impulse liefern und bei den verantwortlichen Akteuren die Scheu vor Neuem nehmen. Landluft 09 untersucht die räumlichen Beziehungen von Projekten, wobei neben dem gebauten Raum auch Wirtschafts- und Verkehrsräume, Natur- und Kulturräume, Sozialräume der Begegnung und städtebauliche Räume betrachtet werden. Beziehungen untereinander, Interessenlagen und -konflikte werden ebenso analysiert wie Synergien, die durch geschicktes Vorgehen erschlossen werden können. Bauten bilden den Endpunkt dieser Prozesse. Sie sind im Idealfall das Produkt von komplexen Strategien, die das sinnvolle Ineinan-



Foto: Armin Bardiel

Roland Gruber ist Gründer und Vorstandsmitglied von LandLuft sowie Geschäftsführender Gesellschafter von nonconform architektur vor ort



Foto: Wallner

Roland Wallner ist Mitarbeiter des Österreichischen Biomasseverbandes und Vorstandsmitglied von LandLuft



Die Plattform Dachsteinblick der Rundwanderwelt Hinterstoder eröffnet eine faszinierende Welt in die Bergwelt und wurde von den Architekten Oberbichler/Wallner aus Hinterstoder geplant.

dergreifen von sozialen, ökonomischen sowie gestalterischen Funktionen garantieren und dazu beitragen, dass „gute“ Projekte mehr leisten können als konventionelle. Erst wenn dieses „Ineinandergreifen“ auf ideale Weise erfüllt ist, kann tatsächlich von „funktionierenden“ Räumen sowie Bauten gesprochen werden.

Herausragende Beispiele für Baukultur in Gemeinden

► **„Rückkehr des Lebens,, in das Stadtzentrum in Stadt Haag**
Stadt Haag hat sich in den letzten Jahren als mutige und innovative Kleinstadt positioniert. Die Kleinstadt im Mostviertel hat 5.000 Einwohner und ist eine engagierte Theatergemeinde mit einem intakten Altstadtkern, der in den letzten Jahrzehnten aber sukzessive entsiedelt wurde und an Attraktivität verlor. Vor mehr als zehn Jahren wurden in Zusammenarbeit engagierter Bür-



Das Theaterleben findet beim Haager Theatersommer direkt am Hauptplatz statt. Die mehrfach preisgekrönte Tribüne aus roten Holzleimbändern wurde vom Architekturbüro „nonconform architektur vor ort“ geplant.

Foto: Gerhard Obermayr

Das LandLuft Projekt 2009

► **Wettbewerb „Baukulturgemeinden Österreichs“:** Gesucht werden Gemeinden in Österreich, in denen mehr als ein baukulturell interessantes Projekt in den letzten Jahren realisiert wurden. Der Schwerpunkt des Wettbewerbs liegt nicht so sehr in der Ästhetik, sondern bei den Menschen, die hinter innovativen Projekten stehen. Ziel ist es, ein Netzwerk der Entstehung von Neuem aufzuzeigen. Bei Wettbewerbsstart Ende 2008 erhalten alle Gemeinden weitere Informationen direkt vom Gemeindebund via E-Mail.

► **Ausstellung:** Die Ergebnisse des Wettbewerbs werden in einer Ausstellung an der Technischen Universität Wien gezeigt. Im Anschluss wird die Ausstellung zwei Jahre lang durch die einzelnen Regionalmanagementbüros in Österreichs

Regionen wandern.

► **Mehrtägiges Symposion:** Das Hauptsymposion dauert zwei Tage. Darüber hinaus gibt es zielgruppenspezifische Thementage bzw. -abende wie z.B. „Bürgermeister-Tag“ oder „Landschaftsplaner-Nachmittag“ während der gesamten Dauer der Ausstellung.

► **Publikation:** Die Wettbewerbsergebnisse werden aufbereitet und in Form eines Handlungsleitfadens für erfolgreiche Baukulturarbeit am Land kommuniziert.

► **Datenbank im Internet:** Die besten Projekte und Gemeinden in Österreich werden im Internet leicht verständlich aufbereitet.

Mehr Infos bei: LandLuft – Verein für Architektur und Kommunikation außerhalb von Ballungszentren
Tel: 0699-19294060
E-Mail: kontakt@landluft.at
web: www.landluft.at

ger und Experten die Strategien für die Zukunft des Ortszentrums und die „Rückkehr des Lebens“ erarbeitet. Bereits vor dem eigentlichen Planungsprozess waren die Betroffenen in die Gestaltung der Projekte einbezogen und wurden somit zu handelnden Akteuren und Experten für den eigenen Ort. Das Ergebnis: Die schrittweise Realisierung eines Gesamtkonzepts, mit dem sich alle identifizieren und das überregional für Furore sorgt – die Bürger sind stolz auf das neue Haager Zentrum und nehmen es wieder als ihr „Wohnzimmer“ war.

Zum neuen Stadtbild gehören die temporäre Tribüne für den Theatersommer sowie der neu gestaltete Hauptplatz mit einem außergewöhnlichen Liniensystem samt beeindruckender Be-



Foto: Schachner

Die mehrfach preisgekrönte Multifunktionshalle mitten im Zentrum von Hinterstoder wurde von den Linzer Architekten Riepl/Riepl geplant.

leuchtung über die Häuserfassaden. Ein Stadthotel, wofür Leerstände im Ortszentrum genutzt werden, ist derzeit in der Planungsphase.

Die Projekte der Stadt Haag wurden mit mehreren nationalen und internationalen Baukulturpreisen ausgezeichnet: Unter anderem mit dem Bauherrpreis, dem wichtigsten österreichischen Architekturpreis, und dem Otto-Wagner-Städtebaupreis für die umfassende Sanierung und Weiterentwicklung des Stadtkerns.

► Talaufwärts – konsequente Dorf-Erneuerung in Hinterstoder

Ein Dorf kann sich neu erfinden und sich gerade dadurch treu bleiben. Vor etwas mehr als 15 Jahren startete die Gemeinde Hinterstoder unter dem Titel „talaufwärts“ gemeinsam mit engagierten Bürgern und Betrieben einen Erneuerungsprozess, in dessen Rahmen eine Vielzahl von Projekten entwickelt und infolge auch realisiert wurden.

Damit einhergehende bauliche Maßnahmen konzipierte man mit der Zielsetzung, nicht nur den geforderten Raum zu schaffen, sondern ein Maximum an positiven „Nebenwirkungen“ zu generieren. Die Liste dieser Nebenwirkungen ist lang: Auslösen eines Diskussionsprozesses zum Thema Baukultur im Dorf, Schärfung der eigenen Identität, Neuinterpretation der eigenen



Foto: Dietmar Tollerian

Der Hauptplatz ist das Herz, die Visitenkarte und das Wohnzimmer einer Stadt. Die Neugestaltung in Haag wurde vom Architekturbüro „non-conform architektur vor ort“ geplant und mit dem Otto-Wagner-Städtebaupreis 2007 ausgezeichnet.

Wurzeln, Verbesserung der Wege und Abläufe im Dorf, Belebung und Ausweitung des Dorfkerns, Schaffung mehrerer neuer Wahrzeichen sowie attraktiver Ziele für Touristen, nationale und internationale Auszeichnungen und damit einhergehende Berichterstattung in den Medien, Entstehen eines Architektur- und Innovationstourismus, Image-Wandel zur Vorzeige- und Innovationsgemeinde, Entstehen eines Klimas der Erneuerung, Ermutigung privater Bauherren zu zeitgemäßer Architektur.

Fakt ist, dass innovative Baukultur in Hinterstoder auf alle Bereiche positiv ausstrahlt. Selbst die Gestaltung von Wanderwegen führte zu einem Ergebnis abseits von Gewöhnlichem, getreu dem Motto: „Mit Dörfern ist es wie mit Menschen, nur ein Charakter mit Ecken und Kanten bleibt in den Köpfen hängen und fordert zur bewussten Interaktion auf.“

Landluft 09 zeigt nicht nur das „schöne“ Projekt, sondern auch die Art und Weise, wie es zustande kam. Durch ausgewählte Beispiele werden Modelle und Prozessmuster veranschaulicht.

Mag. Nicolaus Drimmel

Schon die Einberufung dieses Forums aller Spitzenpolitiker der Gebietskörperschaften nach zehn Jahren Sitzungspause verlangt von den handelnden Akteuren ein klares Bekenntnis zu den Herausforderungen der heutigen Zeit. Im Sinne des Prinzips der Gleichheit der Lebensbedingungen aller Menschen in diesem Bundesstaat ist angesichts der bevorstehenden Entwicklungen politischer Gestaltungswille gefragt. Für den Gemeindebund, der mit seinem Präsidenten Mödlhammer gleichberechtigt neben den Spitzenvertretern des Bundes und der Länder in diesem Gremium vertreten ist, geht es um die langfristige Lebensfähigkeit des ländlichen Raumes. Megatrends wie Verstädterung und die alternde Gesellschaft verlangen laut der vorliegenden Grundlagenpapiere der ÖROK eine verstärkte Nutzung politischer Gestaltungsmittel. Aktives Handeln zum verstärkten innerstaatlichen wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt verlangt auch den verantwortungsbewussten Umgang mit finanziellen Mitteln zur Stärkung von Infrastruktur und Standortqualität. Freilich werden sich die demografischen Trends damit nicht ändern, ihre Effekte müssen aber durch intelligente und effektive Nutzung der Ressourcen abgemildert werden. Nach der letzten politischen ÖROK 1999 war es daher höchst an der Zeit, ein Zeichen im Sinne von Dantes Ausspruch zu setzen: „Der eine wartet, dass die Zeit sich wandelt, der andere packt sie kräftig an und handelt.“

Evaluierung der Situation

Anlässlich der Kommunalen Sommergespräche in Bad Aussee, die sich mit der Entleerung der ländlichen Räume befasste, übersetzte Gemeindebundpräsident Mödlhammer die technokratische „Kohäsion“ mit einem klaren politischen Anspruch: „Kein Siedlungsraum darf aufgegeben werden“. Die Gemeinden schaffen und sichern den Lebensraum, sie verantworten Lebensqualität und Sicherheit und

Politische Raumordnungskonferenz für mehr Lebens- und Standortqualität

Anpacken für den ländlichen Raum

Zwei Ereignisse fordern in diesem Herbst ein kräftiges Anpacken für den ländlichen Raum. Beim Gemeindetag wurde das Forderungspapier des Gemeindebundes verabschiedet. Am 23. Oktober tagt nach fast 10 Jahren die politische Raumordnungskonferenz (ÖROK).

dürfen daher nicht zu „Ortsverwesern“ degradiert werden. Dies ist nur die konsequente Folge der Initiative des Gemeindebundes für einen „Masterplan für den ländlichen Raum“ für mehr Vernetzung aller für die Standortqualität dieser Gebiete handelnden Akteure. Manche Politiker stießen sich zwar an der Namensgebung, jedoch steht für alle Akteure außer Streit: Mindeststandards in der Infrastruktur, laufendes Monitoring und verstärkte Netzwerkbildung. Aufgrund dieser Initiativen wurden in den letzten Jahren im Rahmen der ÖROK zwei Projekte zur Evaluierung der Situation in ländlichen und peripheren Räumen durchgeführt. Sie haben nicht nur eine themenbezogene Auswertung raumwirksamer Politiken ermöglicht (zB zur Daseinsvorsorge), sondern auch bestehende Lösungsansätze vorgestellt.

Mobilität kein Allheilmittel

Oft wird für die Stärkung des ländlichen Raumes die Mobilität angeführt. Diese hat aber nicht primär die Gestaltung von Lebensraum zum Ziel, Experten sprechen auch von einem Ende einer Ära der Erreichbarkeit. Trotz (statistischer!) Vollmotorisierung ist Abgeschiedenheit ein Faktum, das Pendlerdasein und das Wohnen in entlegenen Regionen mit einem höheren Lebensrisiko behaftet. Auch wenn der Ausbau des Verkehrs eine besondere Raumwirksamkeit besitzt, wird die Mobilität in benachteiligten Gebieten weiterhin nur eine Krücke bleiben. Planerische Erfolge haben die Ge-

meinden, in denen die Lebens- und Arbeitswelten möglichst harmonisch und ortsnah verbunden werden.

Mindeststandards

Mobilität ist daher nicht für alle Regionen ein Optimum, sie berücksichtigt zu wenig die Einbuße von Lebensqualität, die sie im Pendeln voraussetzt. Mindeststandards für die Lebensqualität für den ländlichen Raum sind daher auch im Forderungspapier des Gemeindebundes an die neu zu bildende Bundesregierung verankert: Schulkinder dürfen nicht zu Pendlern werden, ein Altern muss auch in der angestammten Heimat möglich sein. Die digitale Welt des Internet und der Telematik muss auch im ländlichen Raum für die dort lebenden Menschen nutzbar und selbstverständlich sein. Eine Breitbandinitiative, die der Gemeindebund in seinem Forderungspapier als Fortsetzung der bisherigen Politiken fordert, darf nicht bei den infrastrukturellen Möglichkeiten aufhören, sondern muss die Menschen zur Nutzung animieren.

Gebot der Vernetzung

Die ÖROK war seit ihrer Gründung im Jahr 1971 ein föderales Koordinierungsinstrument aller Ebenen der Gebietskörperschaften und ist damit ein Vorläufer

moderner Netzwerke. Gerade um das Ungleichgewicht zwischen Gunstlagen und benachteiligten Gebieten zu dämpfen, hat sie daher seit dem EU-Beitritt Österreichs die Aufgabe, den Rahmen für die nationale Verteilung der EU-Strukturfondsmittel vorzunehmen. Diese haben in den letzten Jahren die Gemeinden in die Lage versetzt, auch solche Projekte zu finanzieren, die ohne Strukturfondsmittel nur schwer umsetzbar gewesen wären. Für die Entwicklung des ländlichen Raumes stellt die EU für die Jahre 2007 bis 2013 immerhin ca. 4 Mrd. Euro zur Verfügung, die allerdings auf nationaler Ebene noch mit einer

Trotz statistischer (!) Vollmotorisierung ist Abgeschiedenheit Faktum, das Pendlerdasein und das Wohnen in entlegenen Regionen mit einem höheren Lebensrisiko behaftet.



ebenso hohen Summe kofinanziert werden müssen. Dazu müssen jedenfalls Anreizsysteme für ländliche Gemeinden geschaffen werden, etwa um den Erhalt und die Ansiedelung von Klein- und Mittelbetrieben im ländlichen Raum zu begünstigen. Der nationale strategische Arbeitsplan für die Strukturfondsperiode bis 2013 wurde von der Raumordnungskonferenz auf Expertenebene entwickelt. Koordination ist nicht nur auf dieser Ebene nötig, sondern muss auch in und unter den Gemeinden erfolgen, um Standort- und Lebensqualität zu bessern. Im Hinblick auf Bodenknappheit und intensiver werdenden Standortwettbewerb sind gerade die Gemeinden in den Ungunstlagen gefordert, sich stärker zu vernetzen und Vorbild für andere Akteure mit ebenso wertvollen Initiativen im ländlichen Raum zu sein.



OReg. Rat Mag.
Nicolaus Drimmel
ist Jurist im
Österreichischen
Gemeindebund

Genossenschaftliche PCP-Modelle zur Übernahme kommunaler Aufgaben

Wenn Gemeinde und Bürger an einem Strang ziehen ...

Das RiCC – Forschungsinstitut für Kooperationen und Genossenschaften an der Wirtschaftsuniversität Wien – beschäftigt sich im Rahmen eines aktuellen Projektes mit genossenschaftlichen Public Citizen Partnership-Lösungen (PCP-Lösungen) kommunaler Aufgaben in österreichischen Gemeinden. KOMMUNAL berichtet über die Suche nach Best-Practice-Beispielen in Österreich im Vorfeld der Erhebungen .

Mag. Daniela Weismeier-Sammer
Mag. Richard Lang

Bereits im Jahr 2007 (Ausgabe 9C) wurde in KOMMUNAL über verschiedene genossenschaftliche PCP-Modelle in Deutschland berichtet; in Österreich ist das PCP-Konzept jedoch noch nicht annähernd weit verbreitet. Eine der wenigen Ausnahmen bildet das Sozialzentrum einer Vorarlberger Gemeinde, das damit auch für andere Regionen in Österreich ein anschauliches Best-Practice-Beispiel für die Übernahme kommunaler Aufgaben durch PCP-Gesellschaften darstellt.

Die kommunalen Verantwortungsbereiche Kinder- und Altenbetreuung stellen Gemeinden vor eine schwierige Aufgabe mit hoher Dringlichkeit, wie ei-

ne Zufriedenheitsumfrage in österreichischen Gemeinden zeigt¹. Bedarf besteht vor allem an zeitlich flexibler Ganztagsbetreuung für Vorschulkinder, die mit den Arbeitszeiten der Eltern kompatibel ist und so eine wichtige Unterstützung für berufstätige Elternteile in der Organi-

Das RiCC sieht in genossenschaftlichen Public Citizen Partnerships eine Möglichkeit, durch die Kooperation von Gemeinde und betroffenen BürgerInnen innovative Angebote in den Bereichen Kinder- und Altenbetreuung zu realisieren.

sation des Alltags darstellt. Gleiches gilt für die Verfügbarkeit von Hortplätzen zur Nachmittagsbetreuung von Schulkindern. Im Bereich der Altenbetreuung besteht nicht nur Bedarf an Pflegeeinrichtungen, sondern vor allem auch an Seniorentreffpunkte und -tagesstätten, welche der älteren Bevölkerung die Möglichkeit bieten, in angemessener Entfernung vom Wohnort soziale Kontakte zu pflegen und durch Aktivitäten aller Art wieder einen strukturierten Tagesablauf erleben zu können. Gerade im Bereich der Altenbetreu-

ung scheint auch im Hinblick auf die demographische Entwicklung der Bevölkerung dringender Handlungsbedarf gegeben.

Da viele Gemeinden mit sinkenden Einnahmen bei gleichzeitiger Schuldenbelastung kämpfen, ist das Angebot oben beschriebener Einrichtungen aufgrund zu enger Budgets oft nicht möglich. Das RiCC – Research Institute for Co-operation and Co-operatives, Wirtschaftsuniversität Wien (Leitung Prof. Dr. Dietmar Rößl) – sieht in genossenschaftlichen Public Citizen Partnerships eine Möglichkeit, durch die Kooperation von Gemeinde und betroffenen BürgerInnen innovative Angebote in den Bereichen Kinder- und Altenbetreuung zu realisieren. Public Citizen Partnerships stellen eine attraktive Alternative zu Public Private Partnerships (PPP) dar. Im Vergleich zu PPPs, bei denen Gemeinden kommunale Aufgaben zur Gänze an private Anbieter auslagern, sind PCPs eine Kooperationsform die es der Gemeinde ermöglicht, gemeinsam mit den BürgerInnen erarbeitete Konzepte in diversen Bereichen, wie Kinder- und Altenbetreuung, umzusetzen. Dabei kann bürgerschaftliches Engagement in der Gemeinde genutzt und so partnerschaftlich für eine Verbesserung des kommunalen Angebots gesorgt werden.

Vorteile genossenschaftlicher PCP-Modelle

Die Rechtsform der Genossenschaft bietet den an der Errichtung und dem Betrieb von PCP-Gesellschaften Beteiligten in mehreren Bereichen Vorteile. Diese liegen vor allem in der Kapitalaufbringung sowie in der geringen steuerlichen Belastung der Organisation. Für die Grün-



Mag. Daniela Weismeier-Sammer, wissenschaftliche Projektmitarbeiterin am RiCC – Forschungsinstitut für Kooperationen und Genossenschaften der WU Wien



Mag. Richard Lang, wissenschaftlicher Mitarbeiter am RiCC – Forschungsinstitut für Kooperationen und Genossenschaften der WU Wien

¹ Vgl. Zufriedenheitsumfrage des Gallup-Institutes (2005) im Auftrag des österreichischen Gemeindebundes.



Im Bereich der Altenbetreuung besteht nicht nur Bedarf an Pflegeeinrichtungen, sondern vor allem auch an Seniorentreffpunkten und -tagesstätten, welche der älteren Bevölkerung die Möglichkeit bieten, in angemessener Entfernung vom Wohnort soziale Kontakte zu pflegen und durch Aktivitäten aller Art wieder einen strukturierten Tagesablauf erleben zu können.

derung einer Genossenschaft ist weder die Aufbringung eines bestimmten Mindestkapitals nötig, noch unterliegen Genossenschaften einer Mindestkörperschaftssteuer. Des Weiteren entfällt die Pflicht der Entrichtung der Gesellschaftssteuer in der Höhe von einem Prozent der Einlage. Außerdem stellt die flexible Mitgliederstruktur – der Ein- oder Austritt von Mitgliedern ist jederzeit möglich – einen wichtigen Anreiz für bürgerliche Beteiligung dar. Nicht zuletzt aufgrund der Prinzipien der Genossenschaft – Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung – ist die Rechtsform der Genossenschaft für die Umsetzung vieler Arten von kommunalen Aufgaben sehr gut geeignet.

Sozialzentrum Altach – Jung und Alt unter einem Dach

Das RiCC hat sich im Rahmen

des Projektes „Genossenschaftliche PCP-Lösungen kommunaler Aufgaben“ zum Ziel gesetzt, Prototypen für Public Citizen Partnerships in den verschiedensten Bereichen zu entwickeln. Im Zuge der zu Projektbeginn

Beim Sozialzentrum Altach in Vorarlberg handelt es sich um ein erfolgreiches Beispiel einer PCP-Struktur für die alternative Erfüllung kommunaler Aufgaben im Sozialbereich.

gestarteten Recherchen in österreichischen Gemeinden stieß man auf das Sozialzentrum Altach in Vorarlberg. Dabei handelt es sich um ein erfolgreiches Beispiel einer PCP-Struktur für die alternative Erfüllung kommunaler Aufgaben im Sozialbereich. Ein vom konkreten Projekt in Altach abstrahiertes Organisationsmodell erscheint dabei prinzipiell auch auf Gemeinden in anderen Regionen Öster-

reichs übertragbar.

Das Angebot in Altach richtet sich an in der unmittelbaren Region lebende Menschen aller Generationen, d.h. Kinder, Jugendliche, Eltern, alte und kranke Menschen sowie deren Angehörige. Im Jahre 1997 von der Gemeinde gegründet hat das Sozialzentrum sein Dienstleistungsspektrum ausgehend vom Pflegebereich sukzessive erweitert und verbessert. Für ältere, pflegebedürftige Menschen steht im Sozialzentrum ein Pflegeheim mit insgesamt 34 Zimmern zur Verfügung, außerdem existiert ein spezielles Angebot für die Kurzzeitpflege, um Angehörige, beispielsweise in Urlaubszeiten, zu entlasten. Die BewohnerInnen des Pflegeheims können ihre individuellen Lebensgewohnheiten und Freiräume weitestgehend beibehalten. So sind sie u.a. dazu eingeladen, ihre Räume persönlich zu gestalten, gemeinsam mit der hauseigenen

Küche ihren Menüplan zu erstellen oder auch ihren betreuenden Arzt selbst auszuwählen. Das Pflege- und Betreuungsangebot setzt darüber hinaus verstärkt auf kreative Beschäftigungsmöglichkeiten für die BewohnerInnen. Durch einen auf ehrenamtlicher Basis organisierten Besuchsdienst werden soziale Netzwerke der Pflegebedürftigen innerhalb der Gemeinde aufrechterhalten bzw. neu geknüpft.

Für jene AltacherInnen, die eine häusliche Betreuung vorziehen, bietet sich das Sozialzentrum auch als Dachorganisation über eine Reihe ambulanter Dienste an: Im Bereich der Altenbetreuung gibt es einen mobilen Hilfsdienst, Essen auf Rädern sowie eine enge Zusammenarbeit mit dem Krankenpflegeverein Altach, der seinen Sitz direkt neben dem Sozialzentrum hat. Hinzu kommt noch die sogenannte Familienhilfe, die in familiären Ausnahmesituationen (wie zum Beispiel mehrtägiger Krankenhausaufenthalt nach der Geburt eines Kindes) dafür sorgt, dass der Alltag in der Familie reibungslos aufrecht erhalten werden kann.

Auch in der Kinder- und Jugendbetreuung versucht das Sozialzentrum Altach überregionale Standards zu setzen. Mehrere Gruppen stellen die Betreuung von Kindern aus Altach und den umliegenden Gemeinden zwischen 1,5 bis 10 Jahren sicher. Den Verantwortlichen ist dabei vor allem ein intensiver Kontakt zu den Eltern wichtig, der unter anderem durch die Seminarreihe „Rund um das Kind“ unterstützt wird. Jugendlichen bietet das Sozialzentrum einen eigens eingerichteten Raum als Treffpunkt. Jugendliche aus der Umgebung können an verschiedenen Projekten mitarbeiten und werden dabei auch pädagogisch betreut.

Integration – Offenheit – Professionalität

Als wesentliche Erfolgsfaktoren des Sozialzentrums Altach gelten:

► **Integration:** Die Förderung des Zusammenlebens von älteren und jüngeren Menschen unter einem Dach verhindert das sonst oft feststellbare Auseinanderdriften der Generationen. Die örtliche Zusammenlegung verschiedener sozialer Dienste (Altenbetreuung, Kinderbetreu-

Das Sozialzentrum versteht sich als ein Haus der offenen Tür innerhalb der Gemeinde und versucht auf diesem Wege die sozialen Beziehungen seiner Bewohner mit dem unmittelbaren Umfeld nicht nur zu erhalten sondern oft sogar zu verstärken.

ung, Jugendzentrum, Volksschulklasse etc.), die eigentlich aus einer Raumnot heraus konzipiert wurde, führte zu nützlichen Synergien in der Betreuung.

► **Offenheit:** Das Sozialzentrum versteht sich als ein Haus der offenen Tür innerhalb der Gemeinde und versucht auf diesem Wege die sozialen Beziehungen seiner Bewohner mit dem unmittelbaren Umfeld nicht nur zu erhalten sondern oft sogar zu verstärken. „Wenn man denkt, ältere Leute wollen nur ihre Ruhe haben“, erklärt Geschäftsführer Alfred Bargetz, „dann täuscht man sich gewaltig. Unsere Heimbewohner stehen auf Abwechslung und lieben es daher, wenn viele Gäste das Haus beleben.“ Als vorteilhaft erweist sich dabei die zentrale Lage des Sozialzentrums im Herzen von Altach, die einst gegen verschiedenste Vorbehalte von Politik und BürgerInnen durchgesetzt werden konnte. Bargetz weiter: „Der ältere Mensch will nicht in einem Heim wohnen, das irgendwo an der Peripherie steht.

Er möchte, genauso wie die Jungen mittendrin sein.“

► **Professionalität:** Die Geschäftsführung und das Betreuungspersonal



im Sozialzentrum Altach verstehen sich als Dienstleister der BewohnerInnen und versuchen bestmöglich auf die individuellen Wünsche ihrer „KundInnen“ einzugehen. Ein zertifiziertes Qualitätsmanagement und die Vernetzung mit anderen Vorzeiprojekten im In- und Ausland sorgen dafür, dass kontinuierlich neue Ideen in die Organisation gelangen und dort im Rahmen innovativer Konzepte umgesetzt werden. Als nächster Expansionschritt ist eine Adaptierung des Nebengebäudes für betreutes Wohnen geplant.

Und die Bevölkerung

Die Altacher Bevölkerung ist durch ehrenamtliche Tätigkeiten, z.B. im Rahmen des

Die Altacher Bevölkerung ist durch ehrenamtliche Tätigkeiten, z. B. im Rahmen des Besuchsdienstes, in die Organisationsstrukturen des Sozialzentrums eingebunden. Die Kooperation mit der Gemeindevertretung wiederum ist in der Form eines Beirats institutionalisiert.

Für jene AltacherInnen, die eine häusliche Betreuung vorziehen, bietet sich das Sozialzentrum auch als Dachorganisation über eine Reihe ambulanter Dienste an.



Best-Practice-Beispiele wie das Sozialzentrum Altach machen deutlich, dass innovative Lösungen in Form von PCP-Organisationen zur Beseitigung der Betreuungsproblematik für Alt und Jung und zur Bewältigung manch anderer kommunaler Aufgaben umgesetzt werden können.

Besuchsdienstes, in die Organisationsstrukturen des Sozialzentrums eingebunden. Die Kooperation mit der Gemeindevertretung wiederum ist in der Form eines Beirats institutionalisiert. Besonders hervorzuheben ist auch die Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden, wie Götzis, Koblach und Mäder, welche die regionalen sozialen Einrichtungen und den generationsübergreifenden Zusammenhalt über die Gemeindegrenzen hinweg stärken sollen.

Ein wesentlicher Nutzen des Altacher PCP-Projektes liegt für die Betreuungsbedürftigen darin, nicht aus dem Familien- und Gemeindeverband herausgerissen zu werden. Die Bevölkerung hat das Sozialzentrum als essentiellen Bestandteil des Gemeindelebens angenommen und anerkennt die daraus erwachsenden Möglichkeiten einer sicheren Zukunftsvorsorge direkt vor der Haustüre. Die Gemeindevertretung wiederum ist mit dem Sozialzentrum ihrem Ziel einer

Das Sozialzentrum in Altach – ein Platz für Alt und Jung

Das Modell ist voll aufgegangen

In der Gemeinde Altach gab es bis in die 90er Jahre zwar ein Alters-, aber kein Pflegeheim. Daher begann man 1994 mit dem Bau eines Sozialzentrums, das diese Aufgabe übernehmen sollte. 1997 wurde es eröffnet.

Aus organisatorischen und steuerlichen Gründen entschied man sich für eine Ausgliederung des Projekts. So kam es zur Gründung einer Kommunal GesmbH (gemeinnützige GesmbH) als 100 Prozent-Tochter der Gemeinde Altach.

„Uns war wichtig, dass die Gemeinde nach wie vor einen gewissen Zugriff auf die Organisation hat“, erläutert Bürgermeister Gottfried Brändle. Die Überlegung: Ein privater Anbieter muss Geld verdienen, die Kommunal GesmbH kann Überschüsse wieder in das Projekt investieren. Die betriebliche Führung erfolgt durch den Gemeindevorstand, der aus sieben Mitgliedern be-

steht. Brändle: „Durch dieses Modell – die 27-köpfige Gemeindevertretung hat keinen unmittelbaren Einfluss auf die Kommunal GesmbH – bleibt die Parteipolitik weitgehend außen vor.“

In die GesmbH wurden sämtliche Sozialdienstleistungen der Gemeinde eingebracht. Auch die gesamte Kinder- und die Jugendbetreuung finden im Sozialzentrum statt.

„Die organisatorischen Anforderungen sind in der Kinderbetreuung ähnlich wie in der Altenbetreuung, daher war es ein logischer Schritt, beides unter einem Dach zu vereinen“, sagt Brändle. Diese Bündelung der Kompetenzen dürfte in Vorarlberg einmalig sein.

„Für uns ist das Modell, für das wir uns vor über zehn Jahren entschieden haben, voll aufgegangen“, ist der Bürgermeister überzeugt. Und das Modell ist auch noch ausbaubar.



Bgm. Gottfried Brändle, Altach: „Uns war wichtig, dass die Gemeinde nach wie vor einen gewissen Zugriff auf die Organisation hat.“

verbesserten Lebensqualität für die Altacher Bevölkerung ein großes Stück näher gekommen und kann sich inzwischen auch über einen beträchtlichen Imagegewinn über die Region hinaus freuen.

Resümee

Best Practice Beispiele wie das Sozialzentrum Altach machen deutlich, dass innovative Lösungen in Form von PCP-Organisationen zur Beseitigung der Betreuungsproblematik für Alt und Jung und zur Bewältigung manch anderer kommunaler

Aufgaben umgesetzt werden können. Die Kooperation von Gemeinden und BürgerInnen bringt einen Nutzen für beide Partner mit sich, z.B. in Form einer Kostensenkung bei gleichzeitiger Qualitätssteigerung, wie das Beispiel Altach anschaulich beweist. Wenn Gemeinde und BürgerInnen bereit sind, „an einem Strang zu ziehen“ und wichtige Anliegen gemeinsam in Angriff zu nehmen, können kreative und innovative Lösungen die Lebensqualität für Jung und Alt in unseren Gemeinden deutlich steigern.

Fredy Mayer, Präsident des Österreichischen Roten Kreuzes, im Gespräch

„Unser Ziel ist eine mittelfristige Finanzvereinbarung“

Das Rote Kreuz ist in finanziellen Schwierigkeiten. So steht etwa das burgenländische Rote Kreuz vor dem Zwangsausgleich. Der Schuldenstand liegt bei 4,5 Millionen Euro. Das Hauptproblem: Die Transportverträge mit den Krankenkassen decken die Kosten nicht. Fredy Mayer, Präsident des Roten Kreuzes, nimmt im KOMMUNAL-Interview Stellung.

Mag. Helmut Reindl

Wie finanziert sich das Rote Kreuz? Wie wichtig ist der „Rettungsschilling“ für das Rote Kreuz?

Fredy Mayer: Rein rechtlich ist in Österreich klar geregelt, wer für das Rettungswesen zuständig ist. Im örtlichen Bereich ist das die Gemeinde, im überörtlichen Bereich das Land. In der Praxis gibt es aber eine gemischte Finanzierung ohne längerfristige Perspektiven. Unser Problem ist, dass sich unsere Partner immer weiter zurückziehen: Die Krankenkassen deckeln ihre Ausgaben, und die Gemeinden verweisen uns oft auf die Länder, weil sie sagen, dass das nicht eine Frage der örtlichen, sondern der überörtlichen Sicherheit ist. In jenen Bundesländern, in denen es keine Koordination von Ländern, Gemeinden und Krankenkassen gibt, hängen wir daher in der Luft.

Für die Gemeinden ist es wichtig – und zwar auch längerfristig – zu wissen, was der Rettungsdienst kostet, und für uns ist es wichtig zu wissen, wie viel Geld wir bekommen können.

Wir haben das Problem, dass die Gemeinden zwar für den Rettungsdienst zuständig sind, aber dass es keine Normen gibt, wie er organisiert werden soll. Daher gibt es die österreichische Lösung, dass das Rote Kreuz, als international tätige und angesehene Organisation, mit den Ko-



Rot Kreuz-Präsident Fredy Mayer im Gespräch mit KOMMUNAL-Redakteur Helmut Reindl: „Wir müssen darauf hinarbeiten, dass wir zu Rahmenvereinbarungen aller drei Kostenträger kommen.“

stenträgern gewisse Qualitätsnormen fixiert hat. Die Kostenträger, also auch die Gemeinden, müssen entscheiden, ob man diese Qualität halten will. Das ist eine politische Entscheidung. Unser Ziel ist eine mittelfristige Finanzvereinbarung. Ohne eine solche werden alle, die Gemeinden, die Länder und das Rote Kreuz, immer wieder in Schwierigkeiten kommen und frustriert sein: Das Rote Kreuz ist frustriert, weil wir die notwendigen Gelder nicht bekommen, und die Gemeinden und das Land sind frustriert, weil sie plötzlich einen erhöhten Satz zu bezahlen haben.

Einige Landesorganisationen, wie etwa jene in Salzburg, wirtschaften gut, andere, wie die burgenländische haben Probleme. Was können die Landesorganisationen voneinander lernen?

Acht unserer Landesorganisationen arbeiten sehr gut. Im Burgenland hatten wir Schwierigkeiten, die zum Teil selbst verschuldet sind, weil die Finanzkontrolle nicht gut gemacht wurde. Die Probleme im Burgenland hängen aber auch damit zusammen, dass die dortigen Kostenträger, also Land und Gemeinden, jahrelang zu wenig gezahlt haben und die Funktionäre des Roten Kreuzes sich das haben gefallen lassen.

Wir müssen darauf hinarbeiten, dass wir zu Rahmenvereinbarungen aller drei Kostenträger kommen. In Oberösterreich, Salzburg und Vorarlberg haben wir solche Vereinbarungen schon, das Manko ist lediglich, dass diese jährlich neu verhandelt werden, daher können weder wir noch die Gemeinden eine mittelfristige Finanzplanung machen.

Ist es nicht so, dass die einzelnen Landesorganisationen des Roten



Für die Gemeinden ist es wichtig zu wissen, was der Rettungsdienst kostet, und für das Rote Kreuz ist es wichtig zu wissen, wie viel Geld es dafür bekommt.

Kreuzes unterschiedliche Leistungen anbieten?

Ja, aber nicht beim Rettungsdienst. Es kann zwar sein, dass in einem Bundesland beispielsweise der Anteil der Freiwilligen die in der Nacht oder an Wochenenden Dienst macht, etwas höher ist, aber im Wesentlichen gibt es beim Rettungswesen, bei den Transportdiensten und bei der Ausstattung der Notarztefahrzeuge kaum Unterschiede.

Die politischen Entscheidungsträger versichern uns immer, dass die Qualitätsnormen, die wir anbieten, sinnvoll sind. Aber natürlich kann man darüber diskutieren, ob alle Dienstleistungen, die wir anbieten, auch unbedingt notwendig sind. Man könnte z.B. sagen, dass ein Rettungswagen nicht innerhalb von 15 Minuten an einem Unfallort sein muss, sondern in 20 Minuten. Wenn die Kostenträger eine solche Qualitätsverschlechterung wollen, dann ist das für uns kein Problem. Wir weisen natürlich darauf hin, dass es internationale Normen gibt, die sinnvoll sind. Wenn die Kosten-

Wenn die Kostenträger Qualitätsverschlechterungen wollen, dann müssen sie diese dann auch vor der Öffentlichkeit vertreten.

Fredy Mayer fordert Ehrlichkeit von den Partnern des Roten Kreuzes.

träger solche Qualitätsverschlechterungen wollen, dann müssen sie diese dann auch vor der Öffentlichkeit vertreten.

Es ist also nicht möglich, weiterhin die gleichen Leistungen um das gleiche Geld anzubieten?

Die Tarife, die wir von den Kostenträgern erhalten, sind nicht kostendeckend, und wir müssen Spendengelder zuschießen. Ein Notarzteinsatz kostet beispielsweise etwa 480 Euro. Wir be-

Wir sind für alle Verbesserungen des Systems offen. Was bleiben muss, ist, dass die Kostenträger, also vor allem die Gemeinden, landesweit gültige Normen definieren.

... über mögliche künftige Vorgehensweisen.

kommen von den Kostenträgern aber nur rund 120 Euro. Der Rest muss durch Spendengelder abgedeckt werden.

Wir sind für alle Verbesserungen des Systems offen. Was bleiben muss ist, dass die Kostenträger, also vor allem die Gemeinden, landesweit gültige Normen definieren. Dann können wir sagen, was das – trotz Einbringung von Spendengeldern und Zeit unserer freiwilligen Mitarbeiter – kostet. Und das muss dann bezahlt werden. Daher wäre eben ein mittelfristiger Vertrag, etwa über fünf Jahre, sinnvoll. Dann könnten sowohl die Gemeinden als auch wir besser planen.

Ist für die Gemeinden nachvollziehbar, ob alles, was sie aufgrund der Verträge zu bezahlen haben, auch der Bevölkerung in den Gemeinden zugute kommt, oder ob damit auch Overheadkosten gedeckt werden?

Mit diesem Geld werden keine Overheadkosten gedeckt. Das Problem liegt darin, dass die Krankenkassen ihre Ausgaben deckeln. Das war eines der Probleme, die im Burgenland zu Schwierigkeiten geführt haben. Ich habe Verständnis dafür, dass Kostenträger skeptisch sind, ob alles was sie bezahlen, ihnen auch zugute kommt. Dem kann man mit einer transparenten Kostenrechnung begegnen.

In der Steiermark hatten wir das Problem, dass wir aus humanitären Gründen Einsätze gefahren sind, die nicht kostendeckend war. Daher musste dort der Rettungsschilling erhöht werden – und zwar gleich um gut 50 Prozent! Dass das einen Aufschrei der Politik zufolge hatte, ist verständlich.

Wie grenzt man Rettungsdienst finanziell vom Krankentransport ab?

Wenn man nicht die gesamte Vollausrüstung eines Rettungswagens braucht und kein Arzt mitfährt, kommt ein Transport natürlich billiger. Wir haben nie dementiert, dass es hier eine Querfinanzierung gibt. Denn wenn Ressourcen frei sind, werden selbstverständlich auch Rettungsautos für Krankentransporte eingesetzt. Dadurch wird der Fuhrpark besser ausgenutzt. Wenn man hier splitten würde, dann würden die Rettungstransporte teurer werden.

Zur Person

Der Vorarlberger Fredy Mayer (72) war 20 Jahre lang in der Sparkasse Bludenz tätig und wechselte dann als Landesrat in die Vorarlberger Landesregierung. Seit 1999 ist er Präsident des Österreichischen Roten Kreuzes (ÖRK). Daneben ist Mayer auch Mitglied des Publikumsbeirates des ÖRF.

Achtung: Neuer Termin 5. Dezember 2008

Der Österreichische Gemeindebund und der Verlag MANZ
veranstalten gemeinsam ein wissenschaftliches Symposium

„Verankerung der kommunalen Selbstverwaltung auf nationaler und europäischer Ebene“

am **Freitag, 5. Dezember 2008**

von 10 bis 12 Uhr

im Großen Festsaal des Palais Eschenbach
1010 Wien, Eschenbachgasse 11

PROGRAMM

Begrüßung und einführende Worte

Bürgermeister Helmut Mödlhammer

Präsident des österreichischen Gemeindebundes

1988 – 2008:

**Die rechtliche Dimension der Verankerung des
Österreichischen Gemeindebundes in der Verfassung**

em.o. Univ.Prof. Dr. Theo Öhlinger

Institut für Staats- und Verwaltungsrecht, Universität Wien

**Politische Bedeutung der Kommunen im vereinten Europa:
Neuerungen durch den Vertrag von Lissabon?**

Staatssekretär Dr. Hans Winkler

BM für europäische und internationale Angelegenheiten

**Der Einfluss der Gemeinden auf die europäische Gesetzgebung.
Jetzt und möglicherweise nach dem Reformvertrag.**

o.Univ.Prof. Dr. Heinz Schäffer

Institut für Verfassungs- und Verwaltungsrecht, Universität Salzburg

Moderation: Eugen Freund, ZiB-Auslandsredaktion ORF



Im Gedenken an den Kärntner Landeshauptmann

Jörg Haider und die Gemeinden

An bundespolitischen und internationalen Nachrufen für Jörg Haider mangelt es nicht. Auch seine Aktivitäten auf Landesebene in Kärnten sind hinreichend bewertet und beurteilt worden. Der kürzlich tödlich verunglückte Landeshauptmann von Kärnten hatte allerdings auch einen starken Bezug zu den Gemeinden, und zwar nicht nur in seinem Bundesland.

Jörg Haider hatte ein unglaubliches Talent dafür, Stimmungen zu erkennen und sie politisch zu verwerten. Seine Touren von Volksfest zu Volksfest, von Events in einer Gemeinde zur nächsten Veranstaltung, sind oft belächelt worden. Nicht nur einmal hat man ihn dafür belächelt und verspottet. Der Mensch Jörg Haider hat diese spöttischen Bemerkungen aber nie als Problem empfunden. Er wusste nämlich, welchen Wert es hat, direkt bei den Menschen zu sein. Sich anzuhören, was „das Volk so denkt“, welche Sorgen, Nöte und Probleme die Menschen haben.

Man hat den politischen Zugang Haiders und seine Schlussfolgerungen nicht unbedingt immer teilen müssen, wir haben seine Handlungen sogar sehr oft nur schwer oder gar nicht nachvollziehen können, auch ideologisch haben uns Welten getrennt. Sein Zugang zur österreichischen Zeitgeschichte war für uns ebenso problematisch wie sein Umgang mit in der Ausländerfrage. Fest steht aber: Er hatte ein sehr ausgeprägtes Sensorium, das ihm oft den Stoff für die politische Auseinandersetzung gegeben hat. In vielen Bereichen waren seine Ideen und Vorstellungen zumindest diskussionswürdig.

Wir erinnern uns gut an viele Verhandlungsnächte zum Finanzausgleich, bei denen Jörg Haider als Vertreter der Bundesländer dabei war. In dieser Runde war es als Gemeindevertreter nicht immer

einfach gegenüber der Bundespolitik zu argumentieren. Vielen Bundespolitikern sind die Aufgaben der und die Anforderungen an die Gemeinden kaum bekannt. Jörg Haider kannte sich genau aus, er wusste, dass am Ende des Tages in der Durchführung vieles bei den Gemeinden landet. In derartigen Verhandlungen war auf ihn immer Verlass. Denn er wusste, gesunde Gemeinden sind das Rückgrat sowohl eines Staates, als auch eines Bundeslandes. Seine persönliche Anwesenheit bei einigen Gemeindetagen war sichtbarer Beweis seiner Wertschätzung für die Arbeit der Gemeinden.

Mit Jörg Haider ist ein Mensch und Politiker mit großer Ausstrahlung von uns gegangen, einer, der oft polarisierte. Er hat die Bundes- und Landespolitik mehr als zwei Jahrzehnte entscheidend mitgestaltet, das muss man –

auch wenn man seine politischen Einstellungen nicht immer teilen konnte – anerkennen. Und er hat viel bewegt. Im Bund, in seinem Bundesland und auch für die Gemeinden. Dafür zollen wir ihm großen Respekt und seiner Familie unser tief empfundenes Beileid.

*Bgm. Helmut Mödlhammer
(Präsident des Österreichischen Gemeindebundes)*

*Hofrat Dr. Robert Hink
(Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes)*





Bedroht die Finanzkrise unsere Gemeinden?

Keine akute Gefahr, aber mit neuen Krediten besser warten

Die Finanzkrise ist in aller Munde und hat gute Chancen, das „Unwort des Jahres“ zu werden. Konzertierte Unterstützungspakete für Banken von Regierungen in den USA und Europa, hektisches Auf und Ab an den Börsen und deutlich nach unten revidierte Wachstumsprognosen. Zuletzt kamen auch Gemeinden im Zusammenhang mit Zinsswaps in die Schlagzeilen. Was ist davon zu halten? Kommunalkredit-Chef Reinhard Platzer steht im KOMMUNAL-Interview dazu Rede und Antwort

Herr Generaldirektor Platzer, was bedeutet die aktuelle Finanzkrise für die österreichischen Gemeinden?

Reinhard Platzer: Die von der US-Immobilienkrise ausgelöste Vertrauenskrise an den Finanzmärkten hat zu einer Austrocknung der Geldmärkte geführt. Banken sind nur mehr unter der Bedingung sehr hoher Risikoaufschläge dazu bereit, einander Geld zu leihen. Das bedeutet konkret, dass die Liquiditätskosten steigen und Kredite teurer beziehungsweise überhaupt nicht vergeben werden. Das führt dazu, dass sich Investitionen für Unternehmen oft nicht mehr rechnen und somit unterbleiben, mit entsprechend negativen Effekten auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Auch die Gemeinden können sich trotz ihrer hohen Bonität dieser Entwicklung nicht entziehen.

Was ist mit Gemeinden, die jetzt Fremdmittel benötigen?

Die österreichischen Gemeinden sind unsere wichtigsten Kunden und haben bei uns erste Priorität. Selbstverständlich können daher auch aktuell Kredite auf-

genommen werden. Wir raten unseren Kunden jedoch, derzeit abzuwarten und erst im neuen Jahr wieder Kredite aufzunehmen. Bis dahin sollten sich die Finanzmärkte wieder beruhigt haben. Die Liquiditätsaufschläge dürften sich bis dahin wieder deutlich reduziert haben. Nicht zuletzt auch deshalb, weil das Maßnahmenpaket der Bundesregierung allmählich zu greifen beginnen wird.

Zuletzt sind einige Gemeinden mit sogenannten Zinsswaps in die Schlagzeilen geraten. Was ist davon zu halten?

Moderne Finanzinstrumente wie Zinsswaps machen grundsätzlich durchaus Sinn, da man damit die Zinsbelastung deutlich reduzieren kann. Man muss sie jedoch im Detail verstehen und sich im Klaren darüber sein, dass damit auch Risiken verbunden sind. Es ist auch kein Zufall, dass die Kommunalkredit in diesem Zusammenhang nicht in den Medien genannt wurde. Wir sind beim Abschluss von Zinsswaps sehr restriktiv und achten darauf, dass keine „aggressiven“ Strukturen verwendet werden, d. h. dass die damit verbundenen Risiken überschaubar bleiben. Zudem schließen wir solche Finanzinstrumente nur mit Gemeinden ab, die über ausreichend Know-how in diesen Bereichen verfügen. Bei reiner Spekulation, also bei Geschäften, die



Foto: Petra Spiola

Die österreichischen Gemeinden sind unsere wichtigsten Kunden und haben bei uns erste Priorität.

Reinhard Platzer
Generaldirektor der Kommunalkredit

Trotz Warnungen des Gemeindebundes

Bitteres Erwachen nach langer Parlamentsnacht

In einer Marathonsitzung wurden zahlreiche Gesetze noch vor der Wahl im Parlament beschlossen. Die Halbierung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel kommt nun nicht, damit auch nicht die damit verbundenen Einnahmeherausfälle für Gemeinden. Der Rest der vom Parlament beschlossenen Maßnahmen wird dennoch die Gemeindebudgets massiv belasten. Mit mindestens 57,4 Millionen Euro an Ausfällen müssen die Gemeinden jährlich rechnen. Ein kurzer Überblick.

Die wichtigsten Beschlüsse der Nationalratssitzung vom 24. September 2008 und ihre Folgen für die Gemeindfinanzen

Senkung der Mehrwertsteuer auf Medikamente von 20 auf zehn Prozent.

Mit den Stimmen von SPÖ, FPÖ und BZÖ wurde dieser Antrag beschlossen. Die Gesamtkosten dafür betragen 340 Millionen Euro.

Kosten für die Gemeinden: 40 Millionen Euro pro Jahr

Überstundenreform, Steuerbefreiung für Nächtigungsgelder

Reform bei Überstunden. Nächtigungsgelder sollen künftig steuerfrei ausbezahlt werden. Die für Fahrten zu Baustellen und Montagetätigkeiten geltende Steuerfreiheit wird ins Dauerrecht übernommen. Kosten wird die Maßnahme rund 150 Mio. Euro pro Jahr. Alle Parteien, ausser den Grünen, haben dieser Maßnahme zugestimmt.

Kosten für die Gemeinden: 17,4 Millionen Euro pro Jahr.

Erhöhung der Pflegeförderungen

Diese Maßnahme wurde einstimmig beschlossen. Das Bundespflegegeld soll gestaffelt zwischen vier und sechs Prozent angehoben werden, außerdem sind „Erschwerniszulagen“ für schwerbehinderte Kinder und Jugendliche sowie Demenzkranke vorgesehen.

Folgen für die Gemeinden: Durch die Erhöhung des Bundespflegegeldes wird auch der Druck steigen, das Landespflegegeld zu erhöhen, an dem die Gemeinden ebenfalls mitzahlen müssen.

13. Familienbeihilfe

Einstimmig beschlossen. Die Gesamtkosten dafür betragen rund 250 Millionen Euro. Damit muss der Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) höher dotiert werden.

Indirekt zahlen die Gemeinden dabei über die Vorweganteile mit.

Die von der US-Immobilienkrise ausgelöste Vertrauenskrise an den Finanzmärkten hat zu einer Austrocknung der Geldmärkte geführt.

nicht im Zusammenhang mit einer konkreten Finanzierung stehen, machen wir nicht mit.

Was raten Sie jenen Gemeinden, die aktuell aus solchen Produkten Verluste erleiden?

Ich rate diesen Gemeinden, eine zweite Meinung einzuholen und sich mit der Kommunalkredit in Verbindung zu setzen. Wir werden uns die Situation in aller Ruhe anschauen und gemeinsam mit den Kunden Lösungen erarbeiten. Durch überlegtes und bedachtes Handeln, lassen sich Verluste oft wieder ausgleichen. Für die Zukunft empfehle ich bei modernen Finanzinstrumenten wie Zinsswaps nur auf erfahrene, seriöse Finanzberater zu setzen.

Fact-Box

Zinsswaps

Bei einem Zinsswap tauschen zwei Parteien unterschiedliche Zinszahlungen (z. B. fix oder variabel) in einer Währung für eine bestimmte Laufzeit. Wesentlich ist, dass die auf den gleichen Ausgangsbetrag zu leistenden Zinsen unterschiedlichen Zinsberechnungen unterliegen und durch den Swap keine gegenseitigen Kapitalforderungen entstehen. Sinn eines solchen Tausches ist meist das Hedging gegen fallende oder steigende Zinsen.

Beispiel: Eine Gemeinde hat in einer Phase sinkender Zinssätze einen variabel verzinslichen Kredit über zehn Millionen Euro aufgenommen. Nun hat sich der Zinstrend gedreht. Um sich vor den steigenden Zinsen abzusichern, tauscht die Gemeinde über einen Zinsswap die variable Verzinsung gegen eine Fixzinsverzinsung aus.

Mehr Details finden Sie auf www.kommunalnet.at

Wo die Parteien am besten abschnitten und wo es Verluste gab

Die Nationalratswahl 2008 aus kommunaler Sicht

Die Nationalratswahl ist geschlagen, und die Österreicher und Österreicherinnen ließen kein gutes Haar an den (nun nicht mehr so großen) Großparteien. Wo schnitten die Listen am besten ab, wo mussten sie Stimmen einbüßen? Und welche Gemeinden waren Wahlmuffel?

KOMMUNAL hat sich informiert.

Die Burgenländer gingen brav wählen

In der burgenländischen Gemeinde Moschendorf ging man auch dieses Jahr zahlreich zur Wahlurne: Mit 91,9 Prozent ist die Gemeinde Spitzenreiter bei der Wahlbeteiligung der österreichischen Kommunen. Den zweiten Platz nimmt eine weitere burgenländische Gemeinde ein: Bildein verzeichnete eine Wahlbeteiligung von 90,9 Prozent. Knapp dahinter, mit 90,7 Prozent, liegt Unterrabnitz-Schwendgraben im Burgenland.

Die „wahlfaulen“ Gemeinden sind in Tirol

In der Tiroler Gemeinde Tannheim gaben nur 46,4 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme ab (Wahl 2006: 64,2 Prozent). Mit nur 46,9 Prozent Wahlbeteiligung liegt die Gemeinde Weißenbach am Lech, ebenfalls in Tirol, knapp hinter Tannheim. Die Gemeinde Pinswang liegt auch in Tirol und nimmt mit 47,9 Prozent Wahlbeteiligung den dritten Platz ein (2006: 69,5 Prozent).

Schwarzmaier und ÖVP-Anhänger

In Tirol liegt auch die Gemeinde, die am meisten schwarz wählte: 79,7 Prozent der Bevölkerung in Jungholz gaben der Volkspartei ihre Stimme. Pikan-

tes Detail: Bei der Wahl 2006 waren es noch 90,7 Prozent. 78,5 Prozent der Wahlberechtigten in der Vorarlberger Gemeinde Fontanella unterstützten auch die ÖVP. Mit 76,7 Prozent der Schwarz-Wähler landet die Gemeinde Kaisers in Tirol auf Platz drei. Am wenigsten Unterstützung fand die ÖVP in der steirischen Gemeinde Vordernberg. Dort

Die größten Verluste musste die ÖVP hinnehmen: In sieben Tiroler Gemeinden gab es ein dickes Stimmen-Minus von mehr als 25 Prozent.

wählten nur 4,8 Prozent schwarz (2006: 9,6 Prozent). In Bad Bleiberg in Kärnten waren es nur 5,7 Prozent, die bei der ÖVP ihr Kreuzerl machten (2006: 10,1 Prozent). Im niederösterreichischen Golling an der Erlauf wählten 7,0 Prozent den ÖVP-Spitzenkandidaten Wilhelm Molterer.

Nur geringen Stimmenzuwachs gab es für die ÖVP im niederösterreichischen Parbasdorf mit +2,49 Prozent, in Andlersdorf in Niederösterreich mit +2,41 Prozent und im oberösterreichischen Schiedlberg mit +1,82 Prozent.

Die meisten Verluste verzeichnete die ÖVP in drei Tiroler Gemeinden: In Heiterwang beachtliche -29,10 Prozent, in St. Sig-

mund im Sellrain ebenfalls -29,10 Prozent, in Hinterhornbach -28,17 Prozent.

Wer rot wählte und wer rot sah

In der steirischen Gemeinde Hiefrau unterstützten 69,9 Prozent die SPÖ (2006: 73,1 Prozent). Im burgenländischen Tschanigraben gaben 68,7 Prozent SPÖ-Spitzenkandidat Werner Faymann ihre Stimme. Eine kleine Steigerung zur Wahl 2006: Damals waren es „nur“ 66,0 Prozent der Tschanigrabener, die rot wählten. In Draßburg im Burgenland wählten 68,2 Prozent die SPÖ (2006: 73,6 Prozent).

Für die SPÖ rot gesehen haben vor allem die Vorarlberger Gemeinden: Nur 0,5 Prozent wählten in Damüls rot (2006: 1,4 Prozent), in der Gemeinde Sibratsgöll waren es 0,9 Prozent (2006: 0,8 Prozent) und in Dünserberg 1,2 Prozent (2006: 0,0 Prozent).

Im steirischen Osterwitz konnte die SPÖ einen Stimmenzuwachs von +7,22 Prozent erzielen, im niederösterreichischen Schratzenbach +4,57 Prozent und in der Tiroler Gemeinde Faggen +3,47 Prozent.

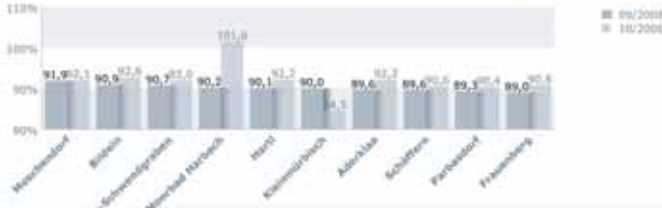
Das größte Minus für die Sozialdemokraten gab es in den steirischen Gemeinden Dürnstein (-17,62 Prozent), Maria Lankowitz (-17,24 Prozent) und Södingberg (-16,17 Prozent).

Blaues Wunder und blaues Auge

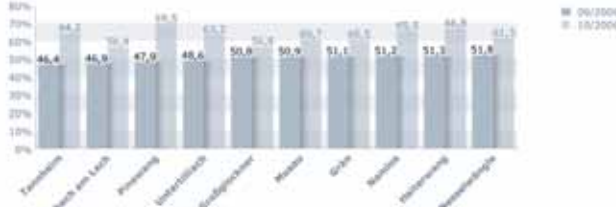
Die meisten Stimmen für die FPÖ gab es in der Gemeinde St. Georgen am Fillmannsbach (OÖ) mit 40,9 Prozent (2006: 35,1 Prozent).

In St. Pankraz, ebenfalls in Oberösterreich, gaben 40,3 Pro-

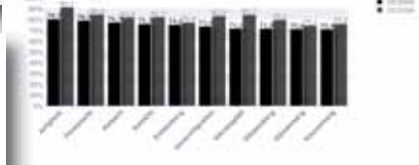
Österreich / Höchste Wahlbeteiligung



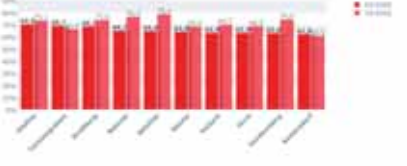
Österreich / Niedrigste Wahlbeteiligung



Österreich / Größter Anteil ÖVP

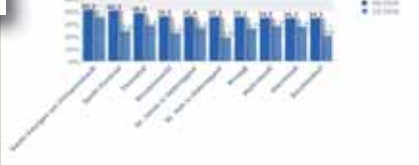


Österreich / Größter Anteil SPÖ

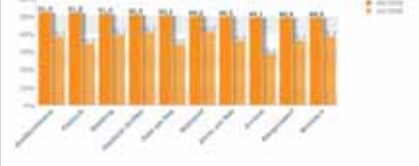


Zu sehen ist die Stimmenverteilung bei der diesjährigen Nationalratswahl und in blasser Farbe die Ergebnisse der Wahl 2006. Alle Grafiken der Minima-Maxima-Analyse zur Nationalratswahl 2008 finden Sie auf http://wahl08.bmi.gv.at/chart_5.htm

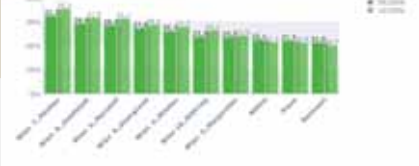
Österreich / Größter Anteil FPÖ



Österreich / Größter Anteil BZÖ



Österreich / Größter Anteil GRÜNE



zent FPÖ-Spitzenkandidat Heinz-Christian Strache ihre Stimme (2006: 23,8 Prozent). In der Lungauer Gemeinde Thomatal in Salzburg waren es 38,4 Prozent, die bei der FPÖ ihr Kreuzerl machten (2006: 28,4 Prozent). Ein blaues Auge für die FPÖ gab es in der Kärntner Gemeinde Zell, dort wählten nur 0,7 Prozent Strache. Im steirischen Johnsbach waren 0,9 Prozent (2006: 3,2 Prozent), im Kärntner Eisenkappel-Vellach 2,8 Prozent FPÖ-Wähler. Stimmen-Zugewinne konnte die FPÖ im steirischen Auf-Radisch verzeichnen (+18,96 Prozent), im Salzburger Viehhofen +16,94 Prozent, in St.Veit in Deferegggen (Tirol) +16,53 Prozent. Die größten Verluste machte die

FPÖ im burgenländischen Deutschkreutz: Während 2006 noch 22,4 Prozent für Blau stimmten, waren es in diesem Jahr nur mehr 10,15 Prozent (-12,28 Prozent). Im Kärntner Arriach machte die FPÖ ein Minus von -3,8 Prozent. In Jungholz in Tirol waren es -2,67 Prozent.

Wer das BZÖ unterstützte

Es ist keine große Überraschung: Die drei stärksten Orange-Anhänger der Wahl 2008 sind – wie es BZÖ-Spitzenkandidat Jörg Haider war – in Kärnten beheimatet. Mit 51,9 Prozent unterstützte die Gemeinde Großkirchheim ihren Landeshauptmann (2006: 38,2 Pro-

zent). Knapp dahinter liegt Flattach, dort gaben 51,8 Prozent dem BZÖ ihre Stimme (2006: 34,0 Prozent), in Mölling waren es 51,0 Prozent (2006: 39,1 Prozent). Bei der Wahl 2006 – mit Peter Westenthaler als Spitzenkandidat – bekam das BZÖ allgemein weniger Stimmen in den Gemeinden. Zu den kleinsten Anteilen an BZÖ-Wählern verzeichnen, sowie die Orte, in denen das BZÖ Stimmenzuwachs und -verluste verzeichnet hat, wurde vom Bundesministerium für Inneres leider keine Grafik veröffentlicht.

Wien wählte grün

Auch keine große Überraschung – sieben der Wiener Gemeindebezirke liegen an der Spitze der Grün-Wähler. Am ersten Platz mit 32,2 Prozent liegt der siebte Bezirk Neubau. In Josefstadt, dem achten Wiener Gemeindebezirk, wählten 28,9 Prozent grün. Im sechsten Bezirk, Mariahilf, unterstützten 28,2 Prozent den Grünen-Spitzenkandidaten Alexander Van der Bellen. In St. Pankraz (OÖ) grünte es nicht so grün: Dort wählten nur 0,5 Prozent grün (2006: 1,8 Prozent). Im steirischen Gössenberg waren es 0,6 Prozent (2006: 1,3 Prozent), in Röthelstein in der Steiermark 0,7 Prozent (2006: 2,8 Prozent). In Vorarlberg verzeichneten die Grünen Stimmenzuwachs: In Lorüns gab es ein Plus von 8,31 Prozent, in Blons +6,82 Prozent und in Weiler +5,44 Prozent.

Viel Unterstützung fanden die Grünen in den Wiener Gemeindebezirken, die größten Verluste gegenüber der Wahl 2006 gab es vor allem in Kärnten und Tirol.

Die größten Verluste für die Grünen gab es in Kärnten: In Zell wählten bei der Wahl 2006 rund 23,5 Prozent grün, bei der diesjährigen Wahl nur mehr 6,8 Prozent (-16,65 Prozent). In Globaswitz gab es ein Minus von 6,60 Prozent, in Feistritz ob Bleiburg 6,07 Prozent.



50 Jahre Kommunalkredit – „Walk the talk“ und eine Spurensuche

Welt-Uraufführung und ein „Fest aller Mitarbeiter“

Am 2. Oktober 1958 hoben die Staatssekretäre Bruno Kreisky und Hermann Withalm eine Spezialbank aus der Taufe, deren Job es sein sollte, Österreichs Gemeinden mit langfristigen Darlehen zu unterstützen: die „Österreichische Kommunalkredit AG“. Die Bank hat den Job 50 Jahre danach perfektioniert und feierte am 2. Oktober 2008 Geburtstag. KOMMUNAL war dabei und erlebte das „Fest der Mitarbeiter/innen“.

Mag. Hans Braun

Der 2. Oktober 2008 stand in der geschichtsträchtigen Wiener Türkenstraße 9 ganz im Zeichen

Auch Vertreter europäischer Institute waren gekommen, BNP Paribas-Direktor Ernst Löscher, Deutsche Bank Vorstandsdirektor Wilfried Amanshauser und Emanuel Maravic von der Europäischen Investitionsbank fanden sich in der Türkenstraße ein. Der Österreichische Gemeindebund war durch Präsident Helmut Mödlhammer und seinen „General“ Robert Hink sowie seinen Finanzexperten Dietmar Pilz hochrangig vertreten, aber auch Freunde aus den Kommunen wie Wiens Vizebürgermeisterin Renate Brauner oder Bad Aussees Bürgermeister Sepp Marl stellten sich ein.

Die junge „Alte Garde“

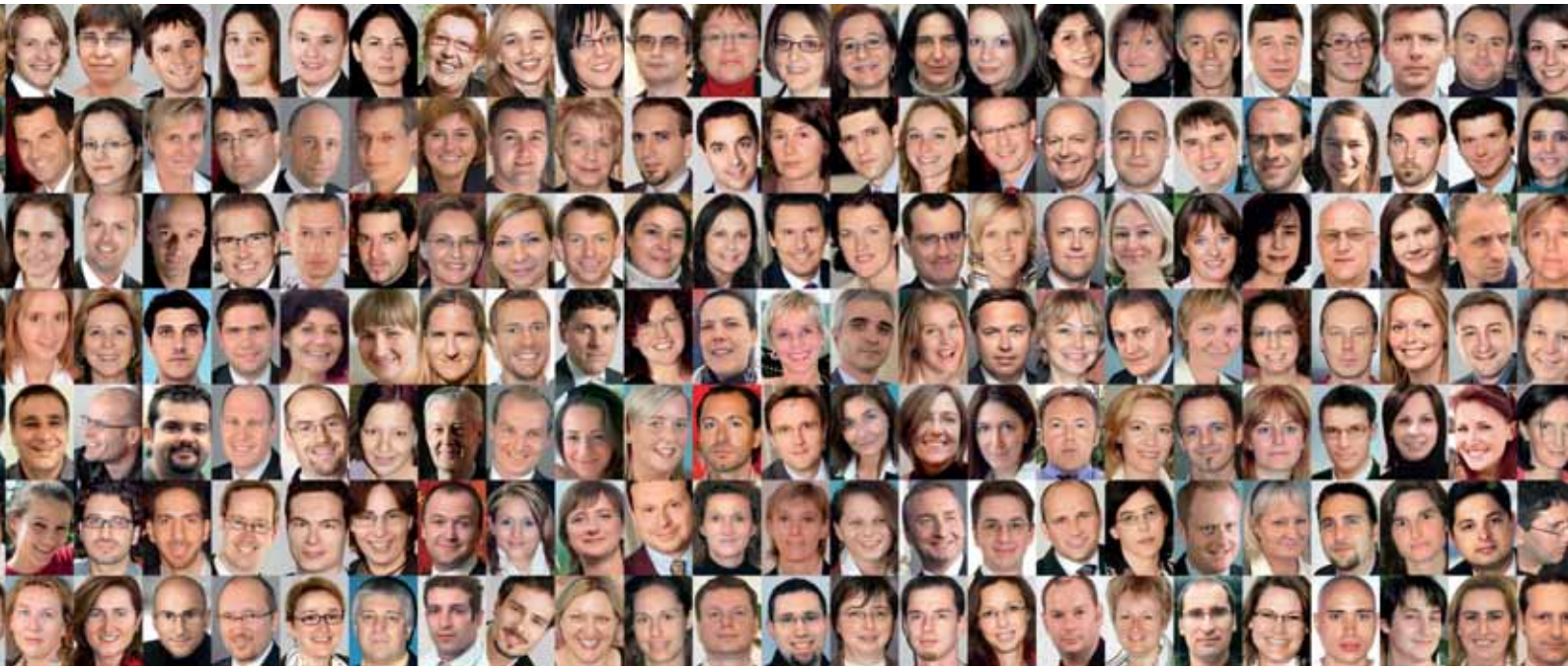
Besonders freudig begrüßte Reinhard Platzer Bundesministerin Claudia Schmied, die früher Mitglied des Vorstandes der Kommunalkredit war. Einen besonderen Platz nahm auch Maria Schaumayer ein, die ehemalige Notenbankchefin und –

der Kommunalkredit, Österreichs Nummer 1 in Public Finance. Rund 800 Gäste – darunter so gut wie alle Top-Banker Österreichs – und Mitarbeiter aus ganz Europa waren gekommen, um den Fünffziger der Bank zu feiern. Hausherr Reinhard Platzer konnte unter anderem Volksbank-General Franz Pinkl, Investkredit-Chef Wilfried Stadler, RZB-Generaldirektor Walter Rothensteiner und RZB-Vorstand Karl Selvada, den neuen Präsidenten der Nationalbank Claus Raidl und Gouverneur Ewald Novotny begrüßen.



Auch Banken haben eine Persönlichkeit. Die Frage ist nur, welche?

Mit dem eindrucksvollen Fest zum Jubiläum gibt Dr. Reinhard Platzer, Generaldirektor der Kommunalkredit Austria, eine multimediale Antwort.



Von sechs Mitarbeitern 1991 auf rund 320 im Jubiläumsjahr 2008 – nur wenig dokumentiert den Stellenwert der Kommunalkredit so wie die Qualität und das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

in den späten Siebzigern – auch Direktorin der Kommunalkredit war. Gemeinsam mit den Vorstandsmitgliedern früherer Zeiten, darunter Jost Steiner, Gerhard Gangl, Wilfried Stadler und Pascal Becker (*siehe auch Personalia-Notiz auf Seite 91*) feierten so „mehrere Generatio-

nen der Gemeinde-Banker“ das Jubiläum „ihrer“ Bank.

„Walk the talk“

Dieses gemeinsame Feiern der Mitarbeiter war etwas, was Reinhard Platzer besonders am Herzen lag, denn „die Qualität und das Engagement unserer

Links: Reinhard Platzer begrüßt Unterrichtsministerin Claudia Schmied. Unten: Auf der teilweise überdachten Türkenstraße wurde bis weit nach Mitternacht gefeiert.

Rechts: Das Finale der „Suite 50“, gesungen von Lana Gordon in der Komposition von Reinhard Kiennast (rechts unten am Keyboard) und visuell umgesetzt seitens der Ars Electronica, riss die Besucher zu Beifallsstürmen hin.





Oben: Die Kommunalkredit hält den Regen ab.

Links oben: „Drei für die Gemeinden“: Reinhard Platzer, Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer und „sein General“ Robert Hink. Links: Reinhard Platzer begrüßt eine erfreute Maria Schaumayer.



Rechts: Der Jubel nach dem Finale der „Suite 50“ freute auch die Akteure Charles Maxwell (Kontertenor), Lana Gordon (Vocals) und Natasha Korsakova (erste Geige).

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist etwas, was uns als Bank ausmacht. Mit dem englischen Begriff „Walk the talk“ ausgedrückt: Unsere Mitarbeiter ermöglichen Dinge.“

„Mitanzusehen, wie sich Banker und Leute aus der Umwelt und Wasserbranche in einem Institut vermischen und Dinge wie Nachhaltigkeit und Umwelt hochhalten, aber auch an Effizienz denken und sie auch leben, das war eines der schönen Dinge“, schwärmte Platzer.

Aber nicht nur der „Chef“ kam an diesem Tag zu Wort, sondern auch Persönlichkeiten von außer-

halb. In einer Video-Installation konfrontierten zwei Film-Studentinnen unter anderem Bundeskanzler Alfred Gusenbauer („Die Professionalität der Kommunalkredit führt zu einer stärkeren Professionalität der Gemeinden.“), Maria Schaumayer („Ich bin einfach begeistert von der Entwicklung der Bank.“) und Bundesministerin Claudia Schmied („Der Zug zum Tor zeichnet die Kommunalkredit aus.“) spontan mit der Bank.

Art space Kommunalkredit

Ihrem Ruf als Förderin der Kunst- und Kultur Österreichs machte die Kommunalkredit in dieser Nacht alle Ehre. Die Welt-Uraufführung der „Suite 50“ –

eigentlich das Finale – war der bejubelte Show-Act. Das besondere daran: Die Musiker waren auf verschiedene Räume aufgeteilt und spielten dennoch gemeinsam. Reinhard Platzer kommentierte diese logistisch und technisch perfekte Meisterleistung mit dem für ihn typischen Understatement: „Auch Banken haben eine Persönlichkeit. Die Frage ist nur, welche?“ Jene, die dieses Fest erlebten, wissen, was er meinte. Alles Gute.

Kommunalkredit Austria 1958-2008 – eine Zeitleiste

1958
Gründung der „Österreichischen Kommunalkredit Aktiengesellschaft zur Aufschließung von Industriegelände“. Initiatoren sind Dr. Bruno Kreisky und Dr. Hermann Withalm.
Gründungsidee: Schaffung einer Spezialbank, die Österreichs Gemeinden mit langfristigen Darlehen unterstützt.

1976-78
Sonderfinanzierungsaktion zur Unterstützung von Investitionsvorhaben mit besonders hohem arbeitsmarktpolitischem Effekt.

1984/85
Adaptierung der Satzung. Neuer Firmenwortlaut: „Österreichische Kommunalkredit Aktiengesellschaft“. Investkredit Bank AG übernimmt Aktienmehrheit der Kommunalkredit.

1987-1989
Förderungskooperationen mit den Bundesländern: Strukturereuerungskreditaktion für wirtschaftliche Problemgebiete und Freizeitmilliarde zur Förderung touristischer Leitprojekte.

1990
Grundsatzentscheidung, die Geschäftstätigkeit der Kommunalkredit auf die Finanzierung und Förderung von Investitionsvorhaben zur Verbesserung der regionalen Infrastruktur und für den Umweltschutz zu konzentrieren.

1991-94
Übernahme der Abwicklung der Umweltförderungen des Bundes und Geschäftsführung des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds. Tourismusstruktur-Milliarde für Fremdenverkehrsbetriebe.

1995-97
Die Kommunalkredit ist Partner internationaler Organisationen (Weltbank, EBRD, EIB) und der Europäischen Kommission. Durchführung des Maastricht-Projektes im Auftrag der Bundesregierung. Die Kommunalkredit ist das erste EMAS-zertifizierte Kreditinstitut in Europa.

1998/99
Debt-Issuance-Programme für Anleihen erleichtern Zugang zu attraktiven Refinanzierungsquellen. Änderung des Firmennamens auf ...



Oben und Mitte links: Auf die verschiedensten Räume aufgeteilt, spielten die Musiker vor einem staunenden Publikum doch zusammen.

Oben rechts: Auch die Ministerinnen a.D. Karin Gastinger und Maria Rauch-Kallat, hier mit Nationalrat Josef Höcht, genossen den Abend.

Sie trugen ihren Teil am Gelingen des Abends bei: die Hostessen, adrett gekleidet mit dem Motto des Tages „Ich bin 50 und sehe verdammt gut aus.“



Rechts: Die ehemaligen Kommunalkredit-Vorstände Gerhard Gangl und Wilfried Stadler ins Gespräch vertieft.



Gute Laune bei Wiens Stadtrat Michael Ludwig und Vizebürgermeisterin Renate Brauner.



Gemeinsam mit Nationalbank-Gouverneur Ewald Nowotny verfolgte Reinhard Platzer das Geschehen am Monitor. Ins Gesicht geschrieben stehen ihm Freude und Stolz, ein Lohn für die harte Arbeit der vergangenen Jahre.



„Kommunalkredit Austria AG“

2000/01

Weiterer Ausbau des internationalen Finanzierungsbereichs und mehrheitliche Beteiligung an der Prvá Komunálna Banka.

2002/03

Gründung der Kommunalkredit International Bank Ltd auf Zypern, der Kommunalkredit Polska in Polen sowie der IT-Tochter TrendMind und der Kommunalleasing GmbH in Wien. Ausbau des Veranlagungsgeschäftes für den öffentlichen Bereich. Neues Produkt: der AAA-geratete Kommunalkredit Covered Bond.

Großer Erfolg für die Eine-Milliarde-Euro-Jumbo-Anleihe.

2004

Der Österreichische Gemeindebund ist mit 0,22 Prozent neuer Aktionär der Kommunalkredit. Gründung von vier neuen Tochtergesellschaften. Weiterhin mit Covered Bonds erfolgreich. Start der Aufbauarbeiten zur Gründung einer neuen Bank für Zentral- und Osteuropa, der Dexia Kommunalkredit Bank (Dexia-Kom).

2005

Durch die Gründung der Dexia-Kom sowie den Markteintritt in

Rumänien, Bulgarien und Ungarn werden die bereits bestehenden Märkte erfolgreich erweitert. (Mittlerweile ist die Dexia-Kom in sieben CEE-Ländern über Niederlassungen tätig.)

2006

Im Bereich der Gesundheitsfinanzierung kann sich die Kommunalkredit mit innovativen Lösungen und fachlicher Kompetenz klar als führender Spezialist präsentieren. Auf Bundesländerebene ist die Kommunalkredit gefragter Partner bei der Optimierung der Finanzhaushalte unter Berücksichtigung der

Maastricht-Kriterien. Der Ausbau der Marktpräsenz in den CEE-Staaten ist der Dexia-Kom gelungen, in einigen dieser Länder ist die Bank bereits Marktführer.

31. 12. 2007

Die Bilanzsumme der Kommunalkredit Austria beläuft sich auf 32.801 Millionen Euro (1996 waren es 700.000 Euro). Die Bank hat 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (1991 waren es noch sechs). Die Bilanzsumme der Dexia-Kom beträgt 8.080 Millionen Euro.

Neue Straftatbestände zur Bekämpfung von Bestechung im öffentlichen Sektor

Kampf der Korruption

Mit 1. Jänner 2008 traten verschärfte Antikorruptionsregelungen in Kraft. Die neuen Formulierungen der Straftatbestände der Geschenkkannahme und der Bestechung sorgen jedoch für heftige Diskussionen. KOMMUNAL zeigt auf, ob ein Bürgermeister die Einladung eines Vorstandes zum Essen annehmen darf oder er sich damit strafbar macht.

Dr. Hannes Jarolim
Mag. Irena Gogl

Mit Jahresbeginn wurden erstmalig Straftatbestände zur Bekämpfung von Korruption in der Privatwirtschaft eingeführt und die geltenden Anti-Korruptions-Delikte für den öffentlichen Bereich massiv verschärft (Strafrechtsänderungsgesetz 2008, BGBl I 2007/109). Diese Neuregelung führt dazu, dass vieles von dem, was im geschäftlichen Verkehr bisher nicht unüblich war, unter gerichtliche Strafe gestellt ist. Wie weit solches Verhalten nun unter die neuen Straftatbestände subsumiert werden kann, ist heftig umstritten.

Wer ist Amtsträger?

Unter „Amtsträger“ wird verstanden: „jeder, der für Österreich, für einen anderen Staat

„Anfüttern“ mit Geschenken unter 100 Euro ist straflos, es sei denn, es besteht von vornherein die Absicht mehrere Schenkungen für die „Klimapflege“ zu machen.

oder für eine internationale Organisation ein Amt in der Gesetzgebung, Verwaltung oder Justiz innehat oder sonst mit öffentlichen Aufgaben, einschließlich in öffentlichen Unternehmen betraut ist, mit Ausnahme von Mitgliedern inländischer verfassungsmäßiger Vertretungskörper“. Amtsträger sind also jedenfalls natürliche Personen. Mitglieder von Kammern und gesetzlichen Interessensvertretungen sind insoweit dem Begriff „Amtsträger“ zu unterstellen, als sie mit Aufgaben der Bundes-, Landes- und Gemeindeverwaltung betraut sind („übertragener Wirkungsbereich“), allerdings immer nur hinsichtlich Handlungen in dieser Eigenschaft.

„Öffentliche Unternehmen“ sind jedenfalls all jene, welche der Überprüfung durch den Rechnungshof unterliegen. Vorstände bzw. Geschäftsführer „öffentlicher Unternehmen“ fallen insoweit nicht unter den Begriff „Amtsträger“, als sie nicht mit „öffentlichen Aufgaben“ betraut sind. Für sie gelten die Bestimmungen für den „privaten Sektor“. Unter „Öffentlichen Aufgaben“ wird Handeln im öffentlichen Interesse über Auftrag bzw. Betrauung des Staats verstanden.

Geschenkkannahme durch Amtsträger

Gegenstand des Sonderdelikts § 304 StGB „Geschenkkannahme durch Amtsträger oder Schiedsrichter“ ist die passive Bestechung, und zwar „im Zusammenhang“ (Abs 1) oder „im Hinblick“ (Abs 2) auf die Amtsführung, wobei jede Geschenkkannahme per se rechtswidrig ist und keines zusätzlichen Pflichtwidrigkeitskriteriums bedarf. Strafbarkeit liegt daher auch dann vor, wenn die Geschenkkannahme für rechtmäßiges(!) Handeln erfolgt. Strafbarkeit liegt weiters vor, wenn der betroffene Amtsträger außerhalb seines Zuständigkeitsbereichs handelt, eine Zurechenbarkeit seines Wirkens zur betreffenden Behörde aber möglich ist.

Der Unterschied der Begriffe „im Zusammenhang“ (Abs 1) mit der und „im Hinblick auf“ (Abs 2) die Amtsführung besteht darin, dass im ersten Fall ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen dem „Fordern, Annehmen oder sich Versprechenlassen eines Vorteils“ durch den Amtsträger oder Schiedsrichter mit einer konkreten Amtshandlung bzw. Tätigkeit bestehen muss (ein „aktueller Fall“ liegt vor), währenddessen „im Hinblick auf die Amtsführung“ ein/e allgemeine/s „Wohlfühlen/Klimapflege“ ohne Anlassfall in Aussicht gestellt wird. Dieses sog „Anfütterungsverbot“ soll den sukzessiven Aufbau einer „Gegenleistung“ für ein späteres „Gewogensein“ des Amtsträgers zum Inhalt haben. Die Vorteilsgewährung muss ihrer Natur nach daher zukunftsgerichtet sein.

Ausnahmen von der Strafbarkeit

Geringfügigkeit: Ausgenommen von der Strafbarkeit sind lediglich „Anfütterungsaktivitäten“ (Abs 2) geringfügigen Ausmaßes (bis Euro 100,-), es darf



Dr. Hannes Jarolim ist Senior-Partner in der Kanzlei Jarolim Flitsch Rechtsanwälte GmbH in Wien sowie Abgeordneter zum Nationalrat und Justizsprecher der SPÖ



Mag. Irena Gogl ist Rechtsanwältin und war Mitarbeiterin in der Kanzlei Jarolim Flitsch Rechtsanwälte GmbH

also nicht bereits ein konkretes Verfahren anhängig oder absehbar sein. Auch diese Ausnahme gilt jedoch nur dann, wenn der Amtsträger die Schenkung angenommen oder sich versprechen hat lassen, nicht jedoch dann, wenn er sie selbst gefordert hat. Zur Frage, ob mehrere „Anfütterungsaktivitäten“ zusammenzurechnen sind, ist auf die herrschende Rechtsprechung zu verweisen, die den Zusammenrechnungsgrundsatz (§ 29 StGB) weder für § 304 StGB noch für § 307 StGB gelten lässt. Dennoch könnte es aber dann zu einer Zusammenrechnung kommen, wenn Empfänger und Geber eine „zumindest stillschweigende Vereinbarung“ darüber getroffen haben, dass dem Empfänger in zeitlichen Abständen mehrere Geschenke zukommen sollen. Freundschaftliche Beziehungen: Sachverhalte, bei denen zwischen dem Schenkungsgeber und dem Amtsträger eine persönliche bzw. freundschaftliche Beziehung besteht, sind durch die Fragestellung zu klären, ob die Schenkung auch ohne die Amtsträgerschaft stattgefunden hätte. Ist diese Frage zu bejahen, so liegt keine Strafbarkeit vor. Sozial adäquate Aufmerksamkeiten: Auch bloße Aufmerksamkeiten ohne wirtschaftlichen Wert für den Empfänger sind nicht vom Verbot der Geschenkannahme erfasst. Es handelt sich hier etwa um Reklameartikel einfacher Art mit Firmenaufdruck wie Kalender, Kugelschreiber, Schreibblöcke und Ähnliches. Solche Geschenke können auch in Zukunft auch „im Zusammenhang“ mit der Amtsführung straflos angenommen werden. Wesentliches Kriterium zur Abgrenzung der Strafbarkeit zur Straflosigkeit ist, wie auch bei der Geringfügigkeitsgrenze im privaten Sektor, die soziale Adäquanz der Zuwendung.

Geschenkannahme durch Mitarbeiter und sachverständige Berater

Gemäß § 306a StGB machen sich „Mitarbeiter leitender Angestellter eines öffentlichen Unternehmens“ oder „sachverständige Berater eines Beamten oder leitenden Angestellten“ dann strafbar, wenn sie ihren Einfluss zur Herbeiführung einer pflichtwidrigen Vornahme oder Unterlassung einer Rechtsbehandlung des leitenden Angestellten oder Beamten ausnutzen und hierfür einen Vorteil fordern, annehmen oder sich versprechen lassen.

Da es allerdings auch „öffentliche“, der Kontrolle des Rechnungshofs un-

terliegenden Unternehmen gibt, welche keine öffentlichen Aufgaben zu erfüllen haben und deren Vorstände bzw Geschäftsführer daher nicht unter den Begriff „Amtsträger“ fallen, muss die Regelung des § 306a StGB auch für deren Mitarbeiter teleologisch reduziert werden. Dies bedeutet, dass solche Mitarbeiter ebenso wie die leitenden Angestellten (Angestellte mit leitendem Einfluss, Geschäftsführer sowie Mitglieder des Vorstands, Aufsichtsrats und Prokuristen) nicht dem öffentlichen, sondern dem privaten Sektor zuzurechnen sind und § 306a StGB nicht anzuwenden ist.

Gegenstand des Sonderdelikts § 304 StGB „Geschenkannahme durch Amtsträger oder Schiedsrichter“ ist die passive Bestechung, und zwar „im Zusammenhang“ oder „im Hinblick“ auf die Amtsführung, wobei jede Geschenkannahme per se rechtswidrig ist und keines zusätzlichen Pflichtwidrigkeitskriteriums bedarf.



Ist die Einladung zum Essen strafbar?

Zulässig sein sollen Essenseinladungen im Hinblick auf das Pflegen freundschaftlicher Kontakte, da solche idR auch unter dem Aspekt der Gegenseitigkeit stattfinden. Ebenfalls zulässig sind Essenseinladungen, wenn diese zu Dienstpflichten des Betroffenen gehören.

Unzulässig sind jedoch solche Essenseinladungen, bei denen ein Konnex zu einer konkreten Handlung oder Unterlassung des Amtsträgers hergestellt werden kann bzw offensichtlich ist, dass der Vorteilsgeber versucht, Einfluss auf eine solche zu nehmen. Dies kann laut BMJ etwa in den „Prüfbereichen“ der Verwaltung (zB Betriebsprüfung oder Arbeitsinspektion) der Fall sein.

Sind Gastgeschenke strafbar?

Im Rahmen der nationalen und internationalen Sozialadäquanz und den Gepflogenheiten der Branche ist der Austausch bzw die Hingabe oder Annahme eines Gastgeschenks, sofern

dies zu den Repräsentationsaufgaben eines Amtsträgers gehört, straflos. Solche Gastgeschenke müssen sich im Rahmen des Üblichen halten und werden typischerweise aus Höflichkeit gegeben und nicht in der Absicht, auf die Tätigkeit des Empfängers Einfluss zu nehmen.

Ist die Teilnahme an Veranstaltungen strafbar?

Jedenfalls zulässig ist die Teilnahme an Veranstaltungen, wenn dies der Repräsentation dient und zu den Pflichten des Amtsträgers gehört. Es ist dabei immer auf das Verhältnis von Veranstaltungszweck und dienstlicher Funktion abzustellen. So wird nach Ansicht des BMJ etwa die Einladung eines hochrangigen Beamten der Sportsektion zu einer Sportveranstaltung zu dessen Aufgabenbereich gehören und damit nicht strafbar sein.



Gemeinsam mit dem Präsidenten der Volkshilfe Österreich, Univ.-Prof. Dr. Josef Weidenholzer, und dem Präsidenten des Pensionistenverbandes Österreich, BM a. D. Karl Blecha, stellte Sozialminister Erwin Buchinger kürzlich die mit dem Prädikat „Seniorenfreundliche Gemeinde“ ausgezeichneten Gemeinden vor. Rund 184 Gemeinden reichten in diesem Jahr ihre seniorenfreundlichen Projekte ein, eine Rekordbeteiligung. Die Auszeichnung „Seniorenfreundliche Gemeinde 2008“ soll die vielfältigen Aktivitäten der Gemeinden entsprechend würdigen. Wesentlich sei dabei, so Buchinger, zum einen die aktive Einbindung der Senioren und Seniorinnen, ob als ehrenamtlich Tätige oder Betreute, und zum anderen die nachhaltige Verankerung guter Angebote in der Gemeinde.

Kommt ein „Generationengemeinderat“?

Pensionistenverbands-Präsident Blecha setzt sich neben einem in den Gemeinden bereits verankerten „Jugendgemeinderat“ auch für einen „Generationengemeinderat“, bzw. einen „Senioren-gemeinderat“ ein. Dieser soll auch die Interessen der älteren Mitbürger vertreten. „Es geht um ein neues Miteinander

Fact-Box RFG

Mehr zu den Korruptionstatbeständen finden Sie im Heft 3/2008 der RFG – Recht & Finanzen für Gemeinden. RFG ist eine Kooperation zwischen dem Österreichischen Gemeindebund, Kommunalkredit, kommunalconsult, Leitner + Leitner, RPW NÖ GBG und dem Verlag MANZ.

Abopreis:
Kennenlern-Abo unter:
www.juristischer-biss.at
Zwei Hefte zum Preis von nur 20 Euro

MANZ Bestellservice:
Tel: (01) 531 61-100
Fax: (01) 531 61-455
E-Mail: **bestellen@manz.at**

Kontakt

Kanzlei Jarolim Flitsch
Rechtsanwälte GmbH
Volksgartenstraße 3/1,
1010 Wien
Tel: (01) 253 70 00
Fax: (01) 253 70 00-43
E-Mail: **office@jarolim.at**
Web: **www.jarolim.at**



Gewinner der Auszeichnung „Seniorenfreundliche Gemeinde“ stehen fest

Österreichs Gemeinden haben „ein Herz für Senioren“

Angebote wie das „Seniorentaxi“ oder der EDV-Kurs für Senioren beweisen das hohe Engagement der österreichischen Gemeinden für ihre älteren Mitbürger. Nun wurden bereits zum dritten Mal jene Gemeinden geehrt, die in ihrer Kommune die Bedürfnisse älterer Menschen in den Blickpunkt rücken und seniorenfreundliche Maßnahmen setzen.

der Generationen in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld“, so Blecha. Der Kontakt zwischen Jung und Alt, zwischen Seniorenclub und Kindergarten, müsse in den Gemeinden mehr gefördert werden. Viele Kommunen folgen bereits diesem Beispiel, wie Volkshilfe-Präsident Weidenholzer feststellte: „Die Vielfalt der eingereichten Projekte und Initiativen zeigt, dass viele Gemeinden die Zeichen der Zeit erkannt haben, die durch die demografische Entwicklung auf uns zukommt.“



BM a. D. Karl Blecha, Präsident des Pensionistenverbandes Österreich, Wolfgang Grossruck, Bgm. von Grieskirchen (OÖ), Elke Edlinger, Stadträtin von Graz, Norbert Scheed, Bezirksvorsteher von Donaustadt und Univ.-Prof. Dr. Josef Weidenholzer, Präsident der Volkshilfe Österreich, bei der Überreichung der Tafel.

Fotos: pressefotos.at/Thomas Preis

Die Siegerkommunen

Kategorie 1 (bis 2.500 Einwohner):

- ▶ Seeham (Sbg)
- ▶ Berg im Drautal (Kärnten)
- ▶ Leitersdorf (Stmk)
- ▶ Riedlingsdorf (Bgld)

Kategorie 2 (2.501 bis 5.000 Einwohner):

- ▶ Enzesfeld Lindabrunn (NÖ)
- ▶ Haslach an der Mühl (OÖ)
- ▶ Elixhausen (Sbg)
- ▶ Neufeld an der Leitha (Bgld)

Kategorie 3 (5.001 bis 10.000 Einwohner):

- ▶ Grieskirchen (OÖ)
- ▶ Wolfurt (Vlbg)
- ▶ Jennbach (Tirol)
- ▶ Deutschlandsberg (Stmk)

Kategorie 4 (mehr als 10.000 Einwohner):

- ▶ Stadt Graz
- ▶ Stadt Salzburg
- ▶ Götzis (Vlbg)
- ▶ Donaustadt (Wien)

Fach- und Bildungsreise des Gemeindebundes nach Paris

Europa muss in die Herzen der Menschen

Ein überaus intensives kommunales Programm absolvierten die Teilnehmer der Fach- und Bildungsreise des Gemeindebundes in Paris.

Rund 60 Teilnehmer führten Gespräche mit den Schwesterverbänden, EU-Vertretern und dem österreichischen Botschafter. Fazit: Vielfach ähneln sich die Probleme in der Kommunalpolitik in den beiden Ländern, die heimischen Gemeinden sind in ihren Möglichkeiten aber weit vor den französischen.

Dr. Robert Hink

„Von einer Vergnügungsreise kann hier wirklich keine Rede sein“, stöhnte ein sichtlich gezeichneter Teilnehmer der Fach- und Bildungsreise des Gemeindebundes nach Paris. Manche Kommunalvertreter waren am Anreisetag seit drei Uhr morgens auf den Beinen, weil die gesamte Delegation Frühflüge gebucht hatte. Nachdem die rund 40 Gemeindebündler (ein Teil in Begleitung der Ehegattinnen) am frühen Vormittag des 16. Oktober in Paris eingetroffen waren ging es nach einer Stadtrundfahrt und einem gemeinsamen Mittagessen schon zum ersten der vielen kommunalen Terminen in der französischen Hauptstadt.

Österreichs Gemeinden geht's besser

Bei einem Treffen mit der Association des Petites Villes des France (APVF), der Interessensvertretung der kleinen französischen Gemeinden (zwischen 3.000 und 20.000 EW) wurden gemeinsame Probleme und Interessen erörtert. Die insgesamt 36.000 französischen Gemeinden verfügen beispielsweise über keinen Finanzausgleich mit dem Zentralstaat und müssen jährlich ihre Mittel neu verhandeln.



vortr. Hofrat Dr. Robert Hink ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes

„Das macht es für uns sehr, sehr schwierig, unsere Budgets zu planen“, so der Vizepräsident der APVF (Association des Petite Villes de France), Phillippe Bodard. „Zusätzlich leiden wir auch darunter, dass der Zentralstaat immer mehr Aufgaben an die Gemeinden delegiert, ohne uns dafür finanziell ausreichend auszustatten.“ Die Gesamtanzahl der Gemeinden in

Europaweit haben fast alle Gemeinden mit Fragen der Daseinsvorsorge, der Erbringung von Dienstleistungen durch die Öffentliche Hand, der Infrastruktur und der Gesundheit zu kämpfen.

Frankreich ist deshalb so hoch, weil im Grunde alles, was in Österreich eine Ortschaft ist, dort als eigene Gemeinde gewertet wird, der jeweils ein Ortsvorsteher (Bürgermeister) vorsteht. Die eigentliche Macht liegt freilich bei einer Organisationseinheit, die am ehesten mit einem Bezirk in Österreich vergleichbar ist.

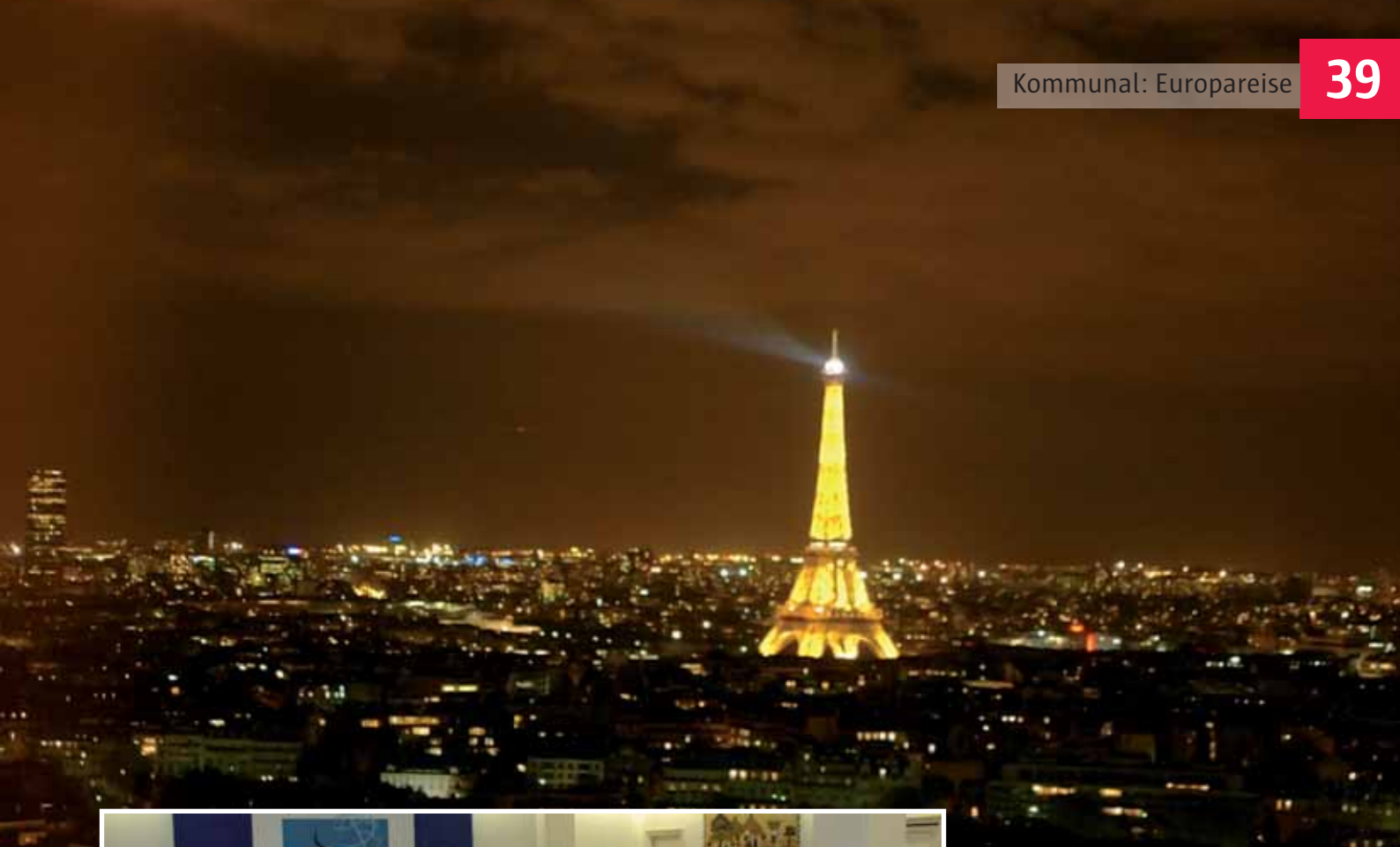
Im Zentrum der weiteren Gespräche standen Probleme, die auch in Österreich latent sind. „Europaweit haben fast alle Gemeinden mit Fragen der Daseinsvorsorge, der Erbringung von Dienstleistungen durch die Öffentliche Hand, der Infrastruktur

und der Gesundheit zu kämpfen“, stellte Gemeindebund-Chef Mödlhammer nach dem Treffen fest.

36.000 Gemeinden in Frankreich

Die Gemeinden sind in Frankreich in mehreren verschiedenen Verbänden organisiert. Die Gemeindebund-Delegation traf daher, unmittelbar nach dem ersten Gespräch, auf den Präsidenten der 36.000 Bürgermeister/innen, Jacques Pelissard, der von all diesen Bürgermeistern in direkter Wahl gewählt wird. „Alles, was in Brüssel beschlossen wird, trifft am Ende auch die Gemeinden in der Umsetzung“, sprach Pelissard die europäische Dimension von Kommunalpolitik an. Daher sei es besonders wichtig, dass die Gemeinden auch in Europa bei den Institutionen vertreten seien, um dort ihre Anliegen zu artikulieren und einzubringen. Sowohl Bodard, als auch Pelissard unterstützen daher eine Initiative zu einem „Kleingemeindenetzwerk“, das schon Ende Oktober in Budapest gegründet werden soll. „Der Gemeindebund unterstützt diese Idee natürlich und wird diesem Netzwerk – im Namen der österreichischen Gemeinden – auch beitreten“, kündigte Mödlhammer an. Der erste, überaus anstrengende Tag der Reise, endete mit einem Empfang in der österreichischen

Die Zahl der Gemeinden in Frankreich ist deshalb so hoch, weil im Grunde alles, was in Österreich eine Ortschaft ist, dort als eigene Gemeinde gewertet wird. Die eigentliche Macht liegt freilich bei einer Organisationseinheit, die am ehesten mit einem Bezirk vergleichbar ist.



Fotos: Gemeindebund



Oben: Treffen der Gemeindebund-Delegation beim APVF, der Interessensvertretung der kleinen französischen Gemeinden. Links: Jacques Pellissard (rechts), Präsident von 36.000 Bürgermeister/innen, überreichte Helmut Mödlhammer die Ehrenmedaille der AFM, der Association des Maires de France.

Botschafter in Paris, bei dem sich Botschafter Dr. Hubert Heiss sichtlich über den Besuch aus der Heimat freute.

Europa muss in den Herzen der Menschen sein

Am zweiten Tag stand ein Termin mit einem Vertreter der EU-Ratspräsidentschaft auf dem Pro-

gramm. Antoine Joli, Generalsekretär für Kooperation im französischen Außenministerium empfing die Delegation zum Gedankenaustausch. „Wir müssen Europa näher zu den Bürgern bringen“, so Gemeindebund-Chef Mödlhammer. „Europa muss in den Herzen der Menschen sein, nicht nur den Köpfen in Brüssel.“ Joli fand unterstützende Worte

Paris, die Welt-Metropole an der Seine, bei Nacht. Im Gegensatz zur heimischen Bundeshauptstadt ist die Stadt Paris aber für die Gesundheitseinrichtungen nicht verantwortlich. Daraus resultiert auch der erheblich geringere Mitarbeiterstand von 40.000 (Wien: 70.000).

für Mödlhammers Appell und fügte hinzu: „Dazu kommt auch, dass wir bestimmte Leistungen der Daseinsvorsorge nicht in private Hände geben dürfen.“ Hier gebe es einen starken gegenteiligen Trend aus dem angelsächsischen Raum, wo man von der Bahn, bis hin zur Wasser- und Stromversorgung alles privatisiert habe. „Unter den Ergebnissen dieser Politik leiden jetzt in England schon viele Menschen“, so Joli. Den französischen Gemeinden seien darüber hinaus internationale Kooperationen und Partnerschaften mit europäischen Gemeinden ein großes Anliegen. „Mehr als 4.000 Gemeindepartnerschaften bestehen allein zwischen Frankreich und Deutschland. Im Grunde hat fast jede deutsche Gemeinde eine französische Partnergemeinde.“

Touristische Highlights kamen auch nicht zu kurz

Am Nachmittag des 17. Oktober wurden die österreichischen

Bürgermeister/innen schließlich von der Generaldirektorin der Stadt Paris empfangen. Im Gegensatz zur heimischen Bundeshauptstadt ist die Stadt Paris für die Gesundheitseinrichtungen nicht verantwortlich. Daraus resultiert auch der erheblich geringere Mitarbeiterstand von 40.000 (Wien: 70.000). „Viele wissen auch nicht, dass die Stadt eigentlich sehr klein ist“, so die Direktorin. „London ist von der Fläche her acht Mal so groß, Berlin sogar 15 Mal so groß.“ Ein aufgelegter Elfmeter für einen der österreichischen Bürgermeister: „Künftig kann ich reinen Herzens sagen: Meine Gemeinde ist mit 50 Quadratkilometern Fläche immerhin halb so groß wie Paris.“

Am letzten Tag hatten die Delegationsteilnehmer dann noch ein bisschen Gelegenheit, auch die touristischen Highlights von Paris zu erforschen. Mit einem Besuch von Versailles und einem Spaziergang am Montmartre endete die sehr abwechslungsreiche und anstrengende Reise.

„Diese Reisen sind für uns Bürgermeister unheimlich wertvoll, weil wir einerseits internationale Kontakte knüpfen und Erfahrungen austauschen können, aber auch weil wir sehr viel untereinander mit Kollegen reden können“, so der Tenor der mitgereisten Bürgermeister.

„Das Echo der Teilnehmer war überwältigend“, konstatierte auch Gemeindebund-Präsident Mödlhammer beim Rückflug.

„Wir leben den europäischen Gedanken, indem wir jedes Halbjahr eine solche Reise, jeweils in die Hauptstadt jenes Landes, das die Ratspräsidentschaft innehat, organisieren.“ Folgerichtig führt die nächste

Wir leben den europäischen Gedanken, indem wir jedes Halbjahr eine solche Reise, jeweils in die Hauptstadt jenes Landes, das die Ratspräsidentschaft innehat, organisieren.

Helmut Mödlhammers Resümee

Reise vom 14. bis zum 16. Mai 2009 nach Prag. Interessierte können sich schon jetzt unter oesterreichischer@gemeindebund.gv.at dafür voranmelden.



Europainformation in den Gemeinden

Europa, ganz an der Basis

Die Aktion „Europaschirm“ des Gemeindebundes ist ein voller Erfolg. Mehr als 100 Gemeinden haben sich bisher dafür angemeldet. In der Steiermark wird sogar in allen 52 Gemeinden des Bezirks Hartberg eine Veranstaltung mit dem „Europaschirm“ abgehalten.

Daniel Kosak

„Wir waren zwar optimistisch, dass unsere Aktion ein Erfolg wird, wir hätten aber nicht damit gerechnet, dass der Erfolg so groß ist“, freut sich Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer. „Das zeigt, dass seriöse Information an der Basis viel gescheiter ist, als teure Plakat- und Imagekampagnen.“ Anfang Oktober fanden etwa in Perchtoldsdorf die „Niederösterreichischen Sicherheitstage“ statt. Aber nicht nur die Feuer-

wehr, Autofahrerclubs und für die Gesundheit verantwortliche Institutionen zeigten ihr Leistungsangebot, auch der Europaschirm war dank der Einladung der Marktgemeinde Perchtoldsdorf zu Gast. Mit einem reich bestückten Informationsstand standen Europaexperten der Bundeswirtschaftskammer und des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten für Auskünfte zur Verfügung. Dieses Angebot wurde auch genützt, gerade zu einem



Foto: © European Community

Das Angebot des Europaschirms wurde in Perchtoldsdorf genutzt, gerade zu einem Zeitpunkt, wo Europa und finanzielle Sicherheit in aller Munde waren.

Zeitpunkt, wo Europa und finanzielle Sicherheit in aller Munde war. Die interessierten Besucher dieses Sicherheitstages konnten anonym unter dem Europaschirm auch ihre Meinung über die EU durch ausfüllen eines kurzen Fragebogens äußern. Besonders hervorzuheben ist die Tatsache, dass viele Schulklassen vorbeischaute und nachdem sie die ausgestellten Feuerwehrautos bewundert hatten, sich auch am Europastand ein wenig über die Europäische Uni-

on erzählen ließen. Die begleitenden Lehrkräfte nutzen die Gelegenheit, umfangreiches Informationsmaterial – von der Broschüre, über Spiele bis zur CD „Die EU von A-Z“- mitzunehmen. Die Veranstalter haben mit der Erweiterung des Informationsangebotes auf Europafragen ihren Bürgern einen guten Dienst erwiesen, denn von Jung bis Alt konnten alle Besucher des Sicherheitstages in Perchtoldsdorf etwas für sie nützliches mitnehmen.

Die Steiermark ist für den „Europaschirm“ ein guter Boden. Jüngst hat der Europareferent des Bezirks Hartberg für alle 52 Gemeinden des Bezirks das Europa-Paket bestellt. In jeder einzelnen Gemeinde sollen Veranstaltungen durchgeführt werden, bei denen der Europaschirm einen Fixplatz hat.

Vorbildliche Steiermark

Ähnlich erfolgreich verliefen viele weitere Veranstaltungen in anderen Gemeinden. Im steirischen Maria Buch Feistritz etwa war sogar Staatssekretärin Christine Marek zu Gast, um vor Ort mit der Bevölkerung über Europa zu diskutieren. Die Steiermark ist für den „Europaschirm“ überhaupt ein guter Boden. Jüngst hat der Europareferent des Bezirks Hartberg für alle 52 Gemeinden des Bezirks das Europa-Paket bestellt. In jeder einzelnen Gemeinde sollen Veranstaltungen durchgeführt werden, bei denen der Europaschirm einen Fixplatz hat. „Das

ist wirklich vorbildlich“, so Mödlhammer. „Ich würde mir wünschen, dass andere Bezirke diesem Beispiel folgen.“ Die Anmeldung für die Aktion „Europaschirm“ ist weiterhin für alle Gemeinden unter www.gemeindebund.at/europa.php möglich und erwünscht.

Aktion „Europaschirm“

Gemeinden brauchen die Informationen

Die Gemeinden brauchen Informationen über Europa, das steht spätestens seit der Aktion „Europaschirm“ fest. Das Bedürfnis bei der Bevölkerung ist riesig. Objektive Information abseits von Platitüden und Überschriften ist dringend notwendig. Der Gemeindebund liegt mit seiner Aktion, gemeinsam mit der Wirtschafts-



kammer, dem BKA und der Gesellschaft für Europapolitik goldrichtig. Diesen Weg werden wir weitergehen, wir verhandeln schon über die nächsten Schritte, die auf dem Erfolg des Europaschirms aufbauen werden. Das Haus Europa kann nur von unten nach oben gebaut werden, es wird einstürzen, wenn es von der Bevölkerung nicht verstanden und daher mitgetragen wird. Dieser Verantwortung können sich auch die Gemeinden nicht entziehen. Mit dem „Europaschirm“ und etwaigen Folgeaktionen werden wir als Interessensvertretung der Gemeinden dazu auch unseren Beitrag leisten.

Dr. Robert Hink
Generalsekretär des
Österreichischen Gemeindebundes

Europa: Kommunales Reizthema „Gemeindezusammenlegung“

Größer ist nicht gleich besser – vor allem bei Gemeinden

In Österreich können Gemeindezusammenlegungen nur auf freiwilliger Basis erfolgen, deshalb gibt auch keine landesweite Debatte über (Gemeinde-)Gebietsreformen. Nicht so in anderen EU-Ländern. Die unterschiedlichen Sichtweisen und Ansätze waren kürzlich Thema eines RGRE-Seminars in Brüssel.

Mag. Danila Fraiss

In Skandinavien wird bereits seit Jahrzehnten über Gemeindezusammenlegungen diskutiert, Dänemark ging nach gut 20 Jahre dauernden Diskussion im Jahr 2007 voran, Finnland steckt mitten im Reformprozess und in Schweden überlegt man weiter. Andere Länder gehen den umgekehrten Weg, das heißt, früher zusammengeführte Gemeinden gehen wieder getrennte Wege, so zum Beispiel in Litauen.

Manche Länder gehen bereits den umgekehrten Weg, das heißt, früher zusammengeführte Gemeinden gehen wieder getrennte Wege, so zum Beispiel in Litauen.

All diese Entwicklungen standen im Zentrum eines eintägigen Seminars des europäischen Dachverbandes RGRE (Rat der Gemeinden und Regionen Europas), bei dem unterschiedliche Ansätze und Sichtweisen vorgestellt und verglichen wurden. Aus österreichischer Sicht ist festzustellen, dass Gemeindezusammenlegungen nicht verallgemeinernd als der Weisheit letzter Schluss dargestellt werden können. Meist sind es die umfassenden kommunalen Kompetenzkataloge, die Effizienzerwartungen in den Vordergrund treten lassen. Mit der wirtschaftli-



Mag. Daniela Fraiss ist Leiterin des Brüsseler Büros des Österreichischen Gemeindebundes

chen Effizienz geht aber oft ein Identitätsdefizit einher, das sich unter anderem in einem geringeren Interesse für Freiwilligenarbeit manifestiert, wodurch wiederum großes Potenzial in den Gemeinden verloren geht. Dexia hat die unterschiedlichen Systeme sub-nationaler Gebietskörperschaften in Europa unter die Lupe genommen und in einem Buch verarbeitet, das einen detaillierten Überblick über Organisation, Aufgaben und Finanzierung der europäischen Kommunen bietet. (www.dexia-editions.com)

Extrembeispiel Dänemark

Dänemark zählt mit seiner umfassenden, Anfang 2007 in Kraft getretenen, Gebietsreform zu den Extrembeispielen. Dort wurde eine völlig neue Landkarte gezeichnet, aus zuvor 271 Gemeinden wurden 98, die ehemals 14 Bezirke wurden in fünf Regionen zusammen gefasst. Für die Gemeinden bedeutet das einen Anstieg der Bevölkerungszahl auf durchschnittlich 55.000 Einwohner pro Kommune, im Vergleich zu durchschnittlich 16.000 vor der Reform. Grundsätzlich wird die Reform auch im dänischen Gemeindebund befürwortet, da aufgrund der zahlreichen Aufgaben die auf kommunaler Ebene zu erledigen sind, größere Einheiten für sinnvoll erachtet werden. In Dänemark ist die kommunale

Ebene für die Finanzierung, Erbringung und Kontrolle sozialer Dienstleistungen ausschließlich verantwortlich. Darunter fallen etwa Kinderbetreuung, Grundschul- und Sonderschulwesen, Altenbetreuung und Pflege, Teile des Gesundheitswesens, Integrationsmaßnahmen wie zum Beispiel Sprachkurse, lokale Wirtschafts- und Tourismusförderung, lokales Straßennetz etc. Die Regionen sind hauptsächlich für das Gesundheitswesen, die regionale Raumplanung, Bodenschutz und den öffentlichen Nahverkehr, an dem sich die Gemeinden jedoch wiederum zu beteiligen haben, zuständig. Bereits in den 1990er Jahren setzte eine Diskussion ein, wie die Gemeinden die immer anspruchsvolleren Aufgaben zu friedensstellend erbringen können und Studien, die Misswirtschaft in einigen Gemeinden zutage förderten, erhöhten den Druck seitens der Regierung. Überhaupt kritisierte der Generalsekretär des dänischen Verbandes die Einstellung der Regierung, die sämtliche Reformen auf lokaler Ebene ansetzt und den Druck, Dienste noch effizienter und besser zu erbringen, ständig erhöht. Selbst nimmt sich die zentrale Ebene jedoch von Reformvorhaben aus, obwohl der ursprüngliche Ausgangspunkt keine Gebietsreform, sondern eine Reform aller öffentlichen Gebietskörperschaften war. Die Finanzierung der kommunalen Aufgaben erfolgt in Dänemark einerseits über das eigene Steueraufkommen (zum Beispiel Einkommens- und Grundsteuer), Gebühren, staatliche Beiträge (zum Beispiel für soziale Dienste) und Mittel aus dem Finanzausgleich. Dieser wird in Dänemark jährlich verhandelt und ist vor allem für die Regio-

nen von großer Bedeutung, da diese keine eigenen Steuern einheben dürfen, das heißt vollkommen auf staatliche Mittel beziehungsweise die Beiträge der betroffenen Gemeinden angewiesen sind.

Deutschland: Furcht vor sinkender Freiwilligenarbeit

Aus Deutschland wurde die Verwaltungs- beziehungsweise Kreisgebietsreformdiskussion in Mecklenburg-Vorpommern vorgestellt. Diese war im ersten Anlauf aufgrund einer Verfassungsbeschwerde gegen die geplante Kreisgebietsreform gescheitert. Die sinkende Einwohnerzahl und die damit geringeren Mitteln aus dem Finanzausgleich bildeten den Ausgangspunkt der Überlegungen. Die geplante Reform sollte aus zwei Teilen bestehen, welche einerseits die Übertragung von Aufgaben des Landes an die Landkreise und von den Landkreisen auf die Gemeinden, andererseits eine drastische Reduzierung von Landkreisen und kreisfreien Städten zum Inhalt hatte.

Mittlerweile wird in Deutschland nach heftigen Debatten ein zweiter Reformansatz diskutiert, der die Reduzierung auf sechs bis sieben Landkreise (von 12) sowie zwei kreisfreie Städte vorsieht. Auslöser war die begründete Angst vor sinkendem Bürgerengagement nach zu starker Konzentration.

Der daraufhin eingebrachten Verfassungsbeschwerde wurde vom Landesverfassungsgericht Mecklenburg-Vorpommern im Jahre 2006 stattgegeben, die vom Landtag beschlossene Kreisgebietsreform für verfassungswidrig erklärt. Die Richter wiesen insbesondere darauf hin, dass zum Grundprinzip der kommunalen Selbstverwaltung auch die Aktivierung der Bürger im Rahmen der Freiwilligenarbeit zähle und dass die vom Landtag beschlossene Re-

Mit der wirtschaftlichen Effizienz (eines der Hauptargumente für Gemeindezusammenlegungen) geht oft ein Identitätsdefizit einher, das sich unter anderem in einem geringeren Interesse für Freiwilligenarbeit manifestiert.



duzierung der 12 auf lediglich fünf Kreise das Bürgerengagement empfindlich treffen würde. Die zu erwartenden Effizienzsteigerungen in der Verwaltung seien dem zu erwartenden Rückgang bei der Freiwilligenarbeit und den Einschränkungen der Selbstverwaltung gegenüber zu stellen. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die Tätigkeiten im Kreistag und seinen Ausschüssen grundsätzlich ehrenamtlich erfolgt, weshalb das Gericht die Gefahr sah, dass von der Kreisstadt weiter entfernt lebende Bürger vom politischen Leben und der Entscheidungsfindung in wichtigen Belangen des Kreises implizit ausgeschlossen würden.

Mittlerweile wird ein zweiter Reformansatz diskutiert, der die Reduzierung auf sechs bis sieben Landkreise sowie zwei kreisfreie Städte vorsieht. Der Deutsche Landkreistag fordert in diesem Zusammenhang eine Verknüpfung von Kreisgebiets- und Funktionalreform, das Land weigert sich jedoch konstant, die Kompetenzverlagerung durch eine ausreichende Verlagerung von Beamtenposten zu ergänzen.

Frankreich: Bevölkerung wenig mit einbezogen

Mit Österreich am ehesten vergleichbar ist die Lage in Frankreich. Dort gibt es über 36.000 Gemeinden, wovon rund 32.000 weniger als 2000 Einwohner zählen. Städte mit über 50.000 Einwohnern sind vergleichsweise rar, es gibt davon gerade einmal 103. Auch die Kompetenzlage ist ähnlich, weshalb sich ähnliche Fragen wie in Österreich stellen, nämlich wie kommunale Aufgaben effizienter und besser erbracht werden können. Bereits im 19. Jahrhundert bildeten sich ins Frankreich erste Formen der interkommunalen Zusammenarbeit heraus, welche auch heute hoch im Kurs steht. Derzeit sind rund 33.600 Gemeinden zu 2583 interkommunalen Arbeitsgemeinschaften zusammengeschlossen. Da es hier grundsätzlich zwei Organisationsformen – gänzliche Aufgabenübertragung und loser Zu-



Österreichische Gemeinden zählen im Europavergleich relativ wenige Einwohner, dennoch erfüllen sie ihre Aufgaben äußerst effizient. Dies nicht zuletzt wegen der gut etablierten Zusammenarbeit in Gemeindeverbänden und im Rahmen anderer Kooperationsformen.

sammenschluss – gibt, ergeben sich mitunter Konflikte mit dem europäischen Vergaberecht. Dieses enthält bekanntlich keine generelle Ausnahme für die kommunale Zusammenarbeit, die EU-Kommission sieht lose und auf Vertragsrecht basierende Gemeindekooperationen mit einem kritischen Auge.

Dennoch gelten die sogenannte „Intercommunalité“ in Frankreich als Erfolgsmodell, mittlerweile sind 98 Prozent des Territoriums von ihnen überzogen. Seit 1999 werden Kooperationsprojekte staatlich gefördert, bei ausschließlich vertraglich basierten Kooperationen tritt der französische Staat als Vertragspartner auf. Als demokratiepolitisch problematisch gelten jedoch die

Gerade in ländlichen Gemeinden Österreichs identifizieren sich die Bürger mit ihrer Gemeinde und sind deshalb bereit, auf freiwilliger Basis Beiträge zum Zusammenhalt in der Gemeinde zu leisten.

mangelnde Einbeziehung der Bevölkerung in die Projektplanung sowie die nur indirekte Wahl der Vorsitzenden der „Intercommunalité“ durch die verbandsangehörigen Bürgermeister.

Kleines Litauen mit ganz großen Kommunen

Aus den neuen EU-Mitgliedstaaten erweckte das Beispiel Litauen großes Interesse. Dort wurde bereits 1995 eine umfassende Gebietsreform durchgeführt, welche die Zahl der Kommunen von 581 auf 56 reduzierte. Dadurch zählen die litauischen Gemeinden mit einer durchschnittlichen Einwohnerzahl von 58.000 Personen zu den größten Europas. Mittlerweile gibt es jedoch Bestrebungen zur Schaffung bürgernäherer Strukturen, im Jahr 2000 erhöhte sich die Zahl der Gemeinden wieder auf 60, und die Debatte über die ideale Zahl der Gemeinden reißt seitdem nicht ab. Auch der litauische Kommunalverband geht von einer idealen Zahl von 70-90 Gemeinden aus, tritt jedoch für Reformen von unten nach oben ein, d.h. die Initiative muss von den Kommunen bzw. von den Bürgern selbst ausgehen. Denn erstaunlicherweise scheiterte die Teilung mehrerer Gemeinden in kleinere Einheiten im Jahr 2007 gerade an der mangelnden Unterstützung seitens der lokalen Politik und lokalen Bevölkerung.

Resümee

Abschließend ist zu sagen, dass die österreichischen Gemeinden im europäischen Vergleich gut dastehen. Obwohl österreichische Gemeinden im Europavergleich relativ wenige Einwohner zählen, erfüllen sie ihre Aufgaben doch äußerst effizient. Dies nicht zuletzt wegen der gut etablierten Zusammenarbeit in Gemeindeverbänden und im Rahmen anderer Kooperationsformen und weil sich gerade in ländlichen Gemeinden die Bürger mit ihrer Gemeinde identifizieren und deshalb bereit sind auf freiwilliger Basis Beiträge zum Zusammenhalt in der Gemeinde zu leisten.

Der Status der Sekretäre & Direktoren in slowenischen Gemeindeverwaltungen

Für den Job ist Uni-Ausbildung und staatliche Prüfung nötig

Nach der Verselbstständigung der Republik Slowenien im Jahr 1991 ist es zu großen Veränderungen in der Einführung von lokaler Selbstverwaltung gekommen. Dieser Veränderungsprozess dauert bis heute an, da in Slowenien die Teilung auf Provinzen immer noch nicht erfolgt ist. KOMMUNAL hat sich angesehen, wie sich das Gesetz über die öffentliche Verwaltung aus 2003 auf eine zentrale Personengruppe in den Gemeinden auswirkt.

Mag. Bojan Mažgon

Im Jahr 1991 gab es auf dem Gebiet von Slowenien 62 Gemeinden (die niedrigste Form lokaler Selbstverwaltung zu dieser Zeit war die Ortsgemeinde – es gab 1173 Ortsgemeinden, die aber außer dem Selbstbeitrag keine wesentlichen Finanzierungsquellen hatten, in den meisten Fällen aber einen professionellen Sekretär der Ortsgemeinde). Die Bürgermeister wurden seitens des Gemeinderates aus seinen Mitgliedern ausgewählt. Die Funktion des Sekretärs bzw. Direktors von Gemeindeverwaltungen war damals noch nicht bekannt, da die exekutive Funktion der Exekutionsrat der Gemeinde und sein Präsident ausgeübt hat. Dieser Präsident war im übertragenen Sinne mit der heutigen Gemeindeverwaltung, dem Direktor und den Amtsleitern vergleichbar.

Im Jahr 1994 wuchs die Zahl der Gemeinden auf 147, die Zuständigkeiten der Gemeinden und des Staates wurden klar ausgegrenzt, die Finanzierung der Gemeinden wurde geregelt. Bürgermeister wurden auf direkten Wahlen gewählt und übernahmen die Exekutionsfunktion in den Gemeinden. Der Gemeinderat hatte seinen Präsidenten, wobei Bürgermeister

Die Funktion des Sekretärs bzw. Direktors von Gemeindeverwaltungen war 1991 damals noch nicht bekannt, da die exekutive Funktion der Exekutionsrat der Gemeinde und sein Präsident ausgeübt hat.

und Rat oft nicht kooperierten, insbesondere im Fall von unterschiedlichen Sichtweisen. Die Gemeindeverwaltung wurde vom Bürgermeister geführt, diese Aufgabe konnte aber auch der Sekretär der Gemeinde, der nach Vorschlag des Bürgermeisters seitens des Gemeinderates gewählt wurde, übernehmen. Der Sekretär wurde ein Funktionär der Gemeinde. Bald danach wurde gesetzlich festgelegt, dass der Bürgermeister der Vorsitzende der Gemeindeverwaltung ist, die direkte Leitung der Arbeit in der Gemeindeverwaltung wird aber den Sekretären überlassen. In dieser Zeit ist es des Öfteren vorgekommen, dass der Vorschlag des Bürgermeisters bezüglich des Sekretärs vom Gemeinderat nicht angenommen wurde, gleichzeitig konnte aber der Gemeinderat ohne den Vorschlag des Bürgermeisters nicht über einen eventuellen eigenen Kandidaten entscheiden. Die Folgen einer solchen Auswahlprozedur zeigten

sich dadurch, dass mehr als die Hälfte der Gemeinden in dieser Zeit keine Sekretäre hatte. Mit der Änderung des Gesetzes über die lokale Selbstverwaltung im Jahr 1998, als die Zahl der Gemeinden in Slowenien auf 192 anstieg, wurde die Anomalie bezüglich der Nicht-Kooperation von Bürgermeistern und Gemeinderäten beseitigt: der Gemeinderat wurde vom Bürgermeister einberufen, der auch selbstständig den Sekretär der Gemeinde ernannte. Der Sekretär war nicht mehr von einer politischen Vereinbarung abhängig und hat nicht mehr den Status eines Funktionärs sondern eines höheren Verwaltungsarbeiters, was mit dem Vorsitzenden des Verwaltungsdienstes



Die Gemeindeverwaltung wurde vom Bürgermeister geführt, diese Aufgabe konnte aber auch der Sekretär der Gemeinde, ..., übernehmen. Der Sekretär wurde ab 1994 ein Funktionär der Gemeinde.



Mag. Bojan Mažgon, Prof. Dr. Ferk & Partner d.o.o., ist Mitglied des Verbandes der Sekretäre und Direktoren slowenischer Gemeinden

vergleichbar ist. Seine Einstellung war nicht mandatgebunden. Das Gehalt und die Zuständigkeiten bezüglich der Entscheidungen in Verwaltungsvorfahren, die auch mit dem Ausbildungsniveau bedingt waren, wurden gesetzlich festgelegt. Nach dem Jahr 2002 gab es in Slowenien 193 Gemeinden, die immer mehr Pflichten übernahmen. Das belastete wegen der „Unterernährung“ auf dem Personalgebiet in der Gemeindeverwaltungen vor allem die Sekretäre beziehungsweise Direktoren der Gemeindeverwaltungen. Die wurden zu einem Mädchen für alles, was auch dem Gesetzgeber auffiel, der mit einer Gesetznovelle keinen Zweifel mehr ließ, ob eine Gemeinde einen Sekretär haben muss oder nicht, was bislang von dem Willen des Bürgermeisters abhängig war. So entschied der Sekretär in Verwaltungsvorfahren auf der I. Stufe und auf der II. Stufe wurde das Berufungsorgan der Bürgermeister. Das Gesetz besagte zwar, dass die Gemeindeverwaltung seitens des Bürgermeisters gesteuert und beaufsichtigt wird und der Sekretär, den der Bürgermeister ernannt, die Arbeit der Gemeindeverwaltung leitet. In der Praxis waren wir aber des Öfteren Zeugen von Fällen, in denen der Bürgermeister den

Angestellten der Gemeindeverwaltung Aufgaben ohne Koordination mit dem Sekretär delegierte.

Im Jahr 2006 wurden Gemeindevahlen in 210 Gemeinden ausgeführt. Noch davor, im Jahr 2003, trat das neue Gesetz über die öffentliche Verwaltung in Kraft. Mit diesem Gesetz wurden die Stellen der Sekretäre beziehungsweise Direktoren der Gemeindeverwaltungen als „Positions-Beamtenarbeitsplatz“ definiert, für welchen eine Universitätsausbildung mit einer staatlichen fachlichen Prüfung benötigt wird, und von welchem sie der Funktionär (Bürgermeister) innerhalb eines Jahres nach ihrer Wahl ohne schuldhaften Grund entpflichten kann, obwohl sie die Position aufgrund einer öffentlichen Ausschreibung besetzt haben, und ihr Mandat fünf Jahre dauert! Das Gesetz besagt zwar, dass der Sekretär zwar auf einen entsprechenden Arbeitsplatz innerhalb der Gemeindeverwaltung versetzt wird, was in der Praxis oft unmöglich ist, besonders in kleinen Gemeinden, in denen solche entsprechenden Arbeitsplätze einfach nicht existieren. Wenn man bedenkt, dass der Vorsitzende (Bürgermeister) auch die Systemisierung der Arbeitsplätze in der Verwaltung verabschiedet, die er so zu sa-

gen „täglich“ verändert, ist nicht damit zu rechnen, dass er den entpflichteten Sekretär, wenn er sich schon für diesen Schritt entschieden hat, auch in der Verwaltung einstellen wird, sondern sich von ihm mit einer kleinen Abfindung (drei Bruttogehälter) elegant entledigen wird, was nach den Wahlen 2006 auch stattfand.

In dem Verband der Sekretäre und Direktoren der slowenischen Gemeinden unterstützen wir zwar das Ziel, dass der Bürgermeister seine engsten Mitarbeiter, denen er besonders vertraut, aussuchen kann. Das ermöglicht ihm auch das Gesetz bezüglich der Zeitarbeit im Bürgermeisterkabinett, wo ein „Projektteam“ politisch geeigneter Mitarbeiter ernannt wird, was aber natürlich auch mit Ko-

Das Gesetz 2003 besagt zwar, dass der Sekretär auf einen entsprechenden Arbeitsplatz innerhalb der Gemeindeverwaltung versetzt wird, was in der Praxis oft unmöglich ist, besonders in kleinen Gemeinden.

sten verbunden ist.

Das Eingreifen in den Status der Direktoren und Sekretäre slowenischer Gemeinden hat in den vergangenen vier Jahren nach der Durchsetzung des Gesetzes über öffentliche Angestellte nur die Interessensabnahme des fachlich befähigten Kaders für diese Funktionen bewirkt. Die aus nichtschuldhaften Gründen entpflichteten Direktoren und Sekretäre der Gemeindeverwaltungen wurden in den Augen der Öffentlichkeit als „schuldig“ gebrandmarkt, da die Öffentlichkeit jede Ablösung mit Strafsanktionen in Verbindung bringt, was den Betroffenen großen moralischen Schaden verursacht hat. Wenn wir eine größere Glaubwürdigkeit in der Durchführung der öffentlichen Verfahren und der Leitung der Gemeindeverwaltungen anstreben, dann müssten die Zuständigkeiten und Verantwortungen wesentlich klarer abgegrenzt, messbar und definierbar sein, womit eine fachliche Kontinuität und Kompetenz gewährleistet wäre.



Das Eingreifen in den Status der Direktoren und Sekretäre slowenischer Gemeinden hat in den vergangenen vier Jahren nach der Durchsetzung des Gesetzes über öffentliche Angestellte nur die Interessensabnahme des fachlich befähigten Kaders für diese Funktionen bewirkt.

Was tun gegen Überhitzung der Erdatmosphäre?

Erneuerbare gegen Erderwärmung

Es gibt nur einen einzigen Ausweg aus der Energie- und Klimakrise: Wir müssen uns von der ökologisch und wirtschaftlich fatalen Erdölwirtschaft abkoppeln und unsere Energieversorgung selbst in die Hand nehmen.

Johannes Voggenhuber

Wir brauchen eine neue Energiepolitik, die auf sparen statt verschwenden und auf Sonne statt Öl setzt. Wir können den Energieverbrauch halbieren und uns binnen eines Jahrzehnts zu hundert Prozent mit erneuerbaren Energien selbst versorgen. Dazu bedarf es jedoch einer großen gemeinsamen politischen Anstrengung in Österreich.

Der Umweltbericht 2006 des Umweltministeriums fällt vor allem in Sachen Klimaschutz schlecht aus: Zielabweichung 36 Prozent oder 24,5 Millionen Tonnen über dem Kyotoziel für 2008 bis 2012. So lauten die ernüchternden Öko-Koordinaten. Beim Verkehr wurde ein Plus von 91,6 (!) Prozent seit 1990 festgestellt. Österreich ist Schlusslicht beim Erreichen der Kyotoziele. Statt sich dem nationalen Ziel, 13 Prozent unter das CO₂ Niveau von 1990 anzunähern, entwickelte sich Österreich in die andere Richtung und liegt derzeit bei rund 18 Prozent darüber.

Die angestrebten Ziele der vergangenen zwei Regierungsprogramme konnten nicht erreicht werden, die eingetretene kurzfristi-



Wir können den Energieverbrauch halbieren und uns binnen eines Jahrzehnts zu hundert Prozent mit erneuerbaren Energien selbst versorgen.

stige Senkung der Emissionen 2008 ist von Experten auf den milden Winter zurückgeführt worden. Nach Jahren ohne ernsthafte Klimaschutzpolitik wird Österreich das Kyoto-Ziel verpassen. Die Verfehlung der Klimaziele könnte noch teurer kommen als bisher bekannt. In einem Positionspapier rechnen die Sozialpartner mit Kosten für den Zukauf von CO₂-Zertifikaten in der Höhe von zwei Milliarden Euro. Trotzdem unterstützt Wirtschaftsminister Bartenstein Deutschland im Streit um höhere Schadstoffgrenzen für schwere Pkw der Presse gegenüber: „Unsere Partner sind BMW, Daimler und Audi“. Österreich bezieht in der Debatte um die Klima- und Energiepolitik der EU Position gegen die Vorschläge der EU-Kommission und versucht inzwischen gemeinsam mit Deutschland die EU-Ziele auszuhebeln. Alle Bürgerinnen und Bürger egal ob in Sao Paolo, Brüssel, Wien oder in Gemeinden brauchen die Verringerung der Emissionen von Schadstoffen und Treibhausgasen und den Ersatz von fossilen Energien durch heimische Erneuerbare, um die Überhitzung der Erdatmosphäre abzuwen-

den. Das Einsparungspotenzial in den Bereichen Energie und Mobilität und der Einsatz erneuerbarer Energien sollten an oberster Stelle in der zukünftigen Energiepolitik stehen. Auf Gemeindeebene sind auf Basis der Gegebenheiten jetzt Fahrpläne für die Umsetzung von kommunalen Klimaschutzziele auszuarbeiten und mit aller Kraft umzusetzen. Die Grünen stehen für den Einsatz der Wohnbauförderung zugunsten der Wärmedämmung. Entsprechender Einsatz von Fördermitteln hat auch verteilungspolitisch positive Auswirkungen, da es Heizkosten nachhaltig senken hilft. Wir stehen für die Umrüstung des Verkehrs von der Strasse auf die Schiene. Was nicht nötig ist – aktuellstes Stichwort Mülltransit – soll auch nicht transportiert werden. Egal ob ausländische oder inländische LKW's, sie werden durch eine gleich hohe Maut zur Kasse gebeten. Die alten LKW's (der Klassen Euro 0 bis 2) dürfen nicht mehr auf Österreichs Strassen fahren. Wir stehen für eine Energiewende mit Steuer- und Förderinstrumenten, die eine Umstellung von fossilen auf erneuerbare Energien herbeiführt.



Johannes Voggenhuber ist Mitglied des Europäischen Parlaments



Foto: Thomas Preiss

Quelle: Karmasin, klima:aktiv / Lebensministerium



Oben: Umweltminister Josef Pröll (rechts) und Moderatorin Vera Russwurm bei der Rad-Gala 2008 mit den ausgezeichneten klima:aktiv mobil Projektpartner.
 Links: Mehr als die Hälfte der ÖsterreicherInnen fährt im Alltag regelmäßig mit dem Fahrrad. klima:aktiv mobil hilft den Gemeinden die passende Radinfrastruktur bereit zu stellen.

Radverkehrsförderung in Städten, Gemeinden und Regionen

Die Renaissance des Fahrrads

Angesichts der steigenden Spritpreise nutzen immer mehr Österreicherinnen und Österreicher das Fahrrad als schnelle und günstige Alternative für kurze Strecken. Das Lebensministerium hat eine Umfrage durchgeführt – mit durchaus viel versprechenden und erfreulichen Ergebnissen.

Aus der Umfrage geht hervor, dass 71 Prozent der Befragten grundsätzlich bereit sind, im Alltag mehr mit dem Fahrrad zu fahren, und bereits jetzt nutzen 55 Prozent das Fahrrad mehrmals die Woche oder täglich. Fast allen Befragten (96 Prozent) ist bekannt, dass man mit Radfahren einen Beitrag zur Verringerung der CO₂-Emissionen leisten kann. Die grundsätzliche Bereitschaft im Alltag mehr mit dem Fahrrad zu fahren wird von fast drei Viertel (71 Prozent) geäußert. Diese erfreulichen Umfragewerte zeigen die Renaissance des Fahrrads: Das Rad wird im Alltag wieder als günstiges, gesundes und umweltfreundliches Verkehrsmittel wahrgenommen und genutzt. Mit der steigenden Nachfrage steigt aber auch der

Die klima:aktiv mobil Beratung

Das kostenfreie klima:aktiv mobil Beratungsprogramm zum Radverkehr für Städte, Gemeinden und Regionen wird durch die ARGE Trafico-Praschl-mprove-Herry-Klimabündnis-FGM durchgeführt. DI Helmut Koch und Mag. Doris Kamerer stehen für einen telefonischen Erstkontakt unter 07612-70911 oder per Email unter mobiltaetsmanagement@trafico.at gerne zur Verfügung.

Das Lebensministerium unterstützt auch BYPAD (Bicycle Policy Audit) – ein EU-Projekt als Qualitätsmanagementaudit für die Radverkehrspolitik von Gemeinden, Städten und Regionen, im Zuge von klima:aktiv mobil. Mehr Infos zu BYPAD finden Sie unter www.bypad.org

Druck durch die Bevölkerung auf die Kommunen, eine qualitative Radinfrastruktur bereit zu stellen. Radverkehr ist lokaler Kurzstreckenverkehr. Darum kommt

den Gemeinden in der Radverkehrsförderung eine wichtige Rolle zu. Das Lebensministerium hat mit seinem Radverkehrsschwerpunkt im Programm klima:aktiv mobil die Möglichkeit geschaffen Gemeinden dabei zu unterstützen. Alle Gemeinden, die den Radverkehr fördern wollen, können sich kostenlos von klima:aktiv mobil beraten lassen. In einem kurzen Radverkehrscheck werden gemeinsam mit der Gemeinde mögliche Maßnahmen um das Radfahren zu fördern gefunden. Die klima:aktiv mobil Berater helfen dann auch bei der Fördereinreichung und betreuen Sie in der Umsetzung der Maßnahmen. Die detaillierten Förderbedingungen des klima:aktiv mobil Förderprogramms, die Kontaktadressen für die Projekteinreichung sowie zahlreiche Best-Practice-Beispiele zum Radverkehr können dem Leitfaden zur Radverkehrsförderung entnommen werden. Der Leitfaden ist als Download unter <http://publikationen.lebensministerium.at> erhältlich, oder wird auf Anfrage über mobiltaetsmanagement@trafico.at kostenlos zugeschickt.



Generation Blue – Die Wasserplattform

Im Mittelpunkt steht www.generationblue.at

Generation Blue ist die österreichische Jugendplattform des Lebensministeriums für eine neue Wassergeneration. Generation Blue bietet SchülerInnen und LehrerInnen umfassende Wasserinfos, aber auch spannende Schulprojekte zum Mitmachen und ein eigenes LehrerInnenservice.

Jump in:

www.generationblue.at

Der Umgang mit unserer wichtigsten Naturressource verlangt Verantwortung, Schutz und nachhaltigen Umgang. Dies bedingt ein unbedingtes Verständnis, Bewusstsein und Wissen in der Generation, die als nächstes die Zukunft des Wassers in Österreich bestimmen und formen wird – die Generation unserer Jugendlichen.



Generation Blue bietet SchülerInnen aus ganz Österreich über innovative Projekte und Kommunikationsmittel die Möglichkeit, sich umfassend über das gesamte Fachspektrum Wasser zu informieren. Ziel dieser Bildungsinitiative ist die nachhaltige Bewusstseinsbildung zum Lebensmittel Nr. 1 unter aktiver Beteiligung der LehrerInnen und SchülerInnen.

Neben umfassenden wasserspezifischen Informationsbereichen finden sich auf dieser Internetplattform aktuellste News aus dem Wasserbereich, Online-Games, Gewinnspiele, Projektaufträge, Downloads, ein eigenes LehrerInnenservice, uvm. Einen weiteren Schwerpunkt stellen nationale und regionale Schulprojekte dar, bei denen SchülerInnen und ihre LehrerInnen zur Teilnahme aufgefordert sind.

Generation Blue bietet SchülerInnen aus ganz Österreich über innovative Projekte und Kommunikationsmittel die Möglichkeit, sich umfassend über das gesamte Fachspektrum Wasser zu informieren.

Ein Projekt von Generation wurde nun auch international von der IWA mit dem „Marketing and Communications Award 2008“ ausgezeichnet: Die CD-Rom „Klare Aussichten“ ist eine für Jugendliche gestaltete CD-ROM, die die Leistungen und die Komplexität der Wasserversorgung über ausgewählte Berufsbilder aus diesem Bereich präsentiert. Sie zeigt damit, wie unterschiedlich und attraktiv die Aufgabenbereiche in der Wasserversorgung sein können. Alle Informationen über Generation Blue, die Schulprojekte und Bestellungen für die Materialien wie zum Beispiel die CD-Rom „Klare Aussichten“ erhalten Sie unter: **office@aqg.at**
Jump in:
www.generationblue.at



Die heutigen Preisträger des „Staatspreises für beispielhafte Waldwirtschaft“.

Beispielhafte Waldwirtschaft

Waldbauern ausgezeichnet

Seit 1994 vergibt das Lebensministerium den „Staatspreis für beispielhafte Waldwirtschaft“ an hervorragend wirtschaftende österreichische Waldbauern. Die diesjährige Preisverleihung fand Ende September 2008 im Impulszentrum Heffterhof in Salzburg im Rahmen des Österreichischen Waldbauerntages statt. Der heurige Kooperationspreis ging an die Waldwirtschaftsgemeinde Ried-Süd aus Oberösterreich. Die WWG besteht aus 307 Mitgliedern mit insgesamt 3105 Hektar Waldfläche.

Weiter Informationen dazu:
www.forstnet.at

Neue Broschüren

Folgende Broschüren können unter **http://publikationen.lebensministerium.at** bestellt werden oder stehen als Download zur Verfügung. Eine (kleine) Auswahl:

- ▶ Die Kraft des Wassers – Richtiger Gebäudeschutz vor Hoch- und Grundwasser“
- ▶ Hochwasserschutz: Ziele - Strategien – Maßnahmen
- ▶ Bundeswasserbauverwaltung - Jahresbericht 2007
- ▶ Fließgewässer erhalten und entwickeln - Praxisfibel zur Pflege und Instandhaltung
- ▶ Technische Richtlinien für die Bundeswasserbauverwaltung (nähere Infos dazu siehe: **http://wasser.lebensministerium.at/article/articleview/48809/1/14462**)



Am 17. November werden familienfreundliche Gemeinden ausgezeichnet

Familienfreundlichkeit vor den Vorhang

Die österreichischen Gemeinden arbeiten das ganze Jahr an Verbesserungen und dem Ausbau von Angeboten für ihre Bürgerinnen und Bürger. Seit mittlerweile drei Jahren steht ihnen zum Ausbau ihrer Familienfreundlichkeit das professionelle Werkzeug „Audit familienfreundliche Gemeinde“ zur Verfügung.

In einem Prozess, der sich circa über ein Jahr erstreckt, werden zuerst mit einer Projektgruppe die bereits bestehenden familienfreundlichen Maßnahmen erarbeitet. Unter Einbindung aller Generationen und politischen Fraktionen wird ein gemeinsamer Plan an Verbesserungen für die folgenden drei Jahre vorbereitet. Der Gemeinderat muss die Maßnahmen bestätigen, eine externe Begutachtung prüft den Ablauf des Prozesses und dann ist der Weg frei zum Gütesiegel für Familienfreundlichkeit.



Gemeindebundpräsident Helmut Mödlhammer, der mit seiner Gemeinde Hallwang bereits 2007 zertifiziert wurde, weiß um die Qualitäten des Auditprozesses: „Die Ergebnisse der Workshops sind besser als alle fremden Konzepte und Umfragen, denn beim Audit kommen die Bürgerinnen und Bürger selbst zu Wort.“

Kommen Sie zur Zertifikatsverleihung am 17. November! Sehen Sie selbst, welche Aktivitäten bereits in anderen Gemeinden gesetzt werden. Sprechen Sie mit Vertreterinnen und Vertretern anderer Gemeinden, die die erste Etappe zu mehr Familienfreundlichkeit bereits hinter sich gebracht haben!

Dr. Andrea Kdolsky, Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend



Feierliche Zertifikatsverleihung

Einer der Höhepunkte auf dem Weg zu mehr Familienfreundlichkeit in der Gemeinde ist die feierliche Zertifikatsverleihung, die einmal im Jahr durch die Familienministerin vorgenommen wird. Hier können die Beteiligten der Projektgruppe gemeinsam ihren Erfolg und das gemeinsam Erreichte feiern und werden für ihre Leistungen auch offiziell durch das Familienministerium gewürdigt.

Zertifikatsverleihung

17. November 2008

ab 18.00 Uhr

Parkhotel Schönbrunn

Hietzinger Hauptstraße 10-20
1130 Wien

Anmeldung:

E-Mail: bernhard.adamec@familienallianz.at

www.familienallianz.at

Weitere Informationen:
www.familienallianz.at



Eine mit dem Gesundheitspreis der Stadt Linz ausgezeichnete Initiative

Der kleine MUGG – Mir & Uns Geht's Gut

Das Pilotprojekt „Der kleine MUGG (Mir & Uns Geht's Gut)“ wurde von der Oberösterreichischen Gebietskrankenkasse ins Leben gerufen, um gesundheitlicher Benachteiligung von Volksschulkindern mit Migrationshintergrund entgegenzuwirken. Das Projekt wurde 2007 mit dem 1. Platz des Gesundheitspreises der Stadt Linz ausgezeichnet.

Ziel des Projekts war es, gemäß einem umfassenden Gesundheitsförderungsansatz, in Volksschulen mit einem hohen MigrantInnenanteil Maßnahmen zur Gesundheitsförderung zu implementieren. Unter Leitung der Oberösterreichischen Gebietskrankenkasse und unter Mitwirkung des Vereins Migrare, des Landesschulrats für OÖ, der VS 8 Goetheschule Linz und der Universität Linz sowie mit finanzieller Unterstützung durch den Fonds Gesundes Österreich wurden in einem interdisziplinär zusammengesetzten Team Unterstützungsangebote erarbeitet. Im Schuljahr 2007/08 wurden die Unterstützungsangebote in fünf oö. Volksschulen mit einem hohen Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund erprobt und den Anforderungen entsprechend weiterentwickelt.

Einbindung der LehrerInnen und Eltern

Laut Projektleiterin Mag. Sarah Sebinger (OÖGKK) zielte die Initiative sowohl auf die bestmögliche Nutzung und Aktivierung bereits bestehender Strukturen (Verhältnisorientierung) ab, als auch auf die Selbstaktivierung der Betroffenen, Kompetenzen zu den Themen Ernährung, Bewegung und psychosoziale Gesundheit im Setting aufzubauen (Verhaltensorientierung). Mit Bedacht auf die unterschiedlichen kulturellen und sprachlichen Hintergründe sollten in



Die zahlreichen Aktivitäten im Rahmen der Gesundheitsinitiative, wie die Laufveranstaltung, wurden von SchülerInnen und LehrerInnen gleichermaßen gut aufgenommen.

Form einer niederschweligen Herangehensweise nicht nur die Kinder zu diesen Themen sensibilisiert, sondern auch die LehrerInnen als MultiplikatorInnen geschult und die Eltern als wesentlicher Bestandteil einer gesundheitsfördernden Lebensweise eingebunden werden. Die entscheidende Rolle der Eltern wurde im Rahmen von Elternabenden thematisiert. „Besonders gute Erfahrungen“, erzählt Sarah Sebinger, „konnten bei der Durchführung eines Kochkurses zur 'orientalischen Küche', der für Mütter abgehalten wurde, gesammelt werden“.

Kindgerechte Aufbereitung

Um einen kindgerechten Managementkreislauf im alltäglichen Unterricht zu implementieren,

wurden von Seiten des Projektteams zwei Instrumente entwickelt: Ein Gesundheitskalender und ein Belohnungsplakat, auf dem Ziele festgehalten und anhand eines Ampelsystems (Smileys in den Farben rot, gelb und grün) beurteilt wurden. Mit Hilfe dieser Produkte gelang es auf spielerische Art und Weise, Gesundheitsziele für die Klasse zu formulieren, Umsetzungsmaßnahmen gemeinsam zu planen und durchzuführen sowie die erarbeiteten Ziele nach einer bestimmten Zeit zu überprüfen.

LehrerInnen-Fortbildung

Neben Grundlagen zur Gesundheitsförderung und zum Projektmanagement wurden den LehrerInnen auch sehr konkrete Umsetzungsbeispiele (z.B. Bewegungspausen, Entspannungsübungen) vermittelt. Zur weiteren Vertiefung wurde ihnen ein Projekthandbuch und den SchülerInnen ein Gesundheitsbuch zur Verfügung gestellt.

Positive Resonanz

Das Projekt wurde von der Universität Linz (Institut für Soziologie, Abteilung Empirische Sozialforschung) wissenschaftlich begleitet. Die vorläufigen Ergebnisse zeigen, dass die Unterstützungsleistungen von Seiten der LehrerInnen sehr positiv aufgenommen werden.

Information

OÖ Gebietskrankenkasse
FORUM GESUNDHEIT
Gesundheitsförderung und
Vorsorgemedizin
Mag. Sarah Sebinger
Tel: 05 7807-103502
schule@oegkk.at
www.oegkk.at

Wohnbau: Weltneuheit in Kärntner Gemeinde Techendorf

Erstes schwimmendes Passivhaus der Welt

Am Kärntner Weissensee ist seit kurzem eine Weltneuheit im Wohnbau zu besichtigen: Am Ufer des Weissensees wurde das weltweit erste „schwimmende“ Passivhaus ins Wasser gesetzt, das sich automatisch nach der Sonne ausrichtet. Das fünf mal 13 Meter große Gebäude ist also drehbar und kann sich in die Sonne oder von der Sonne wegbewegen. Als Passivhaus kommt es zudem ohne zusätzliche Energie aus. Die Projektent-

wickler rechnen mit einer 20-prozentigen Energiesparnis. Der besondere Clou: Es hat einen Schwimmkeller aus Holzleichtbauteilen. Dieser könnte auch in Hochwassergebieten bald alltagstauglich sein. Auch das Wohnen unter Wasser soll möglich gemacht werden: Durch den Einsatz von Glasflächen könnte man so die Unterwasserwelt gut beobachten. In den kommenden zwei Jahren werden Tests, vor allem bezüg-



Foto: Weissenseefoto

Hier über dem Weissensee schwimmt ein ganzes Wohnhaus.

lich Isolierung, am Passivhaus durchgeführt. Die Er-

kenntnisse daraus werden in den Prototyp einfließen.

Öko-Workshop: „Der Abfall des einen wird zum Rohstoff des anderen“

Abfallverwertung, die sich rechnet

Wer hätte gedacht, dass man aus Ziegelbruch Tennissand herstellen kann und sich Altholzabfälle in wertvolle Pellets verwandeln lassen? Diese und noch mehr interessante Projekte wurden beim Abschlussworkshop des Öko-Informationsclusters Mödling vorgestellt. Ziel dieses Informationsclusters ist es, Abfall sinnvoll als Rohstoff zu verwerten. An Reststoffen, die einer nachhaltigen Verwertung zugeführt werden sollen, mangelt es nicht: Altpapier und Kartonagen führen mit Glas und Sägenebenprodukten die

Hitliste der „neuen Rohstoffe“ an. Im Flüssigbereich geht es z. B. um Lösemittel, Lacke und Altöle sowie Brems- und Kühlflüssigkeiten. Eine Firma in Wiener Neustadt konnte bereits vom Workshop profitieren: 200.000 Liter Methanol pro Jahr wurden dort als Lösungsmittel verwendet, bis man die Idee hatte, das Methanol selbst aufzubereiten und wieder zu verwerten. Ein Filter befreit es von festen Verunreinigungen und Farbstoffen. Die Firma spart sich damit einiges an Geld – im Einkauf, und in der Entsorgung.



Recycling rentiert sich.

Biomasse: Tagung

14. Biomassetag in Grieskirchen

Angesichts der explodierenden Preise für fossile Energieträger steht die Menschheit vor großen Herausforderungen. Von 25. bis 26. November findet wieder der Österreichische Biomassetag, diesmal in Grieskirchen (OÖ), statt. Unter dem Titel „Die Biomasse in der Energiewende“ werden hochkarätige Referenten diskutieren und informieren. Anmeldung & Infos auf www.kommunalnet.at

Hochwasserschutz: Das größte Wasserrückhaltebecken

9,5-Millionen-Projekt realisiert

Die Stadtgemeinde St.Veit/Glan hat immer wieder mit Hochwasserschäden zu kämpfen. Nun wurde dort das größte Wasserrückhaltebecken Österreichs fertiggestellt. Ein 1400 Meter langer und 7,6 Meter hoher Damm wurde quer zum Glanfluss errich-

tet, das Rückhaltebecken fasst ein Volumen von 3,6 Millionen Kubikmeter Wasser. Damit werden entlang der Glan bis nach Maria Saal mehr als 300 Objekte geschützt. Die Stadtgemeinde investierte rund 9,5 Millionen in das Hochwasserschutzprojekt.



CONTIPOLE
Kompetenzzentrum für konische Aluminiumrohre

ALU-Verarbeitings GmbH
Industriepark 1, A-4843 Ampflwang
Telefon +43 (0) 7675 / 3631-14, Fax DW 32
www.contipole.at

Wettbewerb: Auszeichnung für nachhaltige Mobilität und effizienten Transport

VCÖ-Mobilitätspreis geht an „Alpine Pearls“

Beachtliche 278 Projekte nahmen am VCÖ-Mobilitätspreis 2008 teil. Als Gesamtsieger ging „Alpine Pearls“, die wohl größte touristische Kooperation im Alpenraum, hervor.

Die 22 Tourismusgemeinden in sechs Alpenstaaten (Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich, Slowenien und Schweiz) bekennen sich per Vertrag zu umweltfreundlicher Mobilität, zur Einhaltung strenger Kriterien und rücken die sanfte Mobilität in den Vordergrund. Mit einem Spezial-



Alpine Pearls bekamen Auszeichnung für sanft-mobilen Urlaub.

ticket für Postbus und ÖBB kann man die drei Mitglieders-„Perlen“ in Öster-

reich – Werfenweng, Hinterstoder und Neukirchen – unlimitiert besuchen.

Tirol: Verkehrspolitik

„Gemeinde mobil“ in Innsbruck

Das Klimabündnis Tirol lädt am 26. November 2008 zur Impulsveranstaltung „Gemeinde mobil“ nach Innsbruck ein. Dabei wird eine Vielzahl von Beispielen zukunftsweisender Verkehrspolitik präsentiert. www.klimabuendnis.at

ÖWAV: Wettbewerb für Nachwuchsköpfe

16.000 Euro ausgeschrieben

Der Österreichische Wasser- und Abfallwirtschaftsverband (ÖWAV) feiert 2009 sein 100-Jahr-Jubiläum und lädt unter dem Motto ZUKUNFT DENKEN Nachwuchsköpfe zwischen 16 und 35 Jahren ein, visionäre Zukunftsszenarien für das Jahr 2050 in den Kate-

gorien „Wasser/Abwasser“ bzw. „Abfall“ zu verfassen. Insgesamt werden Preisgelder in der Höhe von 16.000 Euro vergeben. Die Einreichfrist für den Wettbewerb „Future Lounge“ ist am 31. Jänner 2009. Mehr Infos und Kontakt unter www.oewav.at

Klima- und Energiefonds

Geldregen für Fertighäuser

Die Forcierung innovativer erneuerbarer Energien ist ein wesentliches Ziel des Klima- und Energiefonds. Nun wurde die Förderaktion „Gebäudeintegrierte Photovoltaik“ gestartet – mit einem Fördervolumen von 3 Millionen Euro. Angesprochen sind HerstellerInnen von Photovoltaik-Gebäudeelementen und FertighausanbieterInnen. „Mit dieser Aktion werden Serien-Fertighäuser zu kleinen eigenständigen Kraftwerken! PV-Module übernehmen in Zukunft eine oder mehrere Gebäudefunktionen, sei es als Dachfläche, Fassade, Balkonverkleidung oder gar als Sonnenschutz“, so Ingmar Höbarth, Geschäftsführer des Klimafonds. „Die KonsumentInnen werden bereits 2009, mit speziellen Unterstützungen im Rahmen eines PV-Förderprogramms, Fertighäuser mit integrierter Photovoltaik schlüsselfertig kaufen können.“ Mehr Informationen finden Sie auf www.klimafonds.gv.at

**DIE EINFACHSTE MÖGLICHKEIT,
DAS ANGENEHME MIT DEM NÜTZLICHEN
ZU VERBINDEN:**

**ONLINE BÜROARTIKEL & DRUCKSORTEN BESTELLEN
UND THERMENLAND-GUTSCHEINE GEWINNEN.**

*Jetzt bestellen
und gewinnen!*

www.kommunalbedarf.at
Der 24-Stunden Online-Shop für Gemeinden

Teilnahmeschluss ist der 31. Dezember 2008. Unter allen, in diesem Zeitraum getätigten, Bestellungen über www.kommunalbedarf.at wird monatlich ein Wellness-Gutschein für 2 Personen verlost. Der Rechtsweg und Barauszahlungen sind ausgeschlossen. Über die Gewinne entscheidet das Los.

IMMORENT bietet „Immobiliencheck“ für Gemeinden

Rentabilität auf dem Prüfstand

Gestärkte Liquidität gehört zu den Grundbedürfnissen für Gemeinden, denn es ermöglicht Ihnen, neue Projekte zu realisieren oder bestehende erfolgreich weiterzuführen. Deshalb hat sich IMMORENT darauf spezialisiert, für Gemeinden Leasing und intelligent strukturierte Finanzierungen mit Erfolg einzusetzen.

Angeboten werden zahlreiche maßgeschneiderte Formen des Leasings und Sonderfinanzierungsmodelle, und jetzt neu und exklusiv der „Immobiliencheck“. Im Zuge des Immobilienchecks analysiert der IMMORENT Gemeinde-Betreuer sämtliche Immobilien- und Liegenschaftsbedürfnisse der Gemeinde und berät sie umfassend: von der Standortsuche für kommunale Einrichtungen bis zur Flächenoptimierung, bei Neu- oder Umbauten, oder bei der bestmöglichen Veräußerung bestehender Immobilien. Die IMMORENT-Berater wissen auch Bescheid, wie Flächen und Grundstücke dauerhaft für die Gemeinde gesichert werden können, z. B. mit der IMMORENT Liegenschaftsentwicklung.



Finanziert mit IMMORENT-Leasing: Das Feuerwehrhaus in Neusiedl am See.

Liegenschaftsentwicklungsmodelle, die alle zum Ziel haben, dass Gemeinden weiterhin auf die Entwicklung der Liegenschaften Einfluss nehmen können, ohne diese als Investor selbst finanzieren zu müssen bzw. das Gemeindebudget zu belasten. Die Gemeinden profitieren dabei vom umfassenden Know-how der IMMORENT, von einer möglichen Finanzierung der Liegenschaftsentwicklung und vielen anderen Vorteilen.

Immobiliencheck: So geht's

„Gemeinden tragen eine große Verantwortung für die wirtschaftliche Zukunft und die Lebensqualität der Menschen, besonders wenn es um die Immobilienstrategien geht. Die IMMORENT ist hier gerne Partner, und hilft mit ihrem breiten Know-how und individuellen Dienstleistungen, das Optimum zu erreichen“, erläutert Mag. Brigitte Bruckmüller die Motive

für den Gemeinden-Immobiliencheck. Gemeinden, die sich für einen Immobiliencheck interessieren, wenden sich an ihren IMMORENT-Betreuer bzw. kontaktieren dazu die IMMORENT telefonisch oder per Email mit dem Betreff „Immobiliencheck“. In einem Beratungstermin wer-



Mag. Brigitte Bruckmüller ist Geschäftsführerin der IMMORENT Österreich.

den Chancen und Rentabilitätsaspekte der Gemeindeimmobilien individuell durchleuchtet.

IMMORENT Liegenschaftsentwicklung – das ist die ideale Möglichkeit, Grundstücke, die für die Entwicklung des Gemeindegebietes von großer Bedeutung sind, gemeinsam zu erschließen und zu verwerten.

Liegenschaftsentwicklung ist Gemeindeentwicklung

IMMORENT Liegenschaftsentwicklung – das ist die ideale Möglichkeit, Grundstücke, die für die Entwicklung des Gemeindegebietes von großer Bedeutung sind, gemeinsam zu erschließen und zu verwerten. IMMORENT bietet zahlreiche

Information

IMMORENT AG
Mag. Brigitte Bruckmüller
Geschäftsleitung Österreich
Windmühlgasse 22-24
1060 Wien
Tel.: 05 0100/27260
office@immorent.at
www.immorent.at

Forum Qualitätspflaster: Internetauftritt und Expertenveranstaltung

Noch mehr Fachwissen zu Betonpflaster

www.fqp.at – das Informationsportal des Forums Qualitätspflaster präsentiert sich mit neuen überarbeiteten Inhalten und übersichtlichen Berichten zu Betonpflastersystemen. „Der Internetauftritt des Forums Qualitätspflaster auf www.fqp.at ist eine unserer wichtigsten Plattformen,

um öffentliche Entscheidungsträger über Betonpflastersysteme und die Pflasterbauweise zu informieren“, erläutert Gabriela Pretz-Preza, verantwortlich für die Kommunikation des Forums Qualitätspflaster, die Beweggründe für den Relaunch. Neu hinzugekommen sind Artikel zu Betonsteinen, technischen Grundlagen und zum Thema Nachhaltigkeit. Bauher-

ren können sich über die Newsletterfunktion zu aktuellen Berichten anmelden.

Expertenforum Beton zu hochbelasteten Verkehrsflächen

„Hochbelastete Verkehrsflächen aus Beton“ – das ist das Thema des Expertenforums Beton, das am 13. November 2008 im Architekturzentrum in Wien in Kooperation mit dem Forschungsinstitut der Zementindustrie stattfindet. Aufgrund immer höher werdender Belastungen berichten Experten über innovative Ansätze aus der Praxis, richtige Planung und fachgerechte Ausführung. Mehr Infos auf www.fqp.at



Information

Forum Qualitätspflaster
c/o Verband Österreichischer Beton- und Fertigteilwerke
Kinderspitalgasse 1/3
1090 Wien
Tel. 01/403 48 00 20
Email: info@fqp.at
Web: www.fqp.at

E.E.



Auf www.fqp.at erhalten Bauherren und Planer sachliche, technische und kompetente Informationen rund um das Thema Betonsteine.

Mag. Gabriela Pretz-Preza,
Forum Qualitätspflaster über die Funktionen der Website

Rauch streut Sicherheit!

Streutechnik für Splitt, Sand und Salz

Für sichere Gehwege, Straßen und Parkplätze bietet Rauch ein ideal abgestuftes Sortiment von Anbaustreuern und Nachläufern.

Universalstreuer UKS

Stufenlos dosierbare Streumenge, abklappbarer Edelstahlboden für Restmengenentleerung und Reinigung.



Anbaustreuer SA

Streubreiten von 0,8 bis 6 m, einfache Streumengeneinstellung und exakte Dosierung. Spezial-Rührwerke sorgen für störungsfreien Auslauf von Splitt, Sand und Salz.



RAUCH
wir nehmen's genau

Informationen bei Ihrem Rauch Vertriebspartner oder bei Rasenpflege & Kommunal Maschinen A-3130 Herzogenburg • Tel.: 02782 / 83 222

www.rkm.co.at

MAASTRICHT SERVICE

Leasingfinanzierungen verringern den öffentlichen Schuldenstand. Fragen Sie Österreichs Spezialisten für kommunale Leasingprojekte.

E-Mail: anfrage@kommunal-leasing.at
www.kommunal-leasing.at

KOMMUNAL LEASING

Saubermacher organisiert Batterieabholung im Handel Ohne zusätzlichen Kosten

Im Zuge der neuen Batterieverordnung ist der Handel verpflichtet, Altbatterien unentgeltlich zurückzunehmen, auch wenn keine neuen Batterien gekauft werden.

Saubermacher gewährleistet in Kooperation mit den teilnehmenden Sammelsystemen die Rücknahme und führt sie dann einer ordnungsgemäßen Verwertung zu. Es hätte auch rechtlich die Möglichkeit gegeben, alle Outlets des Handels zu



Durch das konstruktive Zusammenwirken aller Beteiligten kann die kostenfreie Abholung der alten Gerätebatterien beim Einzelhandel auch in Zukunft sichergestellt werden.

Anfallstellen zu machen. Damit hätte man zwar erreicht, dass die Sammel- und Verwertungssysteme

die zurückgenommenen Altbatterien ohne gesonderte Verrechnung abholen müssen. Der Preis dafür

wäre jedoch hoch gewesen. Solche Anfallstellen sind nämlich mit einer Reihe von Melde- und Dokumentationspflichten belastet. Somit wäre dem Handel zusätzlicher Verwaltungsaufwand entstanden.

Durch das konstruktive Zusammenwirken aller Beteiligten kann die kostenfreie Abholung der alten Gerätebatterien beim Einzelhandel auch in Zukunft sichergestellt werden. Für den Handel bedeutet das auch, dass die bisherige Sammlung mit einer eigenen Batteriesammelbox unverändert bleibt. Mehr auf www.saubermacher.at

MAN Nutzfahrzeuge Vertrieb Süd AG
Ein Unternehmen der
MAN Nutzfahrzeuge Gruppe



Neues Buch bietet einen Leitfaden für Bürgeraktivitäten und Projekte

Miteinander Bürger gewinnen



Der Schlüssel für eine erfolgreiche Kommunalpolitik liegt in einer möglichst breiten Beteiligung der Bürger. Das Buch „Miteinander Bürger gewinnen“ zeigt Möglichkeiten auf, wie Bürger auf breiter Basis in Aktivitäten und Entscheidungsprozesse eingebunden werden können und eine aktive Bürgerbeteiligung gelebt werden kann. So wird u.a. behandelt, wie man Kandidaten für politische Aufga-

ben findet. Das Buch liefert anhand von Beispielen Anleitungen

- ▶ wie Interessierte zu Arbeitskreisen zusammengefasst werden,
- ▶ wie die Zusammenarbeit innerhalb der Gruppen funktioniert,
- ▶ wie gemeinsame Ziele erarbeitet,
- ▶ wie Mitwirkende motiviert und
- ▶ Projekte effizient umgesetzt werden.

Das Buch

Robert Moser/Karl Sieghartsleitner/Hans Lichtenwörther: „Miteinander Bürger gewinnen!“
ISBN 978-3-214-00368-5
Manz Verlag
Preis: 24 Euro
318 Seiten
Bestellung:
bestellen@manz.at
www.manz.at

Der MAN im Wintereinsatz.

Der neue TGS mit
MAN PM-Kat[®]

Der neue TGS von MAN. Truck of the Year 2008.

Made in Austria-Nutzfahrzeuge: Leise, sauber, zuverlässig und wirtschaftlich.

Der neue TGS von MAN. Mit überragender Traktion - und dabei dem größten Komfort seiner Klasse. Erfüllt Euro 4.

Ob Winterdienst, Müllabfuhr oder Kanalreinigung - mit österreichischem Know-how ist der MAN schnell, sicher und sauber auch im schwersten Einsatz.

Überzeugen Sie sich selbst:

www.man-mn.at

Transport worldwide. Powered by MAN.

MAN Nutzfahrzeuge



Innovative Straßenbeleuchtung für Gemeinden

Mehr Licht – mehr Sicherheit

Licht schützt Leben, Licht gibt Sicherheit. Helle und sichere Verkehrs- und Fußwege stehen bei der Bevölkerung weit vorne auf der Wunschliste. Fehlende oder schlechte Beleuchtungen stellen ein unnötiges Sicherheitsrisiko dar.

Durch die Verwendung modernster Beleuchtungstechnik werden Straßen, Plätze, Sehenswürdigkeiten und Geschäfte wieder ins rechte Licht gerückt. Die Investitionen in neue Beleuchtungstechnik amortisieren sich in der Regel schon nach kurzer Zeit.

Budget und Umwelt schonen

Neue innovative Lichtkonzepte im Bereich der öffentlichen Beleuchtung offerieren den Kommunen effektive Möglichkeiten, vergleichbare Leuchtstärken mit bis zu 40 Prozent weniger Energie zu erzeugen. Parallel dazu ermöglicht die zukunftsweisende Powerline-Technologie der LINZ AG allen Kunden eine individuelle, kosteneffiziente Steuerung einzelner Lichtpunkte. Durch die um 25 bis 50 Prozent geringeren Stromkosten und der um bis zu 3-fachen Lebensdauer der Leuchtmittel amortisieren sich die Investitionskosten bereits nach kurzer Zeit. Danach entlasten die Energieeinsparungen das Budget nachhaltig und die Umwelt wird durch nachgewiesene reduzierte CO₂-Emissionen geschont. Licht- und Beleuchtungscontracting sind nur einige beispielhafte Bezeichnungen für Finanzierungsmodelle, wo Neubau- und Sanierungsmaßnahmen im Bereich der öffentlichen Beleuchtung über Energieeinsparungen refinanziert werden.



Effiziente und innovative Lichtkonzepte der LINZ STROM GmbH für alle öffentlichen Bereiche in Gemeinden.

sind wesentliche Eckpfeiler der Firmenphilosophie der LINZ AG. Größter Wert wird daher bei der Projektausführung auf die Einbindung der Verantwortungsträger in den Gemeinden gelegt. Die Projektabwicklung wird in enger Kooperation mit örtlichen Partnerunternehmen und Gewerbetreibenden durchgeführt. Damit wird ein wesentlicher Beitrag zur Förderung der oberösterreichischen Wirtschaft geleistet.

Flexible Lösungen – alles aus einer Hand

Die LINZ STROM GmbH bietet als kompetenter Partner im Bereich öffentliche Beleuchtung (Straßen, Wege, Plätze, Parkhäuser, Parkanlagen, ...) maßgeschneiderte Komplettlösungen in Verbindung mit intelligenten Mehrwertsystemen und einem Rund-um-die-Uhr-Service an.

Fact Box



Der LINZ STROM GmbH Service

Beratung und Planung

- ▶ Individuelle Gestaltung nach Kundenwunsch
- ▶ Bereits im Vorfeld realistische Darstellung durch Fotomontagen
- ▶ Weihnachtsbeleuchtung

Optimierung bestehender Anlagen

- ▶ Kostenlose Grobanalyse (Auswertung beigestellter Unterlagen)
- ▶ Feinanalyse mit konkreten Maßnahmen, Einsparpotenzial, Investitionskosten, Amortisationsrechnung und Präsentation

Neuerrichtung

- ▶ Langjährige Erfahrung in Konzeption, Planung und Umsetzung von Neubauprojekten der öffentlichen Straßenbeleuchtung garantiert den Kunden höchste Qualität, Energieeffizienz und Wirtschaftlichkeit

Maßgeschneiderte Finanzierungskonzepte

- ▶ Finanzierungsmodelle unter Berücksichtigung von Fördermöglichkeiten

Betrieb und Instandhaltung

- ▶ Überprüfung der Beleuchtung auf Funktion und Normerfüllung
- ▶ Kontrolle der Installation sowie von Schutz- und Schalteinrichtungen
- ▶ Reinigung der Leuchten
- ▶ Überprüfung der Masten und Seilüberspannungen
- ▶ Ortung und Behebung von Kabelfehlern

Umweltfreundliche, zukunftsweisende Technik

- ▶ Individuelle, energieeffiziente Lichtpunktsteuerung mittels Powerline-Technologie (nach Kundenwunsch)
- ▶ Erfassung der Anlagen in digitaler Form (GIS)
- ▶ Einsatz der neuen NATURLICHT-LED-Leuchte der LINZ STROM GmbH (Kombination von Solarenergie und moderner LED-Technologie)

Aus der Region für die Region

Zuverlässigkeit, Vertrauen und Partnerschaft

Information

LINZ STROM GmbH
 DI Werner Berger
 Tel.: 0732/3400-6375
 E-Mail: w.berger@linzag.at
 Web: www.linzag.at

Im Winter sicher auf den Straßen unterwegs

Revolutionäre Technik mit pewag Uni-Move

Wirtschaftlichkeit ist das Gebot der Stunde, nicht zuletzt auch für die Kommunen. Mit der neuen Schneeräumkette „Uni-Move“ von pewag lässt sich diese Vorgabe leichter erfüllen: sie sorgt für besseren Grip auf Eis und Schnee und damit für effizienteres Arbeiten, punktet durch ihre lange Lebensdauer und überzeugt durch die einfache Montage. Die Uni-Move wurde von pewag, dem weltweit führenden Kettenhersteller, von Grund auf neu entwickelt. Einfache Montage, hohe Sicherheit bei größtmöglicher Wirtschaftlichkeit stand im Pflichtenheft

für die neue Kette, die vor allem bei der Schneeräum-



Damit ist bester Grip auf Eis und Schnee garantiert: pewag-Schneeketten erhalten Sie im guten Fachhandel.

mung, auf Baustellen und beim Militär zum Einsatz kommt.

Verbesserte Traktion für effizientes Arbeiten

Die neu konzipierten Kettenglieder mit gewellter Oberfläche ergeben einen Druckverteilungseffekt, der die Traktion auf Eis und Schnee wesentlich verbessert. Das innovative Netzmuster mit nebeneinander liegenden Fünf- und Sechsecken deckt die komplette Reifenlauffläche ab. Das garantiert einen perfekten Sitz am Reifen, sorgt für optimale Laufruhe und schont dadurch Mensch und Maschine. Die Kettenglieder weisen einen Rechteckquerschnitt auf (7 mm breit, 8,2 mm hoch), was bessere Ver-

schleißwerte bringt und die Lebensdauer erhöht. Darüber hinaus gewährleisten das bewährte pewag Titan-Grip-Material und ein perfekt abgestimmtes Härteverfahren Top-Qualität für viele Jahre.

Information

pewag Schneeketten GmbH und Co KG - Schneeketten
Bahnhofgürtel 59
A-8020 Graz
Tel. 0316/60 70-0
Fax: 0316/60 70-100
schneeketten@pewag.com
www.pewag.com

E.E.

Vielfältige Aufgaben und modernes Erscheinungsbild

Neues Outfit für Verkehrsverbund Ost-Region (VOR)

Der Verkehrsverbund Ost-Region (VOR) ist seit 1984 in Betrieb und ist damit der älteste Verkehrsverbund Österreichs.

Besonders wichtig für die Bevölkerung in der Region ist die Sicherung der Anschlüsse. Der VOR stimmt die Öffis optimal aufeinander ab, wobei die Anforderungen sehr komplex sind. So stehen Bus und Bahn beispielsweise im Zuge der Schülerbeförderung durch die autonome Schulzeitregelung alljährlich vor großen Herausforderungen. Auch in Niederösterreich gibt es stetig Zuwächse bei der Öffi-Nutzung, besonders bei den Pendlern. Dies ist insofern bemerkenswert, als auch die Anzahl der zugelassenen PKW stän-

dig steigt. Durch einen neuen Markenauftritt sollen nun die Leistungen und Angebote des VOR noch besser wahrgenommen werden.



Die Wiener Vizebürgermeisterin Renate Brauner und der niederösterreichische Landeshauptmann-Stv. Ernest Gabmann präsentierten das neue Logo des Verkehrsverbund Ost-Region.

Liebe Kommunal-Politiker! Sollten Sie sich Sorgen um Ihre Wiederwahl machen, hier was zur Beruhigung:

Kommunal-Leasing, Finanzierungsvorteile bei Immobilien, Fuhrparks und Maschinen. Spezielle Modelle für Infrastruktur-Einrichtungen, kostenlose Beratung. Balsam für Ihre Ohren? Herrn Mag. Heneis anrufen. Unter (01) 716 01-8070, oder E-Mail schreiben: leasing@rl.co.at

www.raiffeisen-leasing.at

Leasing



BMA Bodenmarkierungs GmbH setzt auf hochwertige Materialien

Mehr Sicherheit auf Rad- und Schutzwegen

Radwege, die nicht baulich von Straßen getrennt sind, stellen ein besonderes Sicherheitsproblem dar. Eine Trennung durch weiße Begrenzungs- oder Leitlinien von der Fahrbahn bietet in vielen Fällen zu wenig optischen Schutz, da diese Markierungen einem sehr starken Verschleiß unterliegen. Bewährt hat sich hingegen die Ausführung der Radwege in roter Beschichtung. Die BMA Bodenmarkierungs GmbH & Co KG bietet ein speziell für diesen Anwendungsbereich entwickeltes Material an, das allen Anforderungen gerecht wird. Es handelt sich dabei um ein Drei-Komponenten-Material, das mit durchgefärbten roten Granulaten aufgespritzt wird, starken Beanspruchungen



Nur gut sichtbare Rad- und Schutzwege mit langer Farbhaltbarkeit gewährleisten nachhaltig Schutz.

standhält, eine lange Lebensdauer hat und trotzdem durch den besonders günstigen Preis überzeugt. Die Kostenvorteile gegenüber anderen Materialien, die händisch aufgespachtelt werden müssen, bestehen in der rationellen, maschinellen Aufbringungsmethode. Bei BMA macht man



sich laufend Gedanken über die Erhöhung der Sicherheit durch Markierungen. So hat BMA in Oberösterreich die ersten Rot-Weiß-Roten Schutzwege aufgebracht, die nun nach 5 Jahren noch immer voll funktionsfähig sind und durch die eigens entwickelte Struktur hervorragende Reflexionswerte aufweisen und Rutschsicherheit in hohem Maße gewährleisten.

Information

BMA Bodenmarkierungs GmbH & Co KG
Tel.: 0732/370 1000
E-Mail: office@bodenmarkierung.at
Web: www.bodenmarkierung.at

E.E.



Unser Fertigungsprogramm:

- SchneefräsSchleudern für Fahrzeuge von 20 bis 350 PS Motorleistung
- Konstruktion & Entwicklung von Komponenten für Winterdienst & Pistenservice
- Sonderkonstruktionen
- Stahl- und Blechzuschnitte



WESTA GmbH
Am Kapf 6
D-87480 Weitnau
Tel.: 0049 (0) 8375 / 531
Fax: 0049 (0) 8375 / 532
www.westa.de
info@westa.de

Weniger Unfälle durch bessere Information

Robot zählt Verkehr objektiv

Jede Gemeinde hat ihre Rennstrecken – Aber kennen Sie auch die gefährlichen Spitzengeschwindigkeiten, die Anzahl der Fahrzeuge, den LKW-Anteil, die V85-Geschwindigkeit, die Verkehrsbelastung an Werktagen, am Wochenende und in der Nacht? Erst die objektiven Informationen eines Verkehrsstatistikgerätes ohne Tempodisplay geben Ihnen die Gewissheit über die tatsächliche Situation am betreffenden Strassenabschnitt und erlauben Ihnen, damit gezielte Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit zu setzen. Robot liefert neben Verkehrsstatistikgeräten



und Tempodisplays auch mobile und stationäre Radargeräte, Rotlichtkameras für Ampelkreuzungen und die Auswertesoftware mit der digital

len Anzeigenübertragung an die Behörde. Wir unterstützen Sie gerne vor Ort, um für Sie eine optimale Lösung zu finden.

Information

Robot Visual Systems
Ing. Ralf Larcher
1230 Wien
Tel. 01/6982133-12
Fax: 01/6982133-22
ralf.larcher@robot.co.at

E.E.

Mehrfachnutzen für Radlader dank ZAUGG-Monoblock-Schneefräserschleudern Zuverlässiger Winterdienst

Eine preisgünstige und effiziente Alternative zu den selbstfahrenden Einzweck-Schneefräserschleudern sind die autonomen ZAUGG-Monoblock-Schneefräserschleudern für den Radlader Einsatz. Diese Monoblock-Aggregate werden in fünf Grössen mit Breiten von 2,0 bis 3,3 m und Antriebsleistungen von 70 bis 600 PS hergestellt. Die Aggregate können von einem Mann mit wenigen Handgriffen an den hydraulisch verriegelbaren Schnellanschluss des Radladers angehängt werden. Da die Monoblock-Aggregate vollkommen autonom sind, muss dann nur noch der Stecker des Verbindungskabels zu der im Führerstand des Radladers installierten Bedienungseinheit (mit Joystick und Mo-



Das grösste Monoblock-Modell (600 PS) von ZAUGG im Einsatz auf dem Donnerpass in den Rocky Mountains. Das ZAUGG-Monoblock-Steuersystem garantiert eine komfortable und individuell abgestimmte Bedienung.

torüberwachung) eingesteckt werden. Dadurch ist es möglich, in sehr kurzer Zeit den Radlader auf weitere Geräte wie ZAUGG-Schneepflug, Eisaufrau-gerät, Schneeschaukel, Ladeschaukel usw. umzurüsten. Durch die Kombination des Radladers mit

Schneeräumgeräten kann diese teure Baumaschine während der Winterpause trotzdem wirtschaftlich genutzt und Standkosten gespart werden. Die Knicklenkung verleiht dem Radlader mit dem Monoblock-Aggregat eine gute Beweglichkeit und Einsatzfähigkeit auch

bei engen Verhältnissen wie z. B. in schmalen, tiefen Schneisen. Da die Tragarme sehr hoch angehoben werden können, ist ein Fräsen in Stufen möglich. Zum Verladen von Schnee gibt es verschieden lange Verlade-schachte. Alle Fräserschleuderaggregate sind nach dem bewährten 2-Stufen-System mit Überlastkupp-lungen, welche bei Hinder-nissen die Fräshaspeln vor Bruch sichern, ausgerüstet.

Information

ZAUGG AG EGGIWIL
Holzmatt
CH-3537 Eggwil
T: 0041 (0)34 491 81 11
F: 0041 (0)34 491 81 71
info@zaugg-ag.ch
www.zaugg-ag.ch

E.E.

POWER

für Strasse, Schiene und Piste!

Unsere Produkte sind umwelt-freundlich und weltweit führend.

ZAUGG AG EGGIWIL
CH-3537 Eggwil
Tel. 0041 (0)34 491 81 11
www.zaugg-ag.ch

Gemeinden sorgen auch im Winter für Verkehrssicherheit

Aber nichts hilft bei falscher Geschwindigkeit

Die stabile und sichere Bewegung eines Straßenfahrzeuges hängt von den Reibungskräften ab, die zwischen den Reifen und der Fahrbahnoberfläche wirken.



Verkehrssicherheit im Winter stellt für Österreichs Gemeinden eine besondere Herausforderung dar. Die kommunalen Winterdienste leisten in der kalten Jahreszeit einen enormen und nicht hoch genug einzuschätzenden Beitrag zur Sicherheit im Straßenverkehr.

DI Dr. Rainer Kolator

Schnee, Matsch und Glatteis sorgen für winterliche Fahrbahnverhältnisse, die das Unfallgeschehen beeinflussen. Neben defensivem Fahrverhalten kommt es während der kalten Jahreszeit vor allem auch auf eine entsprechend präparierte Fahrbahn an. Der Winterdienst der Gemeinden leistet mit seinen zahlreichen Mitarbeitern einen entscheidenden Beitrag, um die Sicherheit auf Österreichs Straßen auch bei Eis und Schnee zu gewährleisten.

Die Leistungen der Winterdienste

Die stabile und sichere Bewegung eines Straßenfahrzeuges hängt von den Reibungskräften ab, die zwischen den Reifen und der Fahrbahnoberfläche wirken. Griffigkeit und Zustand der Fahrbahnoberfläche sind für die Übertragung der Reibungskräfte ausschlaggebend: Trockene und saubere Oberflächen bieten eine höhere Reifenhaftung als nasse, verschmutzte oder gar vereiste. Hauptaufgabe der Räum-, Streu-, Bereitschafts- und Alarmierplanung ist es, trotz winterlicher Verhältnisse für eine Erhöhung der Reibung zwischen Reifen und Fahrbahn und somit der Verkehrssicherheit zu sorgen. Dabei steht die Räumung und bei Hauptverkehrsstraßen auch

die Streuung unterschiedlicher Streustoffe im Vordergrund. Glättebildung soll nach Möglichkeit vermieden werden, entstandene Glätte nach besten Kräften beseitigt oder ihre Auswirkungen auf den Verkehr gemildert werden. Neben dem Sicherheitsaspekt spielen zusätzlich noch zwei weitere Faktoren eine Rolle – die Wirtschaftlichkeit und der Umweltschutz. Abhängig von den drei Kriterien Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz, werden folgende Streuarten unterschieden:

Tauende Streustoffe

Mit tauenden Streustoffen ist die Streuung mit Salz gemeint. Der große Vorteil der Salzstreuung ist, dass Glätte beseitigt wird. Salze lösen sich in Wasser, setzen den Gefrierpunkt der Lösung herab und bewirken so das Auftauen von Schnee oder Eis auf der Fahrbahn – eine feuchte

Hauptaufgabe der Räum-, Streu-, Bereitschafts- und Alarmierplanung ist es, trotz winterlicher Verhältnisse für eine Erhöhung der Reibung zwischen Reifen und Fahrbahn und somit der Verkehrssicherheit zu sorgen.

Fahrbahn entsteht. Salzstreuung führt somit zu einem schnellen und starken Rückgang des Unfallrisikos. Im Vergleich zur Splittstreuung sorgen tauende Streustoffe für geringe Unfallfolgekosten, das heißt auch der volkswirtschaftliche Nutzen wird hier positiv berücksichtigt, obwohl das Salz selbst teurer ist

Beim Winterdienst steht die Räumung und bei Hauptverkehrsstraßen auch die Streuung unterschiedlicher Streustoffe im Vordergrund. Glättebildung soll nach Möglichkeit vermieden werden.

als beispielsweise Splitt. Negative Auswirkung hat die Salzstreuung auf die Umwelt, da es Schäden an der Vegetation zur Folge haben kann. Während an Außerortsstraßen Pflanzenschäden vorwiegend durch das Versprühen von salzhaltigem Schmelzwasser entstehen, wirkt das Tausalz im innerörtlichen

Art und Ausmaß der Pflanzenschäden sind vor allem von der Salz-, Niederschlagsmenge und -verteilung abhängig. Je nach Art verfügen Pflanzen auch über eine Salztoleranz.

Bereich fast ausschließlich über den Boden. Art und Ausmaß der Pflanzenschäden sind vor allem von der Salz-, Niederschlagsmenge und -verteilung abhängig. Je nach Art verfügen Pflanzen auch über eine Salztoleranz. So liegt beispielsweise die Salztoleranz von Gräsern über der von Gehölzen, bei denen wiederum Nadelbäume empfindlicher als Laubbäume reagieren. Salztolerante Bäume sind z.B. Platanen. Die Belastung des Bodens mit Tausalz ist in der Regel reversibel. Auch an der Fahrbahn, an Bauwerken und Fahrzeugen können tauende Streustoffe Schäden verursachen.

Abstumpfende Streustoffe

Der Einsatz abstumpfender Streustoffe (Splitt) eignet sich vor allem im untergeordneten Straßennetz und innerorts bei

geringem Geschwindigkeitsniveau. Splitt erhöht die Griffigkeit winterglatter Fahrbahnen auf mechanischem Weg. Die Reibung kann je nach Fahrbahnzustand, Streudichte sowie Verkehrsbelastung und Geschwindigkeit für gewisse Zeit erhöht werden. Die Wirksamkeit hängt auch von Kornform und -oberfläche ab – sie ist umso besser, je kantiger die Körner sind. Bei Eis und Reifglätte sind abstumpfende Streustoffe jedoch nahezu wirkungslos. Die Unfallrate nimmt nach der Splittstreuung deutlich ab, liegt aber noch erheblich über jener bei salzgestreuter Fahrbahn. Nachteil von Splitt ist, dass er von den Fahrzeugen an den Straßenrand geschleudert wird und daher nur begrenzt wirksam ist. Auch besteht die Gefahr, dass die Wirkung vom Lenker überschätzt wird. Denn Splitt suggeriert höhere Griffigkeit, worauf viele Lenker mit höherer Geschwindigkeit reagieren – der Sicherheitsgewinn wird aufgehoben. In Sachen Umwelt ist die Streuung mit Splitt nicht das Beste: Entwässerungsanlagen können verstopft und angrenzende Grünflächen verunreinigt werden. Nach dem Ende der Winterperiode müssen abstumpfende Stoffe wieder aufgenommen und abtransportiert werden. Verbleibt der Splitt auch nach dem Winter, kann dadurch die Verkehrssicherheit von Zweiradfahrern beeinträchtigt werden. Streuung und Abtransport sind sehr aufwändig, was sich bei

den Kosten enorm bemerkbar macht.

Nullstreuung

Als Nullstreuung wird die Schneeräumung ohne die Verwendung weiterer Streumittel bezeichnet. Die Wahl der Räumgeräte (Pflug, Schleuder, Fräse) richtet sich nach dem Räumzweck, der Schneehöhe und der Schneebeschaffenheit. Frühzeitiger Räumeeinsatz schon bei geringen Schneehöhen vermindert die Gefahr, dass Schnee auf der Fahrbahn festgefahren wird. Im verbauten Gebiet ist die Räumung auf Fahrbahnen gegenüber freien Strecken erschwert: Erforderliche Flächen für die Schneeablagerung am Fahrbahnrand fehlen. Bei der Null-



Bei der Nullstreuung besteht die Gefahr, dass an einigen Stellen trotzdem Glätte herrscht. Tendenziell sind eine geringere Unfalldichte und auch durchschnittlich geringere Unfallkosten zu verzeichnen als bei der Splittstreuung. Fahrzeuglenker reagieren bewusster auf die winterlichen Gefahren.



DI Dr. Rainer Kolator leitet die KfV-Landesstelle Salzburg



streuung besteht die Gefahr, dass an einigen Stellen trotzdem Glätte herrscht. Tendenziell sind eine geringere Unfalldichte und auch durchschnittlich geringere Unfallkosten zu verzeichnen als bei der Splittstreuung. Fahrzeuglenker reagieren bewusster auf die winterlichen Gefahren. Die reine Schneeräumung stößt dort an ihre Grenzen, wo festgefahrene Schneeschichten unter Verkehr einen festen Verbund mit der Fahrbahnoberfläche bilden und durch Frost- oder Tauwechsel schrittweise in Eis übergehen. Nullstreuung kann nicht bei jeder Straßenart eingesetzt werden, sondern ausschließlich im untergeordneten Netz mit geringer Belastung und ohne besondere Gefahrenstellen.

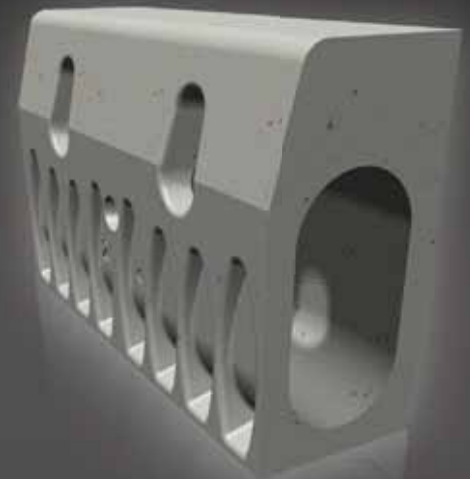
Kein Winterdienst ersetzt angemessene Fahrweise

Winterdienste leisten einen hohen Beitrag zur Verkehrssicherheit – mit den verschiedenen Methoden wird die Sicherheit auf Österreichs Straßen im Winter enorm vergrößert. Zudem bringen sie einen entscheidenden Nutzen für die Allgemeinheit, indem sie zur Senkung der Unfallfolgekosten beitragen – der volkswirtschaftliche Gesamtnutzen wird erhöht. Art, Umfang und Zeitpunkt des erforderlichen Winterdienstes hängen von der Verkehrsbedeutung und der Anlage der Straße ab. In Abhängigkeit von den Verkehrsverhältnissen und der Wetterlage bestimmen sie den technischen und personellen Einsatz der Winterdienstorganisationen.

Nicht vergessen werden darf aber natürlich, dass der Autofahrer selbst letztendlich zu mehr Verkehrssicherheit beiträgt. Durch die Ausrüstung mit Winterreifen und die Anpassung der Geschwindigkeit an die jeweiligen Witterungsbedingungen wird das Unfallrisiko reduziert. Nicht angepasste Geschwindigkeit ist die Hauptursache für Glätte-Unfälle. Die situative Winterausrüstungspflicht gilt vom 1. November bis 15. April – in diesem Zeitraum haben Fahrzeuglenker laut Gesetz zwei Möglichkeiten, um ihr Fahrzeug bei winterlichen Wetterverhältnissen aufzurüsten: Bei Schneefahrbahn, Matsch oder Eis müssen entweder an allen vier Rädern Winterreifen montiert werden oder Schneeketten an mindestens zwei Antriebsrädern angebracht werden. Schneeketten sind allerdings nur erlaubt, wenn die Fahrbahn mit Schnee oder Eis bedeckt ist.

Praxis-Tipp

Das Kuratorium für Verkehrssicherheit (KfV) bietet für Gemeinden Seminare zum Thema Winterdienst an.
 Kontakt:
 DI Dr. Rainer Kolator
 KfV-Landesstellenleiter
 Salzburg
 Südtiroler Platz 11/2A
 5020 Salzburg
 Tel: +43-(05) 77 0 77-2510
 Fax: +43-(05) 77 0 77-2599
 E-Mail: rainer.kolator@kfvt.at



D

ACO KerbDrain. Die Schlaue.

Die neue Generation der Linienentwässerung. Ideal zur Entwässerung von Fahrbahnen und Parkplätzen.

- ausgezeichnete hydraulische Abflussleistung
- hoher Einlaufquerschnitt (147 cm²/m)
- monolithische Bauweise
- einfache Reinigung im Spülverfahren
- frost-, tausalz- und chemikalienbeständig

2 in 1: Randstein und Entwässerung in einteiliger Konstruktion.

www.aco-passavant.at



Auf eine starke Familie ist Verlass.

Organisation von Schneeräumungen in der Gemeinde – was zu beachten ist

Winterdienst – auslagern oder selber machen?

Der erste Schnee kommt meistens überraschend und fordert schnelles Handeln, um etwa die Gebäudesicherheit zu erhalten oder Verkehrsflächen frei zu machen. Dabei stellt sich die Frage, ob man den Winterdienst auslagert oder besser selber organisiert.



Maschinenring-Kunden profitieren von höchster Verfügbarkeit, moderner Technik und von Mitarbeitern, die auch wirklich zupacken können.

Bei der Entscheidung, ob man den Winterdienst als Unternehmen, Kommune, Objektbetreiber oder Privater selbst organisiert oder einem Spezialisten übergibt, spielen die Aspekte Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit eine entscheidende Rolle. Ist ausreichend Personal zur Verfügung, um den Winterdienst auch bei Starkereignissen und kurzfristig durchführen zu können? Ist die geeignete Technik vorhanden, oder muss investiert werden? Und ist die interne Organisation entsprechend? Wer nur auf eine dieser Fragen keine befriedigende Antwort hat, sollte sich besser an einen Winterdienstleister wenden.

Haftungsfragen klären

Mit der Auslagerung des Winterdienstes sollte auch die Frage der Haftung geklärt werden. Denn überträgt ein Auftraggeber bestimmte Leistungen an ein Winterdienstunternehmen, geht auch die damit in Verbindung

stehende Haftung im Schadensfall auf den Dienstleister über. Das beauftragte Unternehmen kann jedoch nur dann haftbar gemacht werden, wenn die vertraglich vereinbarten Leistungen nicht erfüllt werden. Deshalb sollten solche Verträge genauestens auf Leistungsverpflichtung überprüft werden.

Verträge über die Auslagerung von Winterdiensten sollten genauestens auf Leistungsverpflichtung überprüft werden.

Maschinenring-Kunden profitieren von höchster Verfügbarkeit, moderner Technik und von Mitarbeitern, die auch wirklich zupacken, andererseits profitieren die Landwirte von optimaler Ressourcenverteilung und einem attraktiven Zusatzverdienst. Die Dienstleistungspalette des Maschinenring reicht von der Räumung von Wegen, Straßen und Flächen über Spezialdienstleistungen wie das Setzen von Schneestangen und Schneefräse-

arbeiten, die Dachräumung und Eiszapfenentfernung, bis hin zum Schneeabtransport und die Reinigung im Frühjahr. Heute koordinieren die 93 lokalen Maschinenring Geschäftsstellen den Winterdienst für Kommunen, Unternehmen, Objektbetreiber und private Eigentümer bis in den entlegensten Winkel Österreichs. Rund 10.600 Landwirte erbrachten im letzten Winter Dienstleistungen im Wert von rund 36 Millionen Euro.

Winterdienst ist mehr als nur Schneeräumen

Längstens im Frühjahr nach der Schneeschmelze bietet sich bei der Verwendung von Streusplit ein unansehnliches Bild auf den Straßen. Für Fußgänger und Zweiradfahrer stellt er darüber hinaus ein Unfallrisiko dar. Der Maschinenring sorgt natürlich auch dafür, dass der Split, der für Fußgänger und Zweiradfahrer ein hohes Unfallrisiko darstellt, fachgerecht entfernt wird.

Betriebskosten sparen mit Beleuchtung nach neuestem Stand der Technik

Güssing erstrahlt in neuem Licht!

Die Beleuchtung des Ortskerns in der südburgenländischen Stadtgemeinde Güssing war – wie in vielen anderen Gemeinden auch – in die Jahre gekommen. Sie entsprach nicht mehr dem Stand der Technik, erhöhte Betriebskosten waren die Folge. Mit dem Entschluss zur Umsetzung hat die Stadtgemeinde Güssing eine Weichenstellung für die nächsten drei Jahrzehnte vorgenommen. Argumente waren die Aspekte Sicherheit, Ortsbildgestaltung, Funktionalität und Betriebskosten.

Die von YIT Austria eingesetzte Reflektorentechnik sorgt für perfekte Ausleuchtung bei minimalem Stromverbrauch. Die hohe Leuchtdichte erhöht die Sicherheit. Die energieeffiziente Sanie-



Die neue Straßenbeleuchtung in Güssing sorgt für Sicherheit und verschönert das Ortsbild.

rung der Beleuchtung erlaubt, einen Teil der Investition aus der eingesparten Energie zu decken. Die Lichtmaste sind bereits für die Montage einer Weihnachtsbeleuchtung vorbereitet, was Zusatzkosten senkt. YIT Austria ist ein führendes, herstellerunabhängiges Dienstleistungsunternehmen für den gesamten Lebenszyklus von Gebäuden,

Anlagen und Infrastrukturreinrichtungen. Kompetente und erfahrene Mitarbeiter ermöglichen maßgeschneiderte Lösungen die von Consulting, über komplettes Engineering, Montage und Inbetriebsetzung, bis hin zu Facility Management, Service, Wartungen und Dienstleistungen reichen. Unsere Niederlassungen in den

Bundesländern garantieren lokale Präsenz und Kompetenz mit breit gefächerten Leistungsspektrum.

Information

YIT Austria – Beleuchtung & Verkehrstechnik
Tel.: +43 (0)50606
office@yit.at
www.yit.at

E.E.



Wir sind da, wo Sie uns brauchen!

YIT Austria

Wien • Linz • Salzburg • Innsbruck
Graz • Klagenfurt • Markt Allhau
Tel.: +43 (0)50606
www.yit.at • office@yit.at

Together we can do it.



Elektrischer Anlagenbau • Facility Management
Mechanische Gebäudetechnik • Service & Dienstleistungen für Gebäudetechnik

TOP-Qualität der M-U-T Straßenkehrmaschinen lässt Absatz enorm steigen

Technologien für eine saubere Zukunft

Dank der zahlreichen Innovationen und laufender Weiterentwicklung stieg die Nachfrage für die Kehrmaschinentechnik aus dem Hause M-U-T sowohl im In- wie auch im Ausland stark an. Positiv wirkt sich natürlich auch das „Umweltbewusstsein“ aus, da wegen der Feinstaubdiskussion wieder mehr auf die Straßenpflege Wert gelegt wird.

Wodurch sich die M-U-T Kehrtechnik, die mittlerweile ein absoluter Qualitätsbegriff ist, unterscheidet:

- ▶ Die ausgereifte Technik
- ▶ Die anwenderfreundliche, wartungsarme und äußerst stabile, robuste Ausführung
- ▶ Die extrem hohe Saugleistung
- ▶ Die sehr geringe Lärm-



Zahlreiche Städte und Gemeinden im In- und Ausland nutzen bereits die effizienten und zuverlässigen Kommunalfahrzeuge aus dem Hause M-U-T.

entwicklung

- ▶ Die effiziente Staub- und Feinstaubreduktion, speziell durch das Umluftsystem, aber auch durch eigenes Feinstaubdüsenpaket
- ▶ Die integrierte, perfekte, schlierenfreie Hochdruck-

waschtechnik, wahlweise mit Front-, Mittel und Heckwaschanlage

- ▶ Das spezielle und kombinierte Paket für die Stadt- und/oder Baustellenreinigung
- ▶ Die kompakte Bauweise, die ein Maximum an

Inhalt für Wasser und Schmutz bietet

- ▶ Die serienmäßige Ausführung in Niro-Edelstahl

Dies bedeutet im täglichen Einsatz

- ▶ mehr Saugleistung
- ▶ mehr Waschleistung
- ▶ mehr Sauberkeit bei
- ▶ weniger Staub
- ▶ weniger Lärm
- ▶ weniger Kosten

Information

M-U-T Maschinen –
Umwelttechnik –
Transportanlagen GmbH
Schießstattgasse 49
A-2000 Stockerau
office@m-u-t.at

E.F.

Messgeschneidert



Einstecken, los messen. So einfach ist die Flüssigkeitsanalyse mit dem neuen Mess-System 8285 von Bürkert. Denn die Hard- und Software ist so modular angelegt, dass das Transmitter-Gehäuse verschiedenste Sensoreingangsteckkarten aufnehmen, automatisch erkennen und die Messung nach Anschließen und Kalibrieren der Sensoren sofort starten kann. Egal, ob pH-Wert oder Leitfähigkeit.

Und das mit KI-Recorder, Sensor-Netzdiagramm und Service-Scope® sicher und bedienungsfreundlich wie nie. Mehr davon?

Rufen Sie uns an: + 43 (1) 89 41 333.

Offizielle Übergabe des Kindergartens „Arche Noah“ in der Lerchengasse in Mödling Helle und freundliche Vollholz-Kindergärten

Große Überraschung gab es für die Anrainer des Kindergartens nach der Rückkehr aus dem Urlaub.

In nur 14 Tagen hat die Fa. Somersault in Zusammenarbeit mit der Fa. KLH und der Fa. dieModulfabrik als GU einen eingruppigen ökologischen Vollholzkindergarten mit Bewegungsraum als Zubau an den bereits bestehenden Kindergarten errichtet.

Die Fa. Somersault und ihre Partner haben sich auf die Errichtung von ökologischen Vollholz-Fertigteilkindergärten in Modulbauweise spezialisiert. Diese Bauweise punktet einerseits durch das ausgezeichnete Preis-/Leistungsverhältnis und andererseits durch die Einbindung ortsansässiger Professionisten,



Die „Arche Noah“ im Holzmantel – ein warmer, freundlicher Ort.

über die Herr Bgm. LAbg. Hans Stefan Hintner erfreut war. Die Kinder und Mitarbeiterinnen sind von dem guten Raumklima und den hellen freundlichen Räumen begeistert, in denen man sich einfach wohlfühlt. Von der hochwertigen Vollholzqualität und der

Ausführung durch die Partnerfirmen KLH und dieModulfabrik konnten sich Stadträtin für Kindergärten, Schule und Familie Verena Schwendemann und die Kindergartenleiterin Brigitte David vor Ort bei der offiziellen Übergabe überzeugen.



Bgm. LAbg. Hans Stefan Hintner und Dipl.-HTL-Ing. Herbert Laßnig sind stolz auf das Ergebnis.

Information

Somersault GesmbH
Ernst-Grein-Straße 5
A-5020 Salzburg
Tel: 0662/833905
www.archenoah.info

E.E.



NOVA Außenspielgeräte

für den öffentlichen Bereich nach EN 1176

*Die PREISWERTEN
mit
großer VIELFALT
&
formschöner GESTALTUNG
&
einfacher SELBSTMONTAGE*

*HERBSTAKTION
- 7%
auf alle Bestellungen
bis 31.12.2008
Lieferung 2009*



NOVA Kinderspielanlagen GesmbH
2091 Langau, Glasergasse 207
Tel 02982 / 20127 Fax 02982 / 30844
nova-spiel@nova-spiel.com www.nova-spiel.com

KASPER TECHNOLOGIE

IHR PROFI FÜR DIE KANALSANIERUNG

Schachtbeschichtung KS-ASS



Schachtrahmenregulierung



1. Reinigung



Nassspritzverfahren



2. Beschichtung



Handbeschichtung



3. Fertig

KASPER

TECHNOLOGIE



Ltd.

Salzburger Straße 44 • A-4690 Schwanenstadt
Telefon + 43-7673-23 20 • Fax + 43-7673-23 20-3
eMail: info@kasper-tech.com • www.kasper-tech.com

Beckenauskleidung mit Basalt und ERGELIT

Moderne Technik und fachliche Kompetenz

Auf Grund des Schadensbildes wurde von der Firma KASPER Technologie (Schwanenstadt, OÖ), als die wirtschaftlichste Sanierungslösung, eine Basaltauskleidung vorgeschlagen. Zwei Anwendungstechniker der Firma Rabmer haben gemeinsam acht Arbeitstage daran gearbeitet, mehrere Becken zu sanieren. Nach dem Abbau der Maschinen und dem Vorbereiten zum Sandstrahlen des Untergrundes – es musste ein tragfähiger Untergrund hergestellt werden –, sowie der notwendigen Reprofilierungsarbeiten wurden Schmelzbasaltplatten in einem ERGELIT Mörtelbett verlegt. Verwendet wurde dafür, aufgrund der chemischen Belastung des Abwassers und der zeitwei-



Kürzlich hat die Firma Rabmer, Altenberg bei Linz (OÖ), ca. 35m² Becken einer Gerberei in Traun mit einer Schmelzbasalt Auskleidung fertig gestellt.

se hohen Temperaturen von bis zu 100 Grad Celsius, ERGELIT KSP. In Folge wurde ebenfalls mit demselben Material verfugt. Die Profis der Rabmer GmbH waren begeistert von der einfachen Anwendung. „So einfach wie Fliesen legen!“ sa-

gen die Sanierer Jürgen Wagner und Alex Moser. Nach nur wenigen Stunden konnten die Maschinen wieder an ihren Platz zurückgestellt werden. Durch moderne Technik in Verbindung mit fachlicher Kompetenz und dem spezi-

ell für solche Einsätze entwickelt und erprobten ERGELIT Mörtel konnten stark angegriffene Becken für die nächsten Jahrzehnte wieder fit gemacht werden. Weitere Informationen erhalten Sie bei KASPER Technologie.

Information

KASPER Technologie
 Salzburger Straße 44
 A-4690 Schwanenstadt
 Tel.: 07673/23 20
 Fax: 07673/23 20-3
 info@kasper-tech.com
 www.kasper-tech.com

E.E.

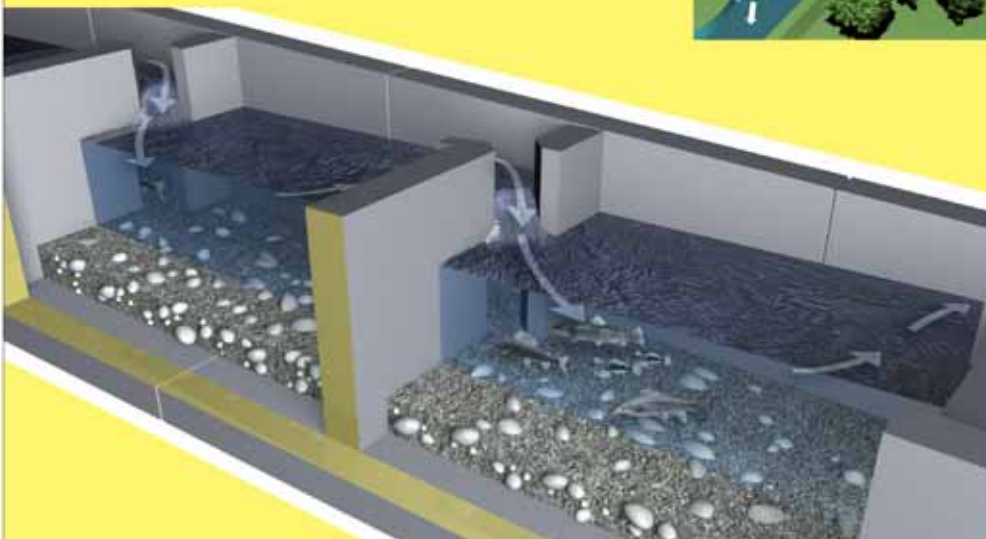
DAS WANDERN IST DER FISCHES LUST

FISCHWANDERHILFEN VON SW UMWELTECHNIK

Wie kommt der Fisch zu seinem Laichplatz?
 Mit Fischwanderhilfen (Fischaufstiegshilfen, Fischleitern) von SW Umwelttechnik können Fische und Kleinlebewesen Querbauwerke in Fließgewässern, z.B. Dämme, mühelos überwinden.



- Platzersparnis
- Kostenersparnis
- Zeitersparnis
- Wasserstand
- Durchgängigkeit
- Fassbarkeit



Im Mühlviertel befindet sich die wahrscheinlich modernste Gemeinde Österreichs

Alle reden über e-Government, wir tun es JETZT!

„Unsere Kunden sind Bürger, politische Vertreter, die Wirtschaft, Vereine sowie andere Ämter und Behörden. Wir fühlen uns unseren Kunden gegenüber verpflichtet, die Anforderungen in bester Qualität zu erfüllen“, so Alfred Watzinger, Amtsleiter der 8.500 Einwohner zählenden Gemeinde Engerwitzdorf bei Linz. Was liegt näher, als dafür eine EDV-unterstützte Grundlage zu schaffen, um einerseits den „Papierkram“ wegzubringen und andererseits die Kunden (Bürger) voll zu integrieren und das nicht nur im Amt beim



Unsere ÖKOM Software soll eine Gemeinde nicht in ihrer täglichen Arbeit einengen sondern kreativen Freiraum bei der Gestaltung der Arbeitsabläufe ermöglichen.

Wir sind längst nicht mehr bloß Verwalter, sondern kreativer Partner für unsere Kunden.

Alfred Watzinger, Amtsleiter von Engerwitzdorf bei Linz



persönlichen Besuch, sondern auch, wenn sie „virtuell“ erscheinen. Gemeinsam mit einem engagierten Programmteam („Die ÖKOM Macher“) wurde eine EDV Plattform geschaffen, die in einer einzigen zentralen Datenbank sowohl klassi-

sche Verwaltungsdaten als auch Steuerungs- und Schriftverkehrsdaten integriert. Aufgrund der jahrelangen positiven Erfahrung mit der zentralen Datenver-

knüpfung war es ein natürlicher Weg, die Abläufe auch den BürgerInnen via Internet zugänglich zu machen. Weil mit ÖKOM eine dafür taugliche Software vorhanden ist, können die BürgerInnen heute Vieles online erledigen. Sie können ihre Gebührenkonten ansehen, Anträge stellen oder Nachschau über den Bearbeitungsstatus vom Schriftverkehr halten, ohne an die Amtsstunden gebunden zu sein. Sie können auch den Wasserzählerstand eingeben und das Wichtigste: Die Daten sind nach der Eingabe entweder bereits im Datenbestand

oder im Verarbeitungsstatus beim Sachbearbeiter. Selbstverständlich erhalten die Kunden Rückmeldungen von der Gemeinde zu ihrem Vorgang über Internet.

Information

ÖKOM EDV
Planungs- und Handelsgesellschaft m.b.H.
A-9020 Klagenfurt,
Tel.: 0463/429 000
norbert.wenger@oekom.at
Web: www.gemeindesoftware.at

E.F.

GEBÜNDELTE KOMPETENZ FÜR UMWELT UND ENERGIE.

Branchenaufakt 2009: Mit den Fachmessen **enertec** und **TerraTec** im Verbund bietet Leipzig eine europaweit einzigartige Plattform. Hier dürfen Sie nicht fehlen!

Kontakt in Österreich: Robert Mittermann, Tel. +43 (0)1 - 285 75 85 - 0, E-Mail: Robert.Mittermann@messeservice.at



LEIPZIGER MESSE

Messen nach Maß!

EINTRITTSKARTEN VERGÜNSTIGT:
JETZT ONLINE BESTELLEN!



27. bis 29. Januar 2009



www.enertec-leipzig.de www.terratec-leipzig.de

Tische, Bänke, Baumschutzelemente – Neuheiten von MWH OBJECT + DESIGN

Formschöne Gestaltung auf höchster Ebene

Es ist charakteristisch für unsere Gesellschaft, dass im Berufsleben immer stärker die Leistung zählt. Das Ergebnis wird honoriert und es ist für viele Unternehmen längst nicht mehr wichtig, wo und wie man dieses erbringt. Vor diesem Hintergrund hat MWH OBJECT + DESIGN für seine Bankbaureihe B 450 spezielle Tische entwickelt, die das Arbeiten auch unter freiem Himmel ermöglichen.

Die Ablageelemente sind fest an der Bank verankert und so dimensioniert, dass Laptops, Bücher und andere Unterlagen darauf Platz finden. Bei der Konstruktion wurden ergonomische Aspekte berücksichtigt. Die Elemente sind an nur einem Punkt mit der Bank verbunden. Dies erlaubt eine individuelle Festlegung des Abstandes zur Bank, womit eine bequeme Arbeitshaltung gewährleistet ist.

Der Tisch ist um 180° schwenkbar, um ungehinderten Zugang zur Sitzfläche zu ermöglichen. Ein großer deutscher Softwarehersteller zählt bereits zu den ersten Kunden dieser Neuentwicklung. In den großzügigen Parkanlagen des Firmenareals ist es den Mitarbeitern nicht nur möglich, auf hochwertigen Möbeln zu entspannen. Hier kann in den Sommermonaten auch gearbeitet werden. Praktische Ablagetische hat MWH auch seiner Produktlinie D 200 spendiert.

Die Bank Vis-a-vis

Mit drei unterschiedlichen Varianten, die zwischen den Bänken, außen stehend oder an einer Ecke platziert werden, lassen sich reizvolle Kombinationen schaffen. Die Ablagen sind fest mit den Bänken verschraubt und gewähren somit eine hohe Stabilität.



Arbeiten unter freiem Himmel – die Bank „B 450“ mit fest montiertem Laptop-Tisch macht es möglich.



Auch der Baumschutz ist gestaltungstechnisch auf das Banksystem abgestimmt.

Um eine besonders interessante Variante wurde die Bankbaureihe D 300 im Modelljahr 2008 erweitert. Die zweisitzige Bank mit Sitz- und Rückenteilen aus Holz wurde mittig geteilt und um 180° versetzt. Die stabile, modular aufgebaute Unterkonstruktion hat diese Version ohne Einschränkungen ermöglicht. Der neue Zweisitzer fördert die Kommunikation und ist zugleich ein reizvolles Gestaltungselement das Plätze und Grünareale bereichert.

Die Stadt Barleben hat die Vis-a-vis Bank D 300 bereits platziert und von Bürgern und Besuchern positive Resonanz erhalten.

Bäume rundum geschützt

Junge Bäume, die in neu angelegten Arealen besonders geschützt und gestützt werden müssen, sind im Baumschutzelement der MWH Baureihe D 300 gut aufgehoben. Mit seinen hochwertigen Materialien und der ansprechenden Form eignet es sich für gestaltete Plätze und bietet eine sinnvolle Alternative zu den üblichen unansehnlichen Holzkonstruktionen.

Information

MWH
OBJECT + DESIGN
Flinsbacher Str. 1
D 74921 Helmstadt
Tel.: +49 7263 9140 40
FAX: +49 7263 9140 42
info@object.to
www.object.to

Bringen Sie Winterzauber in Ihren Garten – mit natürlichen Lichtakzenten

Licht setzt den Garten in Szene

Wenn die Sonne hinter dicken Wolken verschwunden ist und Nebelschwaden, Regen oder Schneetreiben nur diffuses Licht verbreiten, ist es nur eine Frage der richtigen Beleuchtung, damit der Garten wieder erstrahlt. Trübe Winterstimmung kann durch gekonnt eingesetzte Lichteffekte zum wunderschönen Winterzauber werden.



Besonders in den Abendstunden kommt der Garten im richtigen Licht zur Geltung.

Lichtspiele für dunkle Tage

Die Tage sind kurz, die Nächte lang. Der Garten ruht, um Kräfte für das nächste Frühjahr zu sammeln. Angesichts der winterlichen Temperaturen betrachtet man ihn jetzt lieber vom Sofa aus. Das Tageslicht reicht nicht mehr für

große Ausblicke. Mit einer geschickt platzierten Außenbeleuchtung, bei der Funktion, Sicherheit und Design stimmen, wird der Garten auch im Winter zur Verlängerung des Wohnzimmers. Denn gerade der winterliche Garten eignet sich hervorragend zur Akzentu-

ierung durch Lichtquellen, ist er doch auf das Wesentliche reduziert und damit der Garten der Strukturen. Beim winterlichen Garten stehen ganz andere Faktoren im Mittelpunkt als in der warmen Jahreszeit. Wenn der Schmuck von üppigem Grün und blühenden

Blumen wegfällt, springen die Grundstrukturen des Gartens wie Wege, Treppen, Mauern, die Formen von Bäumen und Gehölzen ins Auge und wenn kein Schnee liegt, wird auch die Erde sichtbar. Gerade im Winter ist ein formaler Garten mit symmetrischen Formen reizvoll, da Schnee und Raureif die Linienführung noch betonen.

Information

Bundesinnung der Gärtner und Floristen
Tel.: 05 90 900 – 3191
Fax: 01 504 36 13
lebensmittel.natur
@wko.at
www.gartentraeume.at

FE



M-U-T Maschinen - Umwelttechnik - Transportanlagen GmbH
A - 2000 Stockerau Schießstattgasse 49
fon: +43-2266-603-0 fax: +43-2266-603-153
e-mail: office@m-u-t.at homepage: www.m-u-t.at





Erdgas tanken – längst keine Seltenheit mehr. Zur Entlastung der Umwelt bietet es sich als idealer Kraftstoff an.

Umfrage: Erdgasfahrzeuge im kommunalen Nutzbereich

Wie viele Gemeinden geben richtig Gas?

Umweltschonend und wirtschaftlich fahren liegt im Trend. Erdgasfahrzeuge stoßen dabei auf immer größeres Interesse. Doch wie weit sind Österreichs Gemeinden, wenn es um Klimaschutz im Bereich Verkehrstechnik geht? Und wo werden gasbetriebene Fahrzeuge eingesetzt?

1290 Bürgermeister und Amtsleiter standen Rede und Antwort.

Alexander Dürregger

Ziel der Umfrage war es, herauszufinden, ob und wie sich die Klimapolitik in Österreich auf die einzelnen Gemeinden auswirkt und ob die Kommunen aktiven Klimaschutz im Allgemeinen, aber insbesondere im Bereich der Nutzfahrzeuge, ernst nehmen.

Österreichs wahre Öko-Gemeinden

Vorab wurden einige grundlegende Fragen gestellt, etwa: Sind Sie eine Klimaschutzgemeinde? Kommen alternative Energieträger in Ihrer Gemeinde zum Einsatz? Wenn ja, welche? 38 Prozent der befragten Kommunen gaben an, Klimaschutz-



Alexander Dürregger ist Student an der FH Kufstein, Fachbereich „Europäische Energiewirtschaft“

gemeinde zu sein, 285 Gemeinden (62 Prozent) davon geben an, alternative Energieträger im Bereich der Energiegewinnung, aber auch bei Nutzfahrzeugen, zu verwenden. Vor allem Solarenergie, Hackschnitzel und Biomasse-Heizungen machen den Großteil der verwendeten Energiegewinnungsformen aus. Mehr als ein Drittel (38 Prozent) der Klimaschutzgemeinden geben zwar an, Klimaschutzgemeinde zu sein, jedoch kommen innerhalb der Gemeinde laut eigenen Angaben keinerlei alternative Energieträger zum Einsatz.

Nur zwei Prozent besitzen Erdgas-Fahrzeuge

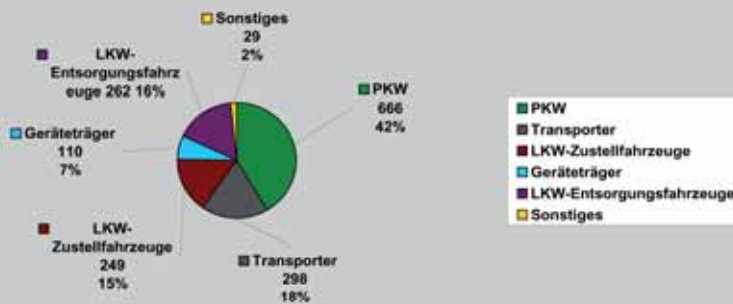
Aus der Studie lässt sich zudem erkennen, dass die Müllentsor-

gung größtenteils nicht von den Gemeinden selbst, sondern von Dritten erledigt wird. Sommerdienste und Schneeräumung hingegen werden jedoch zu einem großen Teil (70 bzw. 78 Prozent) von gemeindeeigenen Fahrzeugen bzw. Mitarbeitern durchgeführt. Nur zwei Prozent aller befragten Gemeinden geben an, ein gasbetriebenes Fahrzeug innerhalb der Gemeinde zu besitzen, davon werden – nach eigenen Angaben – 22 Prozent für Sommerdienste verwendet, insgesamt elf Prozent für Schneeräumung und Müllentsorgung. Laut Umfrage betreibt jedoch nur eine Gemeinde österreichweit ein erdgasbetriebenes Fahrzeug im Bereich der Müllentsorgung.

Anschaffung denkbar?

Für 39 Prozent aller befragten Gemeinden ist die Anschaffung eines gasbetriebenen Fahrzeuges zumindest denkbar. 35 Prozent würden dafür auch einen höheren Anschaffungspreis in Kauf nehmen. 19 Prozent würden die Anschaffung eines gasbetriebenen Fahrzeuges zwar in Betracht ziehen, jedoch nicht zu

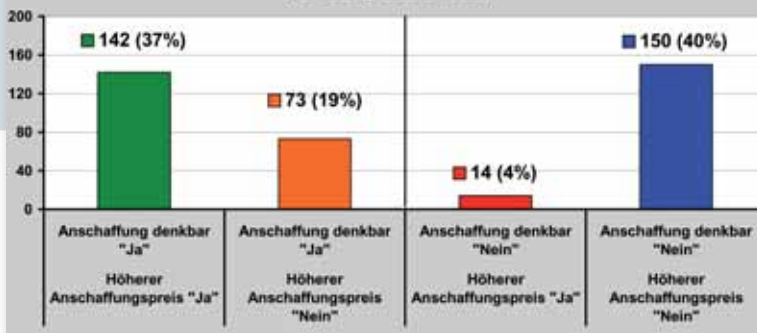
In welchen Bereichen haben Erdgas-Fahrzeuge Ihrer Meinung nach Zukunft, bzw. wo ist das Angebot noch nicht ausreichend?
(1290 befragte Gemeinden, Mehrfachnennungen berücksichtigt)



Für welche Einsatzbereiche wird ihr gasbetriebenes Fahrzeug verwendet? (28 Gemeinden, Mehrfachnutzung der Fahrzeuge berücksichtigt)



Klimaschutzgemeinden, für die die Anschaffung eines gasbetriebenen Fahrzeuges denkbar/nicht denkbar wäre und die dafür einen höheren Anschaffungspreis in Kauf nehmen würden
(379 befragte Gemeinden)



Gasbetriebene Fahrzeuge sind zwar in der Anschaffung meist teurer im Vergleich zu Fahrzeugen, die mit Diesel bzw. Benzin betrieben werden, jedoch amortisiert sich der höhere Anschaffungspreis durch die günstigeren Betriebskosten schon nach wenigen Jahren.

einem höheren Kaufpreis. Für beachtliche 40 Prozent der Klimaschutzgemeinden hingegen kommt weder die Anschaffung, noch ein höherer Kaufpreis für Erdgasfahrzeuge in Frage.

Umweltfreundliche Technologien sind gefragt

495 der 929 befragten Gemeinden würden einem umweltfreundlichen Müllentsorgungsunternehmen mit moderner Technologie (Euro4/Euro5) den Vorzug geben. Dabei geben jeweils etwa mehr als die Hälfte aller befragten Gemeinden an, dem umweltfreundlichen Unternehmen den Vorzug zu geben. Jedoch beträgt der Unterschied zwischen Klimaschutzgemeinden und Nicht-Klimaschutzgemeinden hier nur 4 Prozent. Bei der Gegenüberstellung dieser beiden Kommunaltypen konnte ebenfalls festgestellt werden, dass der Anteil an Klimaschutzgemeinden, die die Müllentsorgung eigenständig durchführen, minimal höher ist als bei Nicht-Klimaschutzgemeinden (13 bzw. 7 Prozent).

Die größte Zukunft haben Erdgasfahrzeuge laut den Befragten besonders als PKW, Transporter

und LKW-Entsorgungsfahrzeuge. Auch LKW-Zustellfahrzeuge und Geräteträger haben für 15 bzw. 7 Prozent offensichtlich Potential.

Bemerkenswerte 88 Prozent legen laut eigener Angaben großen Wert auf moderne Technologie (niedriger Treibstoffverbrauch, Umweltfreundlichkeit) bei der Anschaffung neuer Geräteträger. Für 92 Prozent sind dabei niedriger Treibstoffverbrauch und sog. Euro4-Technologie sehr wichtig, bzw. wichtig.

Bei der Schneeräumung im Speziellen würden 77 Prozent der befragten Bürgermeister und Amtsleiter einen Anbieter mit umweltfreundlicher Technologie bevorzugen.

Bei der Schneeräumung im Speziellen würden 77 Prozent der befragten Bürgermeister und Amtsleiter einen Anbieter mit umweltfreundlicher Technologie (Euro5/ Euro5) bevorzugen.

Zu wenige Erdgas-Tankstellen

Außerdem betonen die Gemeinden ihre Vorbildwirkung im Be-

zug auf Fahrzeugbeschaffung und Energieverbrauch gegenüber der Privatwirtschaft: 93 Prozent geben an, soziale Verantwortung zu haben bzw. als Vorbild wirken zu wollen. Immerhin 55 der 1290 befragten Gemeinden geben im Feld „Anmerkungen“ an, dass fehlende Tankmöglichkeiten die Anschaffung eines gasbetriebenen Fahrzeuges behindern bzw. nicht ermöglichen würden.

Das Fazit

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es zwischen den Klimaschutzgemeinden und Nicht-Klimaschutzgemeinden Österreichs zwar geringe Unterschiede gibt, sich diese jedoch nicht als markant darstellen. Bedenklich ist für mich die hohe Zahl an so bezeichneten Klimaschutzgemeinden, die aber angeben, keinerlei alternative Energieträger innerhalb ihrer Gemeinde zu haben. Das Wissen über gasbetriebene Fahrzeuge scheint jedoch relativ hoch zu sein, auch die Akzeptanz für diese alternative Antriebsform. Bisher besitzen aber nur 28 Gemeinden innerhalb Österreichs erdgasbetriebene Fahrzeuge. Diese werden vorwiegend im PKW-Bereich eingesetzt, Nutzfahrzeuge mit Erdgas-Antrieb scheint es nur sehr vereinzelt zu geben (4 bis 5 unter den 1290 befragten Gemeinden).

Werden Sie GrünflächenpflegerIn oder SportplatzwartIn

Erholung im Grünen – wer möchte das nicht?

Parks, Bade- und Liegewiesen, Sportstätten und Spielflächen sowie gepflegtes öffentliches Grün sind für unsere heutige Gesellschaft sowohl in der Stadt als auch auf dem Land der bevorzugte Erholungs- und Freizeitbereich.

Alle mit der Pflege dieser Flächen betrauten Fachkräfte müssen die immer weiter steigenden Ansprüche der Benutzer mit den ökonomischen Rahmen- und örtlichen Klimabedingungen in Einklang bringen.

Unsere Kurse bieten eine solide Grundlage für die qualitative Verbesserung bestehender Flächen bis hin zur Neugestaltung von privaten und kommunalen Grünflächen und Sportstätten. Großer Wert wird dabei auch auf Wirtschaftlich-



Wir bilden Sie praxisorientiert und kompakt zum/zur Experten/Expertin für die fachgerechte Pflege, Entwicklung und Bewirtschaftung von Grünbereichen aus.

keit und Umweltgerechtigkeit der Pflegemaßnahmen gelegt, welche immer mehr in den Blickpunkt der Öffentlichkeit rücken. Neben technischen Grundlagen der Grünflächenpflege ver-

tiefen Sie Ihr Wissen mit fundiertem Know-how rund um Pflegemanagement, Pflanzenbau, Rasenkunde und Platzbau.

Bei Interesse freuen wir uns auf Ihre Kontaktaufnahme!

Information

WIFI Wien Kundenservice
Währinger Gürtel 97
1180 Wien
Tel. 01/476 77 5555
kursinfo@wifiwien.at
www.wifiwien.at

E.F.

Flygt N-Pumpen: Kosteneffizient und patentiert

Engineered for life

Höhere Betriebssicherheit zu deutlich reduzierten Kosten: Die nahezu verstopfungsfreie N-Pumpe von Flygt mit einem Wirkungsgrad von bis zu 80 %.



ITT



ITT Water & Wastewater
Österreich Ges.m.b.H.
Prager Straße 6 - 2000 Stockerau

Tel. 022 66 / 6 26 01 · www.ittwww.at

Mitarbeiterweiterbildung mit dem AHA-Effekt

Träum' es nicht – lebe es!

Mitarbeiterweiterbildung – ein immer wichtiger werdender Faktor im Unternehmen. Doch was könnten wir Ihnen anbieten, was Ihnen nicht schon ein anderer Seminaranbieter offeriert hat?

► Sind wir besser? – Kann sein, wissen wir aber nicht.

► Haben wir das aktuellere Know-how? – Kann sein, wissen wir aber nicht.

► Sind wir billiger? – Kann sein, wissen wir aber nicht. Wie kann das sein? Beobachten wir den Markt nicht? Doch. Und deshalb wissen wir eines: Wir sind nicht vergleichbar. Wir schauen uns an, was WIRKLICH Sache ist. Am Markt.



Astrid Haltmeyer

Im Unternehmen. Beim Mitarbeiter. Unsere Seminare bestechen durch Einfachheit in der Anwendung und Sprachstruktur beim Lernen. Dadurch wirken unsere Seminare nachhaltig und v.a. nachweislich bis in die Persönlichkeitsebene.

Information

Astrid Haltmeyer
Geschäftsführerin
Institut AHA Erlebnisse®
Hoßplatz 11
1210 Wien
Tel.: +43 1 271 8596
Fax: +43 1 271 7954
office@aha-erlebnisse.at
www.aha-erlebnisse.at

E.F.

Unser Name steht für Entwässerung

Die ACO-Rinnenfamilie legt trocken

Unser Name gilt international als Synonym für Entwässerung. ACO Produkte sind auf vielen Plätzen, Verkehrsknotenpunkten, Flughäfen und Flaniermeilen dieser Welt zu Hause. Wir stehen für Qualität, Erfahrung und Innovationskraft in der Entwässerungstechnik. Besondere Lösungen erfordern spezielle Produkte. Als Spezialist für die Oberflächenentwässerung versteht sich ACO als Problemlöser für die individuelle Gestaltung von Straßen und Plätzen. Mit dem breiten Sortiment der ACO DRAIN Rinnenfamilie (unten) bieten wir für jeden Fall eine optimale Lösung.

Robuster ACO Monoblock

ACO DRAIN Monoblock: Neueste Produktionsmethoden mit dem bewährten Werkstoff Polymerbeton ermöglichen die Fertigung einer Entwässerungsrinne in einem Stück ohne lose Teile und ohne Klebefuge.

Die monolithische Konstruktion ist ein Garant für höchste Sicherheit und Stabilität in allen Bereichen der Verkehrsflächenentwässerung auf Schnellstraßen, Autobahnen und Industrieflächen, bis zur Belastungsklasse F 900: Eine ideale Alternative zur konventionellen Lösung.

Information

ACO Passavant GmbH
Gewerbestraße 14-20
2500 Baden
Tel. 02252/224 20-0
info@aco-passavant.at
www.aco-passavant.at

CITY LITERATUR

Online Shop
für deutsch- und
englischsprachige
Literatur zum
Themenbereich
**Stadt- und
Standortmarketing**



In unserem
Literatur-Shop
finden Sie **Bücher,**
Diplomarbeiten,
Vorträge, Texte,
Präsentationen
und **Kaufkraft- sowie**
Frequenzerhebungen.

Als Extraservice für
unsere Homepage-
besucherInnen
bietet Infrapool auch
Folien und Vorträge
an, die Sie **kostenlos**
anfordern können.

shop.infrapool.at



Mehr Informationen:
marketing@infrapool.com
oder 0699/19449404

www.infrapool.com



Gut besuchte Neueröffnung in Vösendorf

Stangl feiert mit seinen Kunden

Unter dem Motto ‚Hausmesse+ Herbstfest‘ hat Stangl Reinigungs- und Kommunaltechnik am 25. und 26. September seine Kunden in die frisch renovierte Niederlassung nach Vösendorf eingeladen. Auf dem weitläufigen Areal hat Stangl dem Publikum dabei eine Auswahl seines kompletten Maschinenprogramms aus der Reinigungstechnik, wie auch verschiedene Fahrzeuge für den Einsatz in der Kommunaltechnik präsentiert und vorgeführt. Neben den zahlreichen Neuheiten in der Reinigungstechnik, stellte Stangl seinen interessierten Besuchern von Städten und Gemeinden die vielen Einsatz-Möglichkeiten der Stangl-Kommunaltechnik vor. Daneben sorgten zehn eigens angemietete ‚Segways‘, ein Karikaturen-Zeichner, Musik und viel kulinarische Verköstigung der Besucher für eine ausgelassene und rundum heitere Stimmung in Vösendorf.

„Die Neueröffnung von Stangl-



Auf dem Vösendorfer Areal wurden alle Neuheiten aus dem Hause Stangl präsentiert.

Vösendorf war für uns wieder eine ideale Gelegenheit, unser Leistungsspektrum und unsere Kundennähe zu demonstrieren“, meint Roland Huber, Prokurist der Stangl Kommunaltechnik.

Information

Stangl Reinigungstechnik
GmbH
www.kommunalmaschinen.at



Sicher durch den Winter mit staubarmem und abriebfestem Streusplitt

Damit auf den Straßen (nicht) alles glatt läuft

Während sich Groß und Klein auf die ersten Schneeflocken freut, steht für Autofahrer und Straßenerhalter die Verkehrssicherheit bei Glatteis und Schnee im Vordergrund. Wie Studien belegen, ist Streusplitt die beste Variante, um die Sicherheit auf den Straßen zu gewährleisten.

Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit werden auf Österreichs Straßen unterschiedliche Mittel zur Glatteisbekämpfung eingesetzt. Man unterscheidet grundsätzlich zwei Arten von Streumitteln: Abstumpfende Streumittel wie Streusplitt und auftauende Streumittel.

Streusplitt (...) ist für das regionale bzw. ländliche Straßennetz von großer Bedeutung. Die Transportwege sind kurz und die sofortige Verfügbarkeit ist stets gewährleistet.

Carl Hennrich, Geschäftsführer des Forums mineralische Rohstoffe über die Vorteile von Streusplitt

Streusplitt wirkt mechanisch, indem er den Kraftschluss zwischen Reifen und glatter Fahrbahn erhöht. Taumittel hingegen haben einen niedrigeren Gefrierpunkt als Wasser und sind je nach Art ab bestimmten Minusgraden geeignet.

Natriumchlorid (Streusalz) z.B. wirkt nur bis -8°C ! Mit Streusplitt fährt man aber nicht nur sicher durch den Winter, sondern erhält auch die typische Winterlandschaft. Salzstreuung ist zwar etwas billiger als Splittstreuung, lässt jedoch die winterliche Schneelandschaft im wahrsten Sinne des Wortes dahinschmelzen. Streusplitt dagegen löst den Schnee nicht auf, was vor allem für Tourismusgebiete wichtig ist. Schließlich locken Wintertourismusorte mit romantischen Schneelandschaften, nicht mit Salzwüsten.

Gut für die Umwelt – und die Geldbörse

Der Überblick über die Studien zeigt die Vorteile von Streusplitt: „Beim Einsatz von Streusplitt wird die Vegetation deutlich weniger geschädigt als durch Streusalz. Außerdem greift Salz das Grund- und Oberflächenwasser an, was bei Streusplitt nicht der Fall ist“, so

DI Dr. Christian Scholler, Landschaftsökologe und -planer. Gerade für ökologisch sensible Gebiete empfiehlt sich daher der Einsatz von Streusplitt. Zudem warnt Scholler vor schnellen Schlüssen beim Kostenvergleich: „Auf den ersten Blick ist Streusalz in der Anschaffung billiger. Die indirekten Kosten durch Korrosionsschäden an Bauwerken und vor allem an Bäumen sind beim Einsatz von Streusalz wesentlich höher.“ Auch die immer wieder diskutierte Staubbelastung durch Streusplitt wird selten objektiv beurteilt. Natürlich spiegelt sich die Staubbelastung, die durch das Einkehren von Streusplitt verursacht wird, in Form von vereinzelt Tagesspitzen in den Messprotokollen wider. Aus solchen Messdaten kann man aber ebenso die Umweltauswirkungen sommerlicher Volksfeste herauslesen, trägt doch die durch Gartengriller oder Hausbrand verursachte Rauchentwicklung wesentlich zur Staubbelastung bei.

Kurze Transportwege

Während auftauende Streumittel teilweise tausende Kilometer weit an den Ort der Verwendung transportiert werden, ist Streusplitt ein regionales Produkt.



Rohstoffe aus Österreich garantieren Qualität und werden den höchsten Anforderungen gerecht.

Vorteile von Streusplitt

- ▶ Streusplitt ist bei allen Temperaturen verwendbar
- ▶ Streusplitt beeinflusst nicht die Grund- und Oberflächenwässer
- ▶ Streusplitt im Winterdienst entspricht der Alpenkonvention
- ▶ Streusplitt ist stets ein regionales Produkt und muss nicht importiert werden
- ▶ Streusplitt ist stets verfügbar und einfach auszubringen
- ▶ Streusplitt(-produktion) sichert regionale Arbeitsplätze

Dr. Carl Hennrich, Geschäftsführer des Forums mineralische Rohstoffe, erklärt: „Streusplitt wird in vielen Rohstoffbetrieben vor Ort gewonnen und ist deshalb für das regionale bzw. ländliche Straßennetz von großer Bedeutung. Die Transportwege sind kurz und die sofortige Verfügbarkeit ist stets gewährleistet. Das reduziert die Transportkosten. Gerade bei unseren langen, frost- und tauintensiven Wintern ist die Versorgung mit inländischem Streusplitt besser abgesichert als mit teilweise importiertem Streusalz.“

Verwendung von hochwertigen Materialien

Nur qualitativ hochwertige Roh-

stoffe sind wirtschaftlich langfristig rentabel, weil nur sie lange Haltbarkeit und Stabilität von Bauten garantieren. Daher ist das Forum mineralische Rohstoffe sehr auf die Qualität der Rohstoffe bedacht und passt die Produktionsabläufe immer wieder den neuesten Entwicklungen und dem Stand der Technik an. Die Voraussetzung für hochwertige Rohstoffe ist neben qualitativ guten Lagerstätten eine hochtechnische Produktion sowie die kontrollierte Einhaltung der Normen und Gesetze. Moderne Siebtechniken ermöglichen die exakte Klassierung von Splitten und Kiesen und ergeben so optimale Gesteinskörnungsgemische für jede Anforderung im Baubereich.

Die heimische Rohstoffwirtschaft sichert die Versorgung



Streusplitt wird direkt in den Regionen erzeugt. Das spart Transportkosten und sichert wertvolle Arbeitsplätze.

mit hochwertigen Materialien rasch, zuverlässig und vor Ort.

Wertschöpfung in der Gemeinde

Der Rohstoff-Verbrauch in Österreich lag in den vergangenen Jahren relativ konstant bei rund 12 Tonnen pro Einwohner und Jahr, in Summe circa 100 Millionen Tonnen jährlich. Die 220 industriellen Unternehmen und 700 Gewerbebetriebe der Branche erwirtschaften mit rund 5.000 Mitarbeitern einen Jahresumsatz von rund 580 Millionen Euro. Durch die Funktion der Streusplitt-Erzeuger als „Nahversorger“ haben diese auch große wirtschaftliche Bedeutung für die Kommunen, da auch über die Wintermonate Arbeitsplätze in der Region gehalten werden.

Anforderungen an Streusplitt

Das Forum mineralische Rohstoffe hat in Zusammenarbeit mit dem Güteschutzverband der österreichischen Kies-, Splitt- und Schotterwerke Qualitätsanforderungen an Streusplitt definiert und in der „Richtlinie Streusplitt“ umgesetzt. Alle Anforderungen sind so festgelegt, dass einerseits die mögliche Staubentwicklung minimiert und andererseits die Wirkung des Streusplitts optimiert wird. Unter www.forumrohstoffe.at/streusplittfolder.pdf finden Sie eine Tabelle mit den konkreten Anforderungen an Streusplitt. – **Sicher durch den Winter mit staubarmem und abriebfestem Streusplitt!**

Information

FORUM ROHSTOFFE
 Fachverband der Stein- und keramischen Industrie
 Wirtschaftskammer Österreich
 Wiedner Hauptstraße 63
 1045 Wien
 Tel.: +43 (0)5 90 900 - 3533
 E-Mail: steine@wko.at
www.forumrohstoffe.at

Gesundheitswesen: Debatte über neue EU-Richtlinie

EU: Grenzüberschreitende Gesundheitsvorsorge

BRÜSSEL

In Brüssel wird derzeit die so genannte „Patientenrichtlinie“ diskutiert. Damit soll eine Gesetzeslücke geschlossen werden, die bei grenzüberschreitenden Gesundheitsdienstleistungen entstanden ist. Hauptsächlich befasst sich die neue Linie mit den Rechten jener Patienten, die Gesundheitsdienstleistungen in einem anderen EU-Staat in Anspruch nehmen. Es geht vor allem um die Rückerstattung von Krankenhaus- und Arztkosten und die Frage, wie weit der eigene Ver-

sicherungsträger seine Versicherten in ihrer „medizinischen Reisefreiheit“ beschränken darf. Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) erörterte am 24. September über die Auswirkungen der sog. Patientenrichtlinie auf die kommunale Ebene. Aus österreichischer Sicht wirkt sich die Richtlinie auf die Versicherungsträger aus, die unter Umständen mit erhöhtem administrativem Aufwand zu rechnen haben. Die betroffenen Krankenhäuser wiederum müssen Wartelisten diskriminie-



Die Richtlinie sieht vor, dass Patienten auch im Ausland Gesundheitsdienstleistungen in Anspruch nehmen können und für die Behandlung nicht mehr als im eigenen Heimatland bezahlen.

rungsfrei führen und dürfen Inländer nicht vor EU-Ausländer reihen. Da in zahlreichen Staaten die Gesundheitsfinanzierung allein oder hauptsächlich den Kommunen obliegt, entwickelte sich im RGRE eine interessante Debatte. Fazit:

Die österreichischen Gemeinden sind von den Bestimmungen der Richtlinie nur am Rande betroffen. Nähere Infos unter http://ec.europa.eu/health/ph_overview/co_operation/healthcare/cross-border_healthcare_de.htm

Motor: Die meisten alternativ betriebenen Autos sind im Ländle unterwegs

Vorarlberg ist Öko-Auto-Spitzenreiter



Foto: Fritz

Die beliebteste Alternative sind so genannte Hybridautos, also Benziner mit Elektromotor.

BREGENZ

Vorarlberg hat österreichweit den höchsten Anteil an Neuwagen mit alternativem Antrieb. Laut VCÖ haben von knapp 9.000 neu zugelassenen Pkw insgesamt 64 einen alternativen Antrieb, das sind rund 0,72 Prozent. Kärnten ist vergleichsweise mit 0,22 Prozent österreichweit Schlusslicht.

„Gemeinsam aktiv“

Freiwilliges Engagement

WIEN

Im Rahmen des Ideenwettbewerbs „GEMA Gemeinsam aktiv“ werden noch bis 17. November Gemeinden mit innovativen und zukunftsweisenden Projekten zum Thema freiwilliges Engagement gesucht. Das Siegermodell wird zwei Jahre lang finanziell und organisatorisch unterstützt.

www.kommunalnet.at

Finanzen: EU-Kommission hat Zuschüsse von 2007 transparent gemacht – Rumänien ist Spitzenreiter

Förderungen aus Brüssel offengelegt

BRÜSSEL

Die EU-Kommission hat jetzt erstmals eine Liste online gestellt, in der alle öffentlichen und privaten Einrichtungen aufgelistet sind, die 2007 EU-Förderungen bezogen haben. Nach Österreich flossen demnach insgesamt 282 Millionen Euro. Am meisten ging da-

von an das UN-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (18,6 Millionen Euro). Am zweiten Platz mit 14,24 Millionen Euro liegt der ÖAD, der Österreichischen Austauschdienst – eine Agentur für internationale Bildung und Wissenschaftskooperation. Die Republik Öster-

reich selbst bekam für Projekte im Gemeinschaftsinteresse rund 10 Millionen Euro aus Brüssel. Spitzenreiter bei den geförderten Einzelbeziehern des Jahres 2007 ist Rumänien mit rund 289 Millionen Euro. Auf dem zweiten Platz der Einzelbezieher findet sich die Europäische Inve-

stitutionsbank in Luxemburg mit 163,65 Millionen Euro, gefolgt von Bulgarien mit 118 Millionen Euro. Insgesamt verteilte die EU im Jahr 2007 rund 10,59 Milliarden Euro. Die Auflistung mit allen Details finden Sie unter www.ec.europa.eu/grants/search/index_de.htm

Behindertenbericht 2008: Kleine Fortschritte, aber immer noch große Lücken

Keine Gleichstellung für Behinderte in Sicht

WIEN

Die rund 630.000 behinderten Menschen in Österreich sind laut Behindertenbericht 2008 immer noch in vielen Bereichen benachteiligt: Schlechtere Wohnverhältnisse, die Bildungs- und Erwerbsquote ist niedriger, sie verdienen weniger und sind obendrein doppelt so stark von Armut bedroht als nicht behinderte Menschen. Sozialminister Buchinger präsentierte diese traurige Bilanz kürzlich bei einer Pressekonferenz. Dabei kritisierte er vor allem die heimischen Arbeitgeber: Betriebe mit mehr als 25 Mitarbeitern müssen pro 25 Mitarbeiter einen begünstigten Behinderten einstellen. Jedoch kann man sich von dieser Verpflichtung



Immer noch gibt es für behinderte Menschen in Österreich zahlreiche Barrieren, denen sie sich stellen müssen.

frei kaufen, wenn man eine Ausgleichsgebühr von 213 Euro pro Platz und Monat bezahlt. Im Jahr 2006 zahlten Arbeitgeber rund 80 Millionen Euro an Ausgleichstaxen, die Beschäftigungspflicht war zu 65 Prozent erfüllt. Schwierigkeiten haben Behinderte vor allem bei der Beschäftigung im Innen- und Unterrichtsressort. Einen Beschäftigungsrekord erreichte man im Jahr 2007, wo zwei Drittel der 94.426 arbeitsfähigen Behinderten eine Arbeitsstelle fanden. Dennoch gebe es, so Buchinger, großen Nachholbedarf. Mögliche Lösungen seien z.B. eine Erhöhung der Ausgleichstaxe pro Platz oder die Lockerung des Kündigungsschutzes.

Niederösterreich

Vorsorgepreis 2009

ST. PÖLTEN

Das Land Niederösterreich vergibt auch im Jahr 2009 wieder den Vorsorgepreis. Ziel des Bewerbes ist es, nachhaltige Initiativen mit Vorbildwirkung in der Gesundheitsvorsorge zu würdigen und die Bevölkerung für dieses Thema zu sensibilisieren. Vereine, Schulen, Gemeinden, Betriebe und Einzelpersonen sind eingeladen, Projekte und Initiativen zu den Themen Gesundheitsförderung und -vorsorge einzureichen. Die Bandbreite kann dabei von Einzelaktionen bis hin zu dauerhaften Projekten reichen. Pro Kategorie ist der Preis mit 3.000 Euro dotiert. Einsendungen sind bis 30. November 2008 unter www.vorsorgepreis.at möglich.

Verkehrssicherheit: KfV veröffentlicht Studien

Schutzwege als Gefahrenzone

WIEN

Rund 1.300 Fußgänger verloren in den letzten zehn Jahren ihr Leben, 199 davon auf einem Schutzweg. Das besagt die kürzlich veröffentlichte Studie des Kuratorium für Verkehrssicherheit (KfV), die mit je 1000 Autolenkern und Fußgängern durchgeführt wurde. Die Ergebnisse: In der Tempo 30-Zone hielten 54 Prozent der Fahrer an den Schutzwegen, in Tempo 50-Zonen waren es nur noch 48 Prozent. Zudem geht jeder siebente Unfall auf einem Schutzweg tödlich aus. „Die mangelnde Anhaltebereitschaft vor unregelmäßig

Schutzwegen weist auf einen grundsätzlichen Machtkonflikt zwischen Lenker und Fußgänger hin, wobei die Fußgänger aufgrund ihrer physischen Schwäche das Nachsehen haben“, erklärt Dr.

Othmar Thann, Direktor des KfV. Seit 1994 besteht für Fußgänger bereits ein

gesetzlich verankerter Vorrang, der jedoch häufig ignoriert wird. Das KfV fordert insbesondere eine bessere Ausformulierung der Rechte und Pflichten, um Unklarheiten aus dem (Schutz-)Weg zu räumen.



Gemeindepertnerschaft

IIZ fördert Kulturaustausch

WIEN

Das Internationale Interkommunale Zentrum Groß Siegharts (IIZ) bietet seit geraumer Zeit Städte- und Gemeindepertnerschaften an. Nun kann im Rahmen des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ eine Förderung bzw. ein Zuschuss beantragt werden. Die Förderungen werden unter anderem für Organisations- und Reisekosten zur Verfügung gestellt. Das IIZ organisiert zudem „EU Sprechstage“ sowie diverse Fachvorträge. Auch eine Netzwerkplattform für neue Kooperationen und Kontakte wurde eingerichtet, auf der sich Menschen treffen und verknüpfen können. Mehr Informationen dazu finden Sie auf www.iiz.siegharts.at

Oberösterreichischer Gemeindetag 2008: „Wohlfühlen in unseren Gemeinden“

Geld war trotzdem das Thema Nummer 1 in Gmunden

Bereits zum 3. Mal nach 1983 und 2002 hielt der Oberösterreichische Gemeindebund seine Generalversammlung in Gmunden ab. Heuer stand der Oö. Gemeindetag unter dem Motto „Wohlfühlen in unseren Gemeinden“. Trotzdem beherrschten die Themen „Geld“ und „Demografie“ die beeindruckende Landesversammlung.

An der Spitze der mehr als 120 Ehrengäste konnte Oö. Gemeindebund-Präsident Bgm. Franz Steininger LH Josef Pühringer, die Gemeindeferenten LR Josef Ackerl und LR Dr. Josef Stockinger und Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer begrüßen. Bei der Eröffnung des Gemeindetages wies Steininger darauf hin, dass leistungsfähige Kommunen eine Grundvoraussetzung für attraktive Lebensbedingung in ganz Oberösterreich seien. „Wir müssen daher ständig daran arbeiten, dass sich die Bürger in un-

Ein Ständchen für das Geburtstagskind: Mehr als 120 Gäste und Freunde der Gemeinden sangen ein Happy Birthday für Franz Steininger.

Als bürgernächste Gebietskörperschaft ist die Gemeinde für das Funktionieren demokratischer Regeln und organisatorischer Abläufe auf allen Ebenen des Staates unverzichtbar.

Franz Steininger, Präsident des Oberösterreichischen Gemeindebundes

seren Gemeinden wohlfühlen. Als bürgernächste Gebietskörperschaft ist die Gemeinde für das Funktionieren demokratischer Regeln und organisatorischer Abläufe auf allen Ebenen des Staatswesens unverzichtbar. Es waren immer die kleinen Einheiten – die Gemeinden, die im Wandel der Geschichte die Kontinuität für den Bürger gesichert haben“, so Steininger.

Er sprach dann weiters die Auswirkungen einiger wichtiger Gesetze an und stellte fest, dass das neue Gemeindegeldgesetz, welches keine Pensionen mehr für Gemeindeärzte vorsehe, nun klare Verhältnisse gebracht habe. Zufrieden sei der Gemeindebund auch mit der Novelle des Oö. Gemeinde-Bezügesgesetzes, bei welchem sich alle vier Landtagsparteien auf einen gemeinsamen Initiativantrag geeinigt haben und welches jeder Bürgermeisterin und jedem Bürgermeister eine hauptamtliche Ausübung des Bürgermeisteramtes ermögliche. Einverstanden sei der Gemeindebund auch mit dem neuen Oö. Straßengesetz, wo eine Reihe von Forderungen des Gemeindebundes berücksichtigt worden sind. Beim leidigen Thema „Getränksteuer“ hoffe er auf einen erlösenden Abschluss der anhängigen Verfahren. „Massive Eingriffe in die Autonomie und Gestaltungsmöglichkeit der Gemeinden bzw. des Gemeinderates empfinden wir aber beim derzeit diskutierten





Waren sich einig, dass die größten Brocken für die Gemeinden auch künftig die Kinder- und die Altenbetreuung sein werden: Moderator Klaus Obereder, Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer und die Landesräte Josef Ackerl und Josef Stockinger.

Entwurf des neuen O.ö. Abfallwirtschaftsgesetzes“, übte Steiniger leise Kritik. Weiters hob er den abgeschlossenen Finanzausgleich hervor und betonte, dass in der Beurteilung des Ergebnisses darauf Bedacht genommen werden müsste, dass am Ende der Verhandlungen alle diesen Pakt unterschreiben müssen.

Starkes Serviceangebot

Der Landesgeschäftsführer des oö. Gemeindebundes, HR Dr. Hans Gargitter, wies darauf hin, dass der OÖ Gemeindebund sein Serviceangebot, z.B. Steuer-Hotline, Rechtsberatung und Mediation verbessert hat und Teile der Serviceleistung über die OÖGZ (Oberösterreichische Gemeindezeitung) mit den Serien „EU-Rechts-Teleskop“, „Unsere Gemeindebund-Juristen diskutieren“ und „E-Government von und für Praktiker“ stattfinden. Die Gemeindeverwaltungsschule, die heuer ihren 60-jährigen Bestand feiert, ist einerseits Bildungseinrichtung und andererseits Strukturhilfe, weil der Gemeindebund diese Einnahmen für seine Serviceleistungen benötigt. Er wies auf die Kooperation mit der Berufsschule in Gmunden, dem BFI und der FH Linz hin.

Einig bei den Kernfragen der Zukunft

Die Frage, was die größten finanziellen Herausforderungen der Gemeinden in der nächsten Zeit sein werden, beantwortete LR Josef Ackerl dahingehend, dass die Kinderbetreuung einiges an Kosten verursachen werde, da ca. 70 Kinderbetreuungseinrichtungen geschaffen werden müssten. Weiters stellt die

Altersfrage eine große Herausforderung dar und Menschen mit Beeinträchtigungen müsse man auch ein entsprechendes Augenmerk schenken. Ebenfalls auf die Frage der größten finanziellen Herausforderungen angesprochen meinte Landesrat Dr. Josef Stockinger, dass bisher der Fokus auf Bauprojekte gerichtet war und künftig die Finanzierung des inneren

Die Gemeinde ist das wichtigste Stück Heimat, gleich nach der Familie.

Oberösterreichs Landeshauptmann
Josef Pühringer.

Zusammenhaltes in den Mittelpunkt treten wird. Die Bereiche Alter, Bildung und Kinderbetreuung werden die Hauptgebiete sein. Es wird unumgänglich sein, gemeinsame Finanzierungskonzepte zu finden, da der Bund nicht sagen kann, das eine oder andere sei für die Bürger gratis und Länder und Gemeinden müssten es finanzieren. Präsident Helmut Mödlhammer erklärte, dass die größte Herausforderung das sein werde, was die Bürger von den Gemeinden erwarten. Gemeinden könnten die Aufgabe der Kinderbetreuung noch wesentlich besser erfüllen, wenn sie beispielsweise im Gesundheitsbereich von ihrer finanziellen Leistung befreit werden.

Auf die demografische Entwicklung angesprochen, brachte Mödlhammer zum Ausdruck, dass zwei Drittel der österreichischen Gemeinden Einwohner verlieren werden und ein Drittel mit starken Zuwächsen rechnen könne. Der Trend geht zu den Arbeitszentren. Wenn wir das blühende Österreich mit seiner Vielfalt von Gemeinden erhalten

wollen, müssen wir uns gemeinsam mit Bund und Land entsprechend anstrengen. Verstärkte Wohnbauförderung, verstärkte Wirtschaftsförderung, Förderung für Betriebsansiedlungen und stärkere Zusammenarbeit der Gemeinden sind einige Schlagworte für die Zukunft.

Eine Lanze für die Bürgermeister

LH Josef Pühringer sprach die Arbeit eines Gemeindepolitikers an, die er aus 22-jähriger Erfahrung kenne und die 24 Stunden Bereitschaft bedeute. Gemeindepolitik ist etwas Konkretes, hier gibt es keine Distanz nach Linz oder Wien, sondern in der Gemeindepolitik muss man Ja oder Nein sagen, und man erfährt die Reaktion unmittelbar. Zufriedene Gemeindebürger seien für ihn sehr wichtig, da zufriedene Gemeindebürger auch zufriedene Landesbürger seien. Lebensqualität und Lebensfreude kann nur vor Ort im unmittelbaren Lebenskreis am besten geschaffen werden. „Die Gemeinde ist das wichtigste Stück Heimat, gleich nach der Familie“, so Pühringer.

Eine Überraschung zum Schluss erlebte dann Franz Steininger. Er wusste zwar von einer Geburtstagsüberraschung (er feierte an diesem Tag seinen 60.er), hatte aber keine Ahnung, dass der letzte Teil des Gemeindetages allein ihm gehörte (siehe Bericht auf Seite 84).



Geehrt wurden Bgm. a. D. Isidor Hofbauer aus St. Rade-gund und Bgm. Dr. Herbert Sperl aus Leonding, die zu Ehrenmitgliedern des OÖ Gemeindebundes ernannt wurden sowie Bgm. a. D. ÖR. Ferdinand Strasser aus Münzbach, dem „Dank und Anerkennung“ ausgesprochen wurden. Hier mit Präsident Franz Steininger (links) und Direktor Hans Gargitter (rechts).

Goldenes Ehrenzeichen und „Präsident-Steininger-Marsch“ an einem Tag

Happy Birthday Mr. President

Zufall oder nicht: Franz Steininger, Präsident des Oberösterreichischen Gemeindebundes, feierte seinen 60. Geburtstag am Tag des Gemeindetages. Zu diesem Jubiläum warteten vier Überraschungen auf ihn, die diesem Festtag auch gerecht wurden.

Präsident Steininger wusste, dass am Gemeindetag etwas geplant war, nur nicht, was. Denn dass der Schlussteil des Gemeindetages ihm gewidmet war, wurde ihm verheimlicht. Überraschung Nummer 1: Marilyn Monroe stellte sich als Gratulantin ein. Über ihren Auftritt freute sich nicht nur der Präsident.



Die Überraschungen Nummer 2 und 3: Franz Steininger, hier mit Gattin Katharina, erhält von LH Josef Pühringer das Goldene Ehrenzeichen des Landes Oberösterreich. Und die Vizepräsidenten des Oö. Gemeindebundes Hans Hingsamer und Fritz Kaspar überreichen das Präsent des Verbandes, ein Glaskunstwerk des berühmten Künstlers Helmut Hundstorfer.

Überschung Nummer 2: In Vertretung des Landesausschusses bedankten sich die beiden Vizepräsidenten LAbg. Bgm. Hans Hingsamer und Bgm. Fritz Kaspar beim Präsidenten für seine hervorragende Arbeit. Vizepräsident Hingsamer betonte, dass das bisherige Leben von Präsident Steininger dem Gemeinwohl gewidmet war und der Präsident immer wieder um entsprechende Rahmenbedingungen in rechtlicher und wirtschaftlicher Hinsicht für unsere Gemeinden bemüht ist. Wir wissen, dass dein Leben immer den

Menschen zugewandt und sehr feinfühlig war, führte der Vizepräsident weiter aus und gratuliert dann glasklar. Der Vizepräsident überreichte mit herzlichen Glückwünschen ein Glaskunstwerk des berühmten Oberösterreichischen Künstlers Helmut Hundstorfer mit dem Bemerkten, dass er dieses Kunstwerk mit der gleichen Sorgfalt behandeln möge, wie er seine Familie, die Menschen in seiner Gemeinde und die Mitglieder des Landesausschusses behandelt. Überraschung Nummer 3: Der Höhepunkt des OÖ Gemeindetages war erreicht, als Landeshauptmann Dr. Pühringer abermals die Bühne betrat, um Präsident Bgm. Steininger nicht nur zum 60. Geburtstag zu gratulieren, sondern ihm auch das Goldene Ehrenzeichen des Landes Oberösterreich, eine der höchsten Auszeichnungen, die Oberösterreich zu vergeben hat, zu verleihen. Der Landeshauptmann betonte in seiner Laudatio, dass Präsident Steininger in seiner Gemeinde viel geschaffen hat und dass er aus der Kenntnis der Probleme und Lösungen, die auf Gemeindeebene gefragt sind, viel Know-

How, Wissen und Erfahrung in die Funktion des Gemeindebund-Präsidenten miteinbringt. Der Landeshauptmann bezeichnete Präsidenten Steininger als einen, der Fortschritt zulässt und um Konsens, aber nicht um Konsens um jeden Preis bemüht ist. Präsident Steininger zeichnet seine Geradlinigkeit und Korrektheit, seine Kompetenz und sein Durchsetzungsvermögen, sein Fleiß und Engagement, aber auch seine Menschlichkeit uns sein soziales Verständnis aus. Dies alles schloss Landeshauptmann Dr. Pühringer in seine Glückwünsche und Dankesworte ein. Überraschung Nummer 4: Der OÖ Gemeindetag wurde nicht wie üblich mit der OÖ Landeshymne beendet, sondern schloss mit der Uraufführung des „Präsident-Steininger-Marsches“, den Musikschuldirektor Hans Holzner auf Wunsch des OÖ Gemeindebundes seinem Bürgermeister komponierte. Der „Präsident-Steininger-Marsch“ wurde von der Musikkapellenformation „MAN in Black“ unter Kapellmeister Karl Holzner uraufgeführt.

Herzlichen Glückwunsch, Herr Präsident, zum 60. Geburtstag.



Überschung Nummer 1: Der Auftritt von Marilyn Monroe freute nicht nur den Präsidenten.

Mit „Freiwillig 30“ Leben retten

Schnellfahren ist kein Kavaliersdelikt!

Zu hohe Geschwindigkeit ist die Hauptursache tödlicher Verkehrsunfälle in Österreich. In vielen Wohngebieten und Gemeinden fehlt jedoch die geeignete Tempolimit-Beschilderung. „Freiwillig 30“ Hinweisschilder haben eine klare Botschaft und benötigen zudem keine behördliche Anordnung, um sie auf zu stellen.

Jeder dritte tödliche Verkehrsunfall geschieht wegen zu hoher Geschwindigkeit – das besagt eine Untersuchung des VCÖ und der Statistik Austria. Im Jahr 2008 sind bisher schon 175 Menschen bei einem Verkehrsunfall tödlich verunglückt. Seit 2000 sind es 2.860 Menschen, die auf den Straßen ihr Leben lassen mussten – das sind mehr Menschen, als beispielsweise die Gemeinde Weyer (OÖ) Einwohner hat. Auch Fußgänger fallen Räsern im Straßenverkehr immer häufiger zum Opfer. Dabei sind besonders Kinder und Senioren gefährdet. Verkehrszeichen, die auf Schulen oder Seniorenheimen aufmerksam machen, fehlen vielerorts. Zudem benötigen Verkehrsschilder eine behördliche Anordnung, um aufgestellt zu werden. Daher wurden Hinweisschilder entwickelt, die der Autolenker zwar nicht per lege beachten muss, aber auf die Situation aufmerksam gemacht wird.

Schildtext frei wählbar

„Freiwillig 30“- Hinweisschilder können ohne behördliche Wege aufgestellt werden – wann und wo es die Gemeinde möchte. Dabei kann individuell auf die



„Freiwillig 30“ Hinweisschilder benötigen keine Behördengänge, keinen Papierkrieg und fördern die Sicherheit auf den Gemeindestraßen.

Gefahrensituation hingewiesen werden: Ob Schulweg (z.B.: „Freiwillig 30 Schule“), Ortseinfahrt, Wohnstraße oder Seniorenheim, der Text kann beliebig gewählt werden. Zahlreiche Verkehrszeichen auf

den Straßen verwirren unnötig – daher ist eine klare Botschaft umso wichtiger, um die Sicherheit der Gemeindemitglieder zu gewährleisten.

Bewährte Maßnahme

„Freiwillig 30“ Schilder sowie altbekannte „Achtung Kinder“-Hinweisschilder haben sich in den Gemeindegebieten als besonders wirksam herausgestellt, obwohl sie nur auf freiwilliger Basis zu befolgen sind – das Bewusstsein der Autofahrer für gefährdete Mitmenschen wird dennoch gestärkt. Und jeder Unfall der vermieden werden kann, jeder Raser, der gestoppt werden kann, ist ein Erfolg. Nehmen Sie Ihre Verantwortung als Vertreter Ihrer Gemeinde wahr und bestellen Sie Hinweisschilder via Telefon, Fax oder E-Mail.

Kontakt

Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH
Kommunalbedarf
1010 Wien
Tel.: 01 532 23 88 / 35
Fax: 01 532 23 88/ 45
verkehrserziehung@kommunal.at
www.kommunalbedarf.at

Burgenland

Dorferneuerungsprojekt ermöglicht neues Profil

„Team Dorferneuerung“ ist in Parndorf aktiv

PARNDORF

Unter dem Motto „Neue Freiräume für Parndorf“ sollen der ehemalige Dorfanger, der Maria-Theresien-Park, der große Kreisverkehr am Ortseingang, der Veranstaltungs- und Festplatz sowie die Friedhofsstraße neu gestaltet werden. Umgesetzt wird das Projekt in den nächsten Jahren vom 30-köpfigen „Team Dorferneuerung“. Die Bevölkerung soll dabei so viel wie möglich in den Prozess eingebunden werden. Unterstützt wird das Projekt von dem 5. Jahrgang der Höheren Bundeslehr- und Forschungsanstalt für Gartenbau Schönbrunn. Bei

der Bepflanzung wird die besondere Vegetation des pannonischen Raumes und der alten Heidelandschaft im Mittelpunkt stehen. Mit einbezogen wird auch die Frage nach den Erhaltungskosten der lokalen Grünflächen. „Wir wollen nicht nur eine hohe Lebensqualität erhalten, sondern die Burgenländerinnen und Burgenländer ermutigen, verstärkt Eigeninitiative zu entfalten, um wirklich alle Zukunftschancen nutzen zu können, denn aktive und kreative Dorfentwicklungsprozesse sind wichtig, um die burgenländischen Dörfer weiterhin lebens- und liebenswert zu erhalten.“



Die Senioren freuen sich über die durch das „60plusTaxi“ gewonnene Mobilität.

Zurndorf macht Taxifahren für Senioren billiger

„60-Plus-Taxi“ kommt gut an

ZURNDORF

Auch die Gemeinde Zurndorf nimmt an den Initiativen „60plusTaxi“ und „Jugendtaxi“ teil. Damit ermöglicht es die Gemeinde Senioren und Jugendlichen, günstiger Taxi zu fahren. Damit sollen Einkäufe, Arztbesuche, usw. leichter ermöglicht werden und die Mobilität der älteren Generation gewährleisten. Das Interesse der Gemeindebe-

wohner sei groß, heißt es. Mit den zur Verfügung gestellten Taxigutscheinen wird das Taxifahren – dank Zuschuss der Gemeinde – etwa um die Hälfte billiger. Die von der Wirtschaftskammer initiierte Aktion soll die Lebensqualität von Jugend und Alter in den Gemeinden stärken. Viele Kommunen haben sich Zurndorf bereits angeschlossen.



Kärnten

Maßnahmenpaket zur Konjunktur Stabilisierung

Finanzkrise: Land Kärnten greift ein

KLAGENFURT

Kärnten hat ein eigenes Maßnahmenpaket zur Konjunktur Stabilisierung und Förderung der Beschäftigung geschnürt. Die einzelnen Schwerpunkte stellte Landeshauptmann Jörg Haider noch wenige Tage vor seinem tödlichen Verkehrsunfall in einer Pressekonferenz vor. So habe der Bund grünes Licht für ein neues, 160 Mio. Euro schweres Konjunkturpaket für Kärnten gegeben. Zudem soll es beschäftigungswirksame KWF-Förderungen für Kleinbetriebe und die mittelständische Wirtschaft geben. Das gemeinsame 160 Millionen Euro Konjunkturpaket von Bund

und Land ist für fünf Jahre angedacht, je fünf Millionen Euro werden Bund und Land pro Jahr an verlorenen Zuschüssen einsetzen. Das sind insgesamt 50 Mio. Euro. Hinzu kommen noch 110 Mio. Euro an Haftungen und Garantien. Das Paket zielt auf die Neuschaffung von Arbeitsplätzen ab. Zudem soll, so Haider bei der Konferenz, bei der Kleinbetriebförderung die bestehende 1.000 Euro-Prämie für die Schaffung eines Arbeitsplatzes „erheblich erhöht“ werden. Auch der Ausbau der Nahversorgung im ländlichen Raum soll die Konjunktur ankurbeln und Beschäftigung fördern.

Land und Stadt Klagenfurt konnten sich einigen

Verkauf von Bad Saag steht fest

KLAGENFURT

Die Stadt Klagenfurt und das Land haben sich geeinigt: Bad Saag wird für 3,15 Millionen Euro von der Seeimmobiliengesellschaft (SIG) gekauft. SIG-Chef René Oberleitner zur

Zukunft des Bades: „Derzeit gibt es zwar viele Ideen für dieses riesige Grundstück, aber es ist noch nichts entschieden.“ Er schätzt, dass in einem Monat alle Vertragsformalitäten erledigt sind.



Niederösterreich

Klimabündnis-Gemeinde

250.000 Euro für Umweltschutz

ST. PÖLTEN

Die Klimabündnis-Gemeinden in Niederösterreich haben sich zum Ziel gesetzt, gemeinsam und Schritt für Schritt die CO₂-Emissionen zu reduzieren. Dabei setzen die Gemeinden zahlreiche Aktionen um: Dort wo es möglich ist, sagen sie auch „Nein“ zum Auto. Für die mehr als 300 Mitglieds-Gemeinden werden nun vom Land Niederösterreich zusätzlich 250.000 Euro zur Verfügung gestellt. Damit sollen neue Klimabündnis-Gemeinden akquiriert sowie die aktive Gemeindebetreuung verbessert und das Klimabündnis auch in den Regionen verankert werden.



StA.-Dir. Mag. Rudolf Polt, Abteilungsleiter Norbert Schmied, Bereichsleiterin und Projektleiterin des Homepage-Relaunches DI (FH) Daniela Zimmermann, Projektmitglied Karin Wolf und Bundesrat Bgm. Kurt Strohmayer-Dangl freuen sich über die Auszeichnung.

Barrierefreie Homepage ausgezeichnet

1. Platz für Waidhofen/Thaya

Waidhofen/Thaya

Im Rahmen des „ebiz e-government award 2008“ holte die Homepage der Gemeinde Waidhofen/Thaya im Bereich „Barrierefreiheit in der IT“ den ersten Platz. Die Waidhofener Homepage kommt auch bei der Be-

völkerung sehr gut an. Die Zugriffe liegen derzeit zwischen 4.000 und 5.000 pro Monat. Insgesamt waren 15 Projekte aus ganz Niederösterreich für den „ebiz e-government award“ nominiert.

www.waidhofen-thaya.at

350.000 Euro jährlich

Bergrettung weiter gefördert

ST. PÖLTEN

Für weitere fünf Jahre, vorerst bis 2013, unterstützt das Land Niederösterreich die Bergrettung, und zwar mit 350.000 Euro jährlich. Das sicherte LH Erwin Pröll zu und begründete die Finanzspritze mit den steigenden Einsätzen der Bergrettung, in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 gab es nämlich bereits rund 600 Einsätze. „Die Bergrettung ist eine wichtige Säule des nö. Rettungswesens“, so Pröll. Zudem würden die rund 1.300 freiwilligen Bergretter bei ihren Einsätzen regelmäßig ihr Leben riskieren, unterstrich der Landeshauptmann.



Oberösterreich

Zwei Vier-Sterne-Hotels schaffen 100 Arbeitsplätze

Hotelprojekte sollen Pyhrn-Region beleben

WINDISCHGARSTEN/ EDLBACH

In Windischgarsten könnte bereits im März oder April 2009 Baubeginn für ein neues Vier-Sterne-Hotel mit 180 Betten sein. Die Gesamtkosten für das als „Kräuterhotel“ bezeichnete Hotel sind mit rund 20 Millionen Euro beziffert. Der Tourismus-Betrieb wird sich auf Wellness und Gesundheit spezialisieren. In Windischgarsten entstehen durch das Hotelprojekt rund 40 bis 70 neue Arbeitsplätze. In der Pyhrn-Priel-Region mangelt es an Vier-Sterne-Hotels, jährlich

gibt es rund 600.000 Nächtigungen. Darauf reagiert auch die Nachbargemeinde und startet ein Millionenprojekt, das den Tourismus in der Region beleben soll: Das beliebte Hotel Bischofsberg in der Gemeinde Eslbach soll saniert werden. Dabei werden vier bis fünf Millionen Euro investiert. Spätestens im Dezember nächsten Jahres soll der Vier-Sterne-Betrieb mit 200 Betten in neuem Glanz eröffnet werden, bestätigt der Edlbacher Bürgermeister Johann Feßl.



Seit 1. Oktober sind Kuraufenthalte für Senioren leistbarer.

Zuschuss für Senioren mit geringem Einkommen

Land fördert Kuraufenthalte

LINZ

Für alle OberösterreicherInnen über 60 Jahre mit geringem Einkommen gewährt das Land OÖ künftig einen höheren Zuschuss für Kuraufenthalte. Die Förderung gilt für alle Erholungs-orte innerhalb der EU und in allen Ländern, die an Österreich angrenzen. Im

Regelfall wird die Hälfte der Gesamtkosten, jedoch mindestens 40 Euro und maximal 90 Euro pro Person und Woche zur Verfügung gestellt. Der Antrag ist mittels Formular an die Abteilung Soziales zu richten. Infos und Formular auf

www.ooe.gv.at



Salzburg

Foto: InfoMediaWorx.com



LR Eisl betont die Wichtigkeit von Holz, dem „Rohstoff der Zukunft“ als Wegbereiter zur Energieunabhängigkeit.

Land unterstützt Maßnahmen für Waldbewirtschaftung

560.000 Euro für Forstwirtschaft

SALZBURG-STADT

Beim Waldbauerntag am 26. September kündigte Land- und Forstwirtschaftsreferent LR Sepp Eisl an, dass das Land Salzburg künftig die Forstwirtschaft finanziell stärken möchte: „Mit rund 560.000 Euro unterstützt das Land im heurigen Jahr Maßnahmen zur

Verbesserung der Waldstruktur, den Forststraßenbau, Forstschutzmaßnahmen, Bildungsangebote, Waldpädagogik-Projekte und vieles mehr. Inklusive EU- und Bundesgeld sind es fast drei Millionen Euro, die heuer in eine nachhaltige Waldbewirtschaftung fließen“, so Eisl.

10 Jahre Projekt „Gesunde Gemeinde Bischofshofen“

Bischofshofen ist gesünder geworden

BISCHOFSHOFEN

Die Pongauer Gemeinde Bischofshofen feierte kürzlich das 10-jährige Bestehen des Projektes „Gesunde Gemeinde Bischofshofen“. Ziel der Initiative war und ist es, das Gesundheitsbewusstsein der Bewohner zu stärken. Bisher fanden bereits mehr als hundert Veranstaltungen und Kurse zu unterschiedlichen Gesundheitsthemen – von Suchtprävention über das Burn-Out-Syndrom, bis zu Feng Shui und Nordic Walking – statt. Seit 2007 nimmt die Gemeinde zudem am Projekt „Gesundes Salzburg 2010“ teil und hat dabei für Bewegung, Ernährung, Entspannung und Nicht-Rauchen

die Gesundheitsarbeit weiter intensiviert. Ziel des Projektes ist das Reduzieren von Herz-Kreislauf-Erkrankungen, die durch eine Änderung des Lebensstiles der GemeindebewohnerInnen erreicht werden soll. Bischofshofen hat im Rahmen der Initiative bereits zahlreiche Aktivitäten erfolgreich durchgeführt, wie das Projekt „Wien Marathon 2008“, ein „Winter Walking Training“, oder „Bischofshofen in Bewegung“. Landeshauptfrau Gabi Burgstaller: „Bischofshofen ist zu einer gesunden Vorzeigegemeinde geworden, und hier profitiert die Bischofshofener Bevölkerung!“



Steiermark

Pflege: Qualität steigern

Fortbildung für Heimhelfer gratis

GRAZ

Für HeimhelferInnen ist nunmehr ein höherer Ausbildungsstandard gesetzlich vorgeschrieben. LH.Stv. Kurt Flecker konnte nun veranlassen, dass die Ausbildung kostenlos ist. In Zusammenarbeit mit dem AMS und dem Europäischen Sozialfonds gewährleistet das Land Steiermark, 100 Prozent der Weiterbildungskosten zu übernehmen. Damit werden die Arbeitsplätze der HeimhelferInnen gesichert und die Qualität der Pflege maßgeblich verbessert. Die finanzielle Investition leistet das AMS unter Verwendung von EU-Mitteln.

Foto: Lebensministerium



Da Naturkatastrophen infolge des Klimawandels stark zunehmen, sind in den Regionen schützende Maßnahmen gefragt.

100 Jahre steirische Wildbach- und Lawinenverbauung

15 Millionen jährlich für Schutzbauten

GRAZ

In der Steiermark feierte heuer die Wildbach- und Lawinenverbauung ihr 100-jähriges Jubiläum. Jährlich baut die Organisation Schutzbauten um rund 15 Millionen Euro. Naturkatastrophen wie sie 2005 in Gasen oder dieses Jahr in Radmer der Fall waren, soll so weiterhin vorgebeugt werden. Große Herausfor-

derung: Der Klimawandel. Naturkatastrophen gibt es immer häufiger. Die Wildbach- und Lawinenverbauung ist im Jahr in etwa 70 steirischen Gemeinden tätig. Bis zum Jahr 2010 will die Organisation für alle steirischen Gemeinden einen Gefahrenzonen-Plan erstellen, damit jede Kommune weiß, wo gebaut werden kann und wo nicht.

Schülerfreifahrt

Johnsbach muss draufzahlen

JOHNSBACH

Die Schülerfreifahrt sollte eigentlich Bundessache sein, in Johnsbach aber muss die Gemeinde zahlen, damit die Schüler nach Admont kommen. Unterstützt werden sie mit nur 40 Euro pro Tag, das sei laut Bgm. Ludwig Wolf nur ein Bruchteil der tatsächlichen Kosten. Nun einigte man sich darauf, als Gemeinde einen Bus zu leasen. „Es wird immer davon gesprochen, dass man den ländlichen Raum stützen muss. In Wahrheit sind wir die letzten in der Kette, die drauf zahlen“, zeigt sich der Bürgermeister verärgert.



Tirol

Innsbruck fördert den Bau von Solaranlagen

Aktion „Umwelt plus Sonne“

INNSBRUCK

Seit 1. Oktober fördert die Stadt Innsbruck jeden, der den Bau einer Solaranlage plant – und das unabhängig vom Einkommen. Die Maximalförderung bei der Warmwasserbereitung beträgt pro förderbarer Wohneinheit 1.400 Euro, bei

Warmwasserbereitung und Heizunterstützung 2.000 Euro. Diese Aktion „Umwelt plus Sonne“ ist vorerst bis 2013 befristet. Damit will die Stadt die Feinstaubbelastung spürbar und nachhaltig senken.

Mehr als 17 Millionen Euro für Tiroler Gemeinden

Bedarfszuweisungen ausbezahlt

INNSBRUCK

Das Land Tirol hat für im öffentlichen Interesse stehende Projekte von Gemeinden Fördermittel von mehr als 17 Millionen Euro genehmigt. Damit sollen Altenheime, Schulen, Verkehrsinfrastruktur sowie Wildbach- und Lawinerver-

bauungen finanziell unterstützt werden. „Ausbezahlt werden auch noch Sonderförderungen für die Ausstattung von Kindergärten in der Höhe von 80.000 Euro sowie für die Dorferneuerung in der Höhe von über 178.000 Euro“, so LH Günther Platter.

„Energy Globe Tirol“ ging an Stadt Innsbruck

Auszeichnung für größtes Passivhaus

INNSBRUCK

Die größte Passivhausanlage Österreichs ist in Innsbruck, auf dem sog. „Lodenareal“, beheimatet und hat kürzlich den Energy Globe Tirol erhalten. Die Mieter der innovativen Wohnanlage sparen v.a. Betriebskosten, da die Anlage mit ihren 354 Wohnungen nur mehr ein

herkömmlicher Wohnbauten benötigt. Eine 50 m² Wohnung soll demnach 350 Euro monatlich kosten. Zudem sind durch den geringen Energieverbrauch die Mieter weitgehend unabhängig von Preissprüngen auf den Energiemärkten. Mit dem Energy Globe, der auch österreich- und weltweit verliehen wird, werden jährlich nachhaltige und ressourcenschonende



Projekte ausgezeichnet.



Vorarlberg

Bereits 178 Familienprojekte im Ländle umgesetzt

Familiengerechte Gemeinden boomen

BREGENZ

Bereits seit 1996 engagieren sich die Gemeinden im Ländle für mehr Familienfreundlichkeit. 66 der insgesamt 96 Kommunen nehmen regelmäßig an Aktionen teil, die das Familienwohl fördern. Bei den bisher 178 Projekten entstan-

den u.a. bereits neue Kinderspielplätze, Bibliotheken, Jugendräume und Kinderbetreuungsplätze. In fast allen Gemeinden werden die Vorhaben zusammen mit ehrenamtlichen Mitarbeitern umgesetzt. Für die Projekte stellt das Land Gelder zur Verfügung.



Die „Familiengerechten Gemeinden“ sichern die Lebensqualität und stärken das Zusammenleben in der Region.

Land startet Initiative

Mehr Sicherheit am Zebrastreifen

BREGENZ

Als erstes Bundesland in Österreich hat Vorarlberg eine umfassende Sicherheitsinitiative für Schutzwege gestartet. Das Land investiert bis Ende 2009 rund 500 000 Euro, um die Sicherheit an den Zebrastreifen zu verbessern. Nun werden bei einem Viertel der Schutzwege die Bodenmarkierungen erneuert bzw. verändert. Auffällige Querstreifen, die die Fahrbahn optisch verengen, sollen den Autofahrer zum bremsen veranlassen. Zudem werden die Beleuchtung, der Zugang zu Schutzwegen und Gehsteigen optimiert.

Wettbewerb

Tourismus: Innovationen

BREGENZ

Bereits zum 14. Mal hat Vorarlberg Tourismus kreative Touristiker des Landes ausgezeichnet. Den Hauptpreis, mit 2.000 Euro Preisgeld dotiert, und den „innovations-award“ bekam der Montafon Tourismus sowie die Gemeinde und das Tourismusbüro Langenegg. In Langenegg überzeugte der sog. Energieweg, auf dem die Formen von Energie künstlerisch dargestellt wurden. Über das Preisgeld von je 1.000 Euro konnten sich Kleinwalsertal Tourismus, Bergaktiv Brandnertal und die „Krone“ Hittisau freuen.



„Navigieren“ in Südtirol etwas erleichtern

Umfassendes digitales Straßennetz wird erstellt

BOZEN

Wer heute eine Adresse einer Südtiroler Gemeinde in sein Navigationsgerät eintippt, der wird leider nahezu immer enttäuscht, da entweder die Straße oder die Hausnummer unbekannt sind. Aber nicht mehr lange!

In Südtirol gibt es Landesstraßen, Gemeindegewege, Forst- oder Almwege, Wan-

nützlicher Dienst geboten werden, der nicht nur den Autofahrern, sondern vor allem auch den Notdiensten (Rettungsdienste, Feuerwehren, Zivilschutzorganisationen usw.) zu Gute kommt. Mit den Angaben „Ort – Straße – Hausnummer“ wird man in ganz Südtirol jedes Ziel genau und über die schnellste oder kürzeste Route erreichen können. Das Erheben der Daten ist aber eine Knochenarbeit. Ein Mitarbeiter des Gemeindenverbandes, unterstützt von einem ortskundigen Mitarbeiter der jeweiligen Gemeinde, trägt derzeit alle Angaben in das Geographische Informationssystem ein. Wo notwendig, wird der Verlauf der Gemeindestraßen und der Privatwege korrigiert bzw. ergänzt.

Mittlerweile wurde so das Wegenetz mit Hausnummern in einigen Gemeinden richtig gestellt. Gleichzeitig bemühen sich die Landesämter, die Forstwege, die Staats- und die Landesstraßen, die Radwege, die Autobahnen, die Tunnels sowie die Brücken zu aktualisieren. Ziel ist es, ein umfassendes digitales Straßennetz zu erstellen, das über den Verlauf und den Zustand der Wege informiert und auch alle Hausnummern auf den Bildschirm bringt.

derwege, Güterwege für Lastkraftwagen und Traktoren, Konsortialwege, private Straßen, Radwege, Staatsstraßen und Autobahnen. Die Gesamtlänge aller dieser Wege ist größer als der Erdumfang! Die Landesverwaltung und der Gemeindenverband haben für die Verwaltung dieses Straßennetzes ein Geographisches Informationssystem (GIS) ins Leben gerufen. Basierend auf Luftaufnahmen können dort Wege eingezeichnet sowie deren Typ festgelegt werden – und was besonders wichtig ist: Auch Hausnummern können eingegeben werden! Damit können dann Datenbanken von Navigationssystemen fachgerecht aktualisiert werden. Künftig kann so ein sehr



Mit den Angaben „Ort – Straße – Hausnummer“ wird man künftig in ganz Südtirol jedes Ziel genau und über die schnellste oder kürzeste Route erreichen.



Kontakt

Südtiroler
Gemeindenverband
Gen.m.b.H., Kanonikus-
Michael-Gamper-Straße
10, I-39100 Bozen
Tel 0039-0471-304655,
Fax 0039-0471-304625
Email: sgv@gvcc

Burgenland

Runde Geburtstage im „Land der Burgen“ Ein 55-er und fünf 60-er

Runde Geburtstage gab's im Burgenland zu feiern. Wie uns der burgenländische Gemeindebund mitteilte, feiern gleich fünf Bürgermeister ihren 60. Geburtstag. Es sind dies Bgm. LABg.a.D. Thomas Wilhelm aus Jennersdorf (24. September), Bgm. Stefan Rozenich aus Großwarasdaorf (23. Oktober), Bgm. Rudolf Draskovits aus Mannersdorf/Rabnitz (24. Oktober), Bgm. Pfnaisl Rudolf aus Draßmarkt (30. Oktober) und NR Bgm. Franz Glaser aus Burgauberg-Neudau-berg (18. November)

Und einen 55-er gab es auch zu feiern: Bgm. Josef Kolby aus Mönchhof (4. Oktober).

Wir gratulieren



Thomas Wilhelm



Stefan Rozenich



Rudolf Draskovits



Rudolf Pfnaisl



Franz Glaser



Josef Kolby

Für Verdienste um die Republik

Ehrungen des Bundes

Mit Entschließung vom 2. September 2008 hat Bundespräsident Dr. Heinz Fischer verliehen:

- Das Goldene Verdienstzeichen der Republik an
 - ▶ **Bernhard Geyer**, ehem. Bürgermeister der Marktgemeinde Neumarkt im Hausruck in Oberösterreich.
 - ▶ **Dir. Werner Pflieger**, ehem. Bürgermeister der Marktgemeinde Peilstein im Mühlviertel in Oberösterreich.

Das Goldene Medaille für Verdienste um die Republik an
▶ **Franz Lehner**, ehem. Vizebürgermeister der Gemeinde Unterweikersdorf in Oberösterreich.

Mit Entschließung vom 17. September 2008:

- Das Große Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik an
 - ▶ **Josef Jahrmann**, Abgeordneter zum niederösterreichischen Landtag und Bürgermeister der Marktgemeinde Loosdorf in Oberösterreich.

- Das Goldene Verdienstzeichen der Republik an
 - ▶ **Franz Priewasser**, ehem. Bürgermeister der Marktgemeinde Helpfau-Uttendorf in Oberösterreich.
 - ▶ **Franz Steinhäusler**, ehem. Bürgermeister der Gemeinde St. Konrad in Oberösterreich.

Bürgermeister-Personalia

Jüngste Rochaden im Amt

► **FLACHAU:** Nachdem **Hans Weitgasser** von seinem Amt als Gemeindeoberhaupt in Flachau (Salzburg) zurückgetreten ist, wurde **Thomas Oberreiter** einstimmig zum Bürgermeister der rund 2650-Einwohner-Gemeinde gewählt. Oberreiter, geboren 1965, ist verheiratet und hat zwei Kinder. Er ist seit 1991 als Amtsleiter der Gemeinde Flachau tätig. Oberreiter ist Mitglied der Trachtenmusikkapelle und der Feuerwehr sowie Spielerleiter der Theatergruppe Flachau.

► **PIBEREGG:** Der 1952 geborene **Siegfried Reinprecht** wurde nach einstimmigen Beschluss mit 1. August 2008 von seinem Vorgänger und Bezirkshauptmann **Hannes Peißl** zum Bürgermeister der Gemeinde Piberegg in der Steiermark bestellt. Reinprecht betonte in seiner Antrittsrede, dass er den sozialen Weg seiner Vorgänger

Franz Nußbacher und Hannes Peißl weitergehen werde. Reinprecht war 19 Jahre lang Vizebürgermeister von Piberegg und ist bereits seit 1985 im Gemeinderat.

► **WINDHAAG:** Mit 10. Juli 2008 wurde **Erich Traxler**, geboren am 5. Mai 1964 in Windhaag, einstimmig zum Bürgermeister der Gemeinde Windhaag bei Freistadt in Oberösterreich gewählt. Traxlers Slogan lautet: „Miteinander für unser Windhaag!“ Unter diesem Motto hat er bereits einige Vorhaben ins Auge gefasst, darunter die Aufwertung des Ehrenamtes, den Bau der Wohnhausanlage am Schmollfeld und die Planung und Errichtung des Kommunalzentrums. Er möchte in den kommenden Monaten Hausbesuche bei den Bürgern durchführen, um ihre Anliegen und Sorgen zu erfahren. Beruflich ist Traxler Polizist.

Personelles

Neues Vorstandsmitglied bei der Kommunalkredit

Auf Pascal Becker folgt Pierre Vérot

PARIS/WIEN
In einer gemeinsamen Veranstaltung des Vorstandes und der Mitarbeiter der Kommunalkredit verabschiedete Generaldirektor Dr. Reinhard Platzer Ende September sein langjähriges Vorstandsmitglied Mag. Pascal Becker, der nach fünf Jahren in Wien nach Paris zurückkehrt. Gleichzeitig präsentierte er seinen Mitarbeitern Pierre Vérot als neues Mitglied im Vorstand. Vérot ist



Pierre Vérot

Foto: Kommunalkredit

ein erfahrener Banker aus dem Hause des Miteigentümers Dexia Crédit Local, der mit 1. Oktober die Nachfolge Beckers antritt. Pierre Vérot, geboren 1966, ist seit 1997 in der Dexia-Gruppe tätig. Im Vorstand der Kommunalkredit ist er 1. Oktober für den Bereich des Asset Managements sowie insbesondere für die Synergien zur Dexia-Gruppe verantwortlich zeichnen. Er ist verheiratet, Vater von vier Kindern und interessiert an zeitgenössischer Architektur.

Jubiläum



Bgm. Vinzenz Rauscher, LR a. D. Max Rauscher, Liesl Tillian, Präsident a. D. Rudolf Tillian, Präsident Bgm. Hans Ferlitsch und Landesgeschäftsführer a. D. Dir. Helmut Lackner.

Rudolf Tillian feierte 95. Geburtstag

Nach 30 Jahren Politik: „Verbale Watscherei“ bringt nichts

Der langjährige Präsident des Kärntner Gemeindebundes feierte seinen 95. Geburtstag. Nicht nur die Familie gratulierte, auch etliche Kollegen des öffentlichen und politischen Lebens kamen zur Feier in den Lerchenhof in Hermagor.

„Freude am Dasein, Teilnahme am öffentlichen Leben und Gesundheit für die Familie“, wünscht sich das „Geburtstagskind“ zu seinem Festtag.

Der Präsident des Kärntner Gemeindebundes Bgm. Hans Ferlitsch sowie Vizepräsident Bgm. Vinzenz Rauscher übermittelten ihre Glückwünsche. Ferlitsch lobte in seinen Grußworten die herausragenden Leistungen Tillians für die Kärntner Gemeinden. Weitere Gäste wie Landesrat a. D. Max Rauscher mit seiner Gattin Gerda, der langjährige Landesgeschäftsführer Direktor Helmut Lackner, der Literat Arnold Ronacher, Erich Rossian vom Pensionistenverband, der SP-Bezirksparteiobmann Siegi Astner sowie VP-Stadtrat Hannes

Kandolf gratulierten zum 95. Geburtstag. Tillian war unter anderem Bürgermeister, Abgeordneter, Landtagspräsident, Obmann der SPÖ-Bauern sowie Präsident des Kärntner Gemeindebundes. 1963 bis 1979 war Tillian unter den Landeshauptmännern Ferdinand Wedenig, Hans Sima und Leopold Wagner erster Landtagspräsident. Er wirkte beim Aufbau des Gymnasiums in Hermagor, der Bergbauernförderung, der Aufschließung des Naßfeldes zur Skiregion und dem Bau der Gailtalklinik mit. Er wollte immer „das Bestmögliche für die ländlichen Regionen“. „Ich bin neugierig und habe auch den Mut mich zu äußern, wenn ich etwas für falsch halte. Leider können die Großparteien in Österreich nicht zusammenarbeiten. Diese verbale Watscherei führt zu nichts“, kommentiert das Geburtstagskind die aktuelle politische Situation. Der dreifache Vater steht auch heute noch in Briefkontakt mit Bundespräsident Heinz Fischer.

Handbuch

Gleitzeit

Rahmenbedingungen und Gestaltung

Das Praxishandbuch Gleitzeit schließt eine wesentliche Lücke in der einschlägigen arbeitsrechtlichen Literatur und gibt durch die Einbeziehung der sozialversicherungs- und steuerrechtlichen Aspekte dem Praktiker Antworten auf alle wesentlichen Fragen.

Einführend werden die arbeitszeitrechtlichen Grundlagen, flexible Arbeitszeitmodelle und die Grundlagen der Gleitzeit dargestellt. Der

zweite Teil behandelt Praxisfragen wie die Gestaltung einer Gleitzeitvereinbarung, Zeitkonten, Überstunden bei Gleitzeit, Durchrechnung etc. Mit der Darstellung der Organisation und der Verantwortlichkeiten und den Berührungen mit dem Sozialversicherungs- und Steuerrecht schließt das Buch.



Das Buch

Risak, Martin/Jöst, Andreas/Patka, Ernst; „Praxishandbuch Gleitzeit Gesetzliche Rahmenbedingungen - Gestaltung - Vereinbarungsmuster“; 2008, 187 Seiten, 29 Euro ISBN 978-3-7089-0142-8 Facultas Universitätsverlag, Berggasse 5, 1090 Wien Tel:01/310 53 56 Fax: 01/319 70 50 E-Mail: office@facultas.at Web: www.facultas.at

Handbuch

Jugendschutz

Aufklärung und Bewusstseinsbildung

Die vorliegende Arbeit bietet erstmals eine geschlossene wissenschaftliche Untersuchung der Rechtsmaterie Jugendschutz in Öster-



reich. Die Jugendschutzgesetze der Länder werden umfassend rechtsvergleichend dargestellt, wobei die bestehende Rechtslage kritisch hinterfragt wird und Reformanstöße für die rechtliche Zukunft gegeben werden. Gleichzeitig soll damit zur Aufklärung und Bewusstseinsbildung rund um das Thema Jugendschutz beigetragen werden.

Das Buch

Beatrice Sommerauer; „Handbuch des österreichischen Jugendschutzrechts“; 2008; 285 Seiten, 38,80 Euro ISBN: 978-3-7083-0545-5, Neuer Wissenschaftlicher Verlag GmbH NfG KG Argentinierstraße 42/6 A-1040 Wien Tel: 01/535 61 03-24 Fax: 01/535 61 03-25 E-Mail: office@nwv.at Web: www.nwv.at

Tagung

Nachhaltige Jugendbeteiligung in Kommunen

Demokratie kennt keine Altersbeschränkung

Wie sollen Jugendliche kommunale Spuren hinterlassen? Ist eine Wahlbeteiligung ab 16 sinnvoll? Welchen Nutzen hat die Gemeinde bei sozialem Engagement der Jugendlichen? Mit diesen Denkanstößen beschäftigt sich die Fachtagung der ARGE Partizipation für „Nachhaltige Beteiligung junger Menschen auf kommunaler Ebene“.

Am 21. November 2008 findet eine Fachtagung in Salzburg statt, über die Sinnhaftigkeit, den Nutzen und die Verantwortung von und für Gemeinden bei der Jugendpartizipation. Initiiert von der ARGE Partizipation, in Zusammenarbeit mit Akzente Salzburg und dem Öster-

reichischen Gemeindebund, können sich interessierte Teilnehmer/innen zum Thema „Nachhaltige Beteiligung junger Menschen auf kommunaler Ebene“ informieren. Auf der Tagung wird unter anderem Helmut Mödlhammer, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, über Perspektiven und Chancen kommunaler Jugendarbeit referieren. Die Teilnahme an der Tagung ist kostenlos.

Infos: Akzente Salzburg, Ines Grubelnig, Glockengasse 4c, 5020 Salzburg Tel: 0662/84 92 91-0 E-Mail: i.grubelnig@akzente.net; Nähere Infos: www.jugendbeteiligung.cc

Auszeichnung

Weiz und 13 andere Kommunen sind „Fairtrade Gemeinde“

Gezielte Aktionen in den Regionen

Seit 29. September 2008 sind 14 steirische Gemeinden offizielle „Fairtrade Gemeinden“. Sie haben sich dazu entschieden, nicht nur Fairtrade Produkte in ihren Gemeinden anzubieten, sondern viele Projekte und Aktionen in ihren Gemeinden für mehr Fairness auf der Welt zu unterstützen.

Im Palais Attems überreichte LH Franz Voves den „fairen Gemeinden“ im Beisein von Diazösanbischof Egon Kapellari und Landesrätin Kristina Edlinger-Ploeder die Urkunden. Für die Stadt Weiz nahmen StR Mag. Oswin Donnerer und GR Umweltberaterin Barbara Kulmer die Auszeichnung in Empfang.



LR Mag. Franz Voves überreicht die Auszeichnung an Umweltberaterin Barbara Kulmer und StR. Mag. Oswin Donnerer (v.r.).

Das Welthaus Diözese Graz-Seckau hat mit Unterstützung der Fachabteilung 1E - Entwicklungszusammenarbeit das Projekt „Faire Gemeinde“ 2004 ins Leben gerufen.

Neuer Präsident des Berufsfeuerwehrverbandes aus NÖ

Hohes Fachwissen und Kompetenz

Der nö. Landesfeuerwehrkommandant Josef Buchta ist am Rande der Bundesfeuerwehrleistungswettbewerbe in Wien zum neuen Präsidenten des Österreichischen Bundesfeuerwehrverbandes gewählt worden. Er folgt in dieser Funktion dem Burgenländer Manfred Seidl, der zehn Jahre dieses Amt ausgeübt hat und nun seine aktive Laufbahn im Bundesverband beendet. Der für Feuerwehren in NÖ zuständige Landesrat Josef Plank gratuliert dem neuen Präsidenten zu seiner Wahl. „Er ist ein profunder Kenner



Josef Buchta

des Feuerwehrwesens und hat sein hohes Fachwissen immer wieder unter Beweis gestellt. Zu seinen Stärken zählen der Einsatz für das Freiwilligenwesen mit Begeisterung und Hausverstand, und er ist ein starker Brückenbauer zu anderen Einsatz- bzw. Blaulichtorganisationen“, so Plank.

Robert Gruber ist neuer Präsident des VÖEB

„Herr“ über 200 Betriebe

Die Mitglieder des VÖEB (Verband Österreichischer Entsorgungsbetriebe) haben in der ordentlichen Generalversammlung am 26. September 2008 Dr. Robert Gruber zum Präsidenten gewählt. Demnach folgt er Ing. Peter Kneissl, der nach 12-jähriger Präsidentschaft zum VÖEB-Ehrenpräsidenten



Robert Gruber

ernannt wurde. Gruber ist Geschäftsführer der AVE Österreich mit Sitz in Horsching/ Linz. Der VÖEB ist die mitgliederstärkste freiwillige Interessenvertretung der kommerziell geführten Entsorgungswirtschaft. Der Verband repräsentiert heute über 200 Mitgliedsbetriebe.

Sportliches



Beim Salzburger Businesslauf 2008 (www.salzburger-businesslauf.at) erreichte Saalfeldens Bgm. Günter Schied gemeinsam mit dem Schwarzacher Bürgermeister Andreas Haitzer und LH Stv. Mag. David Brenner im Team „Red Racers“ den hervorragenden 17. Platz. Insgesamt waren 240 Teams am Start.

Neuausrichtung bei der ARA nach 15 Jahren

ARA System recycelt sich selbst

Nach 15 Jahren, in denen sich das ARA System zum erfolgreichsten Verpackungssammel- und Verwertungssystem Europas entwickelt hat, unterzieht sich die Unternehmensgruppe einer grundlegenden Neuausrichtung: Sieben für die unterschiedlichen Packstoffe verantwortliche Einzelgesellschaften des ARA Systems werden in die ARA Altstoff Recycling Austria AG integriert. Auf dem

der Funktion erhalten. Dr. Christoph Scharff, Vorstandssprecher und verantwortlich für die Bereiche Produktion und Finanz: „Die neue ARA hat im Gegensatz zur früheren Struktur alle Aufgaben des Systems in einem Unternehmen vereint: Die Schnittstellen zwischen Sammlung, Sortierung und Verwertung fallen weg. Wir können künftig rascher auf die Altstoffmärkte reagie-



Die ARA hat zwei neue Gesichter: Dr. Christoph Scharff und Ing. Werner Knausz übernehmen jetzt als Vorstände der ARA AG das Ruder.

Markt tritt künftig nur mehr ein Unternehmen – die ARA – auf. Gleichzeitig nimmt die ARA per 1. Oktober 2008 eine tief greifende interne Neuorganisation vor, um noch effizienter und flexibler im Wettbewerb agieren zu können. Das Steuer des Unternehmens geben der bisherige Vorstand der ARA, Dkfm. Christian Stiglitz und Dr. Wolfram Krendlesberger, in die Hände des neuen Vorstands, Dr. Christoph Scharff und Ing. Werner Knausz. Der bisherige Vorstandsvorsitzende Stiglitz bleibt der ARA weiterhin in beraten-

ren, und das birgt große Potenziale.“ Mit rund 15.000 Kunden und 760.000 Tonnen an gesammelten Verpackungen pro Jahr ist das ARA-System ein Vorzeigesystem in Europa. „So durchschlagkräftig und erfolgreich dieses System in den vergangenen 15 Jahren war und ist“, resümiert Ex-Vorstand Stiglitz, „die Zukunft bringt dennoch neue Herausforderungen. Und so haben wir, gemeinsam mit der österreichischen Wirtschaft als Eigentümer, entschieden, zum richtigen Zeitpunkt eine Neuausrichtung vorzunehmen.“

Vorschau auf die Ausgabe 12/08 (Dezember):

KOMMUNALER HAUSHALTSPLAN



Die kommunalen Haushaltspläne 2009

Trotz Finanzkrise müssen die Gemeinden investieren

Die Ergebnisse der Ertragsanteilsvorschlüsse 2008 gegenüber 2007 waren hervorragend. Die Gemeinden hatten – auch aufgrund des hervorragenden Ergebnisses der FAG-Verhandlungen und der guten wirtschaftlichen Entwicklung – ausreichend Geld zu Verfügung für die vielfältigen Aufgaben. Sogar die etwas „schwächliche“ freie Finanzspitze schien sich erholen zu können. Aber jetzt lautet die große Frage, welche Auswirkungen die

weltweite Finanzkrise auch auf die heimischen Gemeinden hat? Mancherorts wird die bange Frage gestellt: Wieviel bleibt von den **15 Milliarden Euro Investitionssumme** der Gemeinden? KOMMUNAL zeigt in der Dezember-Ausgabe auf, dass den Gemeinden im Interesse der Allgemeinheit, im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger, gar nichts anderes übrig bleibt, als weiter zu investieren.

FINANZEN



Der aktuelle Gemeindefinanzbericht

Wie alle Jahre zeigt auch heuer der Gemeindefinanzbericht auf, dass sich die Finanzen der Gemeinden 2007 noch bestens entwickelten. Sowohl Einnahmen als auch Ausgaben stellten sich dynamisch dar. KOMMUNAL sieht sich an, ob das auch in Zukunft so bleibt.

KONTAKT

So erreichen Sie uns:

KOMMUNAL, Löwelstraße 6
1010 Wien
Web: www.kommunal.at

Mag. Sabine Brüggemann
Tel: 01/532 23 88 - 12
sabine.brueggemann@kommunal.at

Gerhard Klodner
Tel: 01/532 23 88 - 14
gerhard.klodner@kommunal.at

In dieser Ausgabe:

Fach- und Serviceinformationen für die öffentliche Hand

▶ ACO Passavant GmbH	67
▶ ARGE Forum mineralische Rohstoffe	78
▶ Bundesministerium für Land und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	48
▶ BMA Bodenmarkierung GmbH&CoKG	60
▶ Familie & Beruf Management GmbH	50
▶ Forum Qualitätspflaster – Verband Österreichischer Beton- und Fertigteilwerke	55
▶ Gesundheit Österreich GmbH – Geschäftsbereich Fonds Gesundes Österreich	51
▶ Immorent AG	54
▶ Kasper Technologie Ltd.	70
▶ LINZ STROM Vertrieb GmbH&CoKG	58
▶ MANZsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung	24
▶ M-U-T-Maschinen-Umwelttechnik Transport Ges.m.b.H.	68
▶ ÖKOM EDV PlanungsgesmbH	71
▶ Österreichische Blumenwerbung GmbH	73
▶ Österreichischer Kommunal-Verlag	85
▶ PEWAG Austria Ges.m.b.H.	59
▶ ROBOT Visual Systems GmbH	60
▶ Somersault GmbH	69
▶ Stangl Reinigungstechnik GmbH	67
▶ WIFI Wien	76
▶ YIT Austria GmbH	77
▶ ZAUGG AG EGGIWIL Kommunaltechnik und Maschinenbau	61

Vorschau auf Ausgabe 11/08 (Nov.):

▶ Wie sich Gemeinden auf Knopfdruck wohlfühlen

Intelligente Haustechnik-Planungen und -Installationen sind auch für Österreichs Gemeinden wichtige Aufgaben. Haustechnik-Gewerke wie Heizung, Klima, Lüftung und Gebäudesystemtechnik müssen heute schon frühzeitig in der Entwurfsplanung des Architekten Berücksichtigung finden. Im Normalfall betragen die Ausgaben für die Haustechnik zwischen 15 und 20 Prozent der Gesamt-Herstellkosten eines Gebäudes. KOMMUNAL zeigt die Möglichkeiten und Vorteile einer modernen Haustechnik auf und wie sich auch die Gemeinden auf Knopfdruck wohlfühlen können.

▶ Schutz der Menschen hat absoluten Vorrang

Einen guten Teil der **1,8 Milliarden Euro Ausgaben** für die allgemeine Verwaltung investieren die Gemeinden in den Schutz ihrer Mitarbeiter. Das reicht von Schutzkleidung für Bauhofangestellte bis hin zu Gesundheitsvorsorgen, damit Stress besser abgebaut und Burn-Out-Syndrome vermieden werden können.



BODY & SOUL

MAZDA BT-50

zoom-zoom

zoom-zoom



Der völlig neu überarbeitete Mazda BT-50 fühlt sich unter allen Bedingungen richtig wohl. Erwarten Sie ausreichend Kraft und perfekte Traktion, mit der Ausstattung und dem Komfort einer Limousine.

Zur Auswahl stehen drei verschiedene Karosserievarianten: Regular, Rap Cab oder Doppelkabine - erhältlich als 2WD oder mit zuschaltbarem Allradantrieb. Angetrieben von einem 2,5 l Commonrail-Turbodiesel mit 143 PS und 330 Nm ist der Mazda BT-50 die erste Wahl, wenn es um kompromisslose Leistung und jede Menge Fahrspaß geht.

MAZDA BT-50. NOW THAT'S ZOOM ZOOM

MAZDA.AT

Verbrauchswerte 8,3-8,9 l/100 km, CO₂-Emission 227-244 g/km.

Elfriede Holzinger

Elisabeth Stehno

Martina Taferner

Elke Fiedler

ALS NUMMER 1 IN PUBLIC FINANCE
SIND WIR DIE EINZIGE ÖSTERREICHISCHE
MANNSCHAFT, DIE UNSCHLAGBAR IST.

Die Kommunalkredit finanziert kommunale Projekte
in Österreich und in aller Welt.

DIE NR. 1 IN PUBLIC FINANCE.
www.kommunalkredit.at

